

# Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnement für in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Injectionsgebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 46. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 19. Januar 1889.

## Die Anklageschrift gegen Gesselen.

Mit allgemeiner Zustimmung wird es begrüßt werden, daß die Regierung sich entschlossen hat, die Anklageschrift gegen den Geheimen Rath Gesselen der Öffentlichkeit zu übergeben. Wir hatten erwartet, Herr Gesselen selbst werde diesen Schritt thun, da es nach unserer Meinung in seinem Interesse lag. Er hat in zehn Tagen nach seiner Freilassung es weder gethan, noch die Absicht angedeutet, es in Zukunft zu thun. Daß der Ankläger eine Schrift, mit welcher er unterlegen ist, dem Publikum unterbreitet, ist allerdings ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, indessen die Verhältnisse, die hier vorliegen, sind auch ungewöhnlicher Art und die öffentliche Meinung mußte aufgeklärt werden. Zum vollständigen Verständnisse der Anklageschrift bedarf es der Kenntniß einiger Anlagen, auf welche dieselbe verweist. Ob auch diese noch der Öffentlichkeit werden übergeben werden, ist nicht klar, doch wollen wir es wünschen.

Die Anklageschrift zerfällt mit aller Entschiedenheit den von officiösen Scribenten geistlich genährten Anschein, als ob Gesselen mit der freisinnigen Partei irgend eine Beziehung gehabt habe. Sie weist ihn mit vollem Rechte der conservativen Partei zu. Das Gerücht, als hätten die Handlungen des Herrn Gesselen mit einer von der freisinnigen Partei gesponnenen Intrigue zusammen, ist jetzt actenmäßig in Nichts zurückgeschleudert worden.

Aber die Anklageschrift bringt eine noch wichtigere Enthüllung, die mit der vollen Kraft einer Ueberraschung wirkt. Herr Gesselen ist der Verfasser der beiden berühmten Actenstücke vom 12. März 1888, des Aufrufs des Kaisers Friedrich an das Volk und des Erlasses an den Reichskanzler. Gesselen ist bei Abfassung dieser Schriftstücke, die bereits beinahe drei Jahre vor dem Tode des Kaisers fertig gestellt worden sind, von der Grundanschauung ausgegangen, daß dem damaligen Kronprinzen die Dienste des Reichskanzlers erhalten werden müssen. Soweit ist er also von der Absicht, gegen den Fürsten Bismarck zu conspiriren, entfernt gewesen, daß er vielmehr sein Nachdenken darauf gerichtet hat, wie es möglich gemacht werden kann, daß derselbe auch nach dem in Aussicht stehenden Thronwechsel in seiner Stellung verbleibe.

Wir haben in der ersten Woche der Regierung des Kaisers Friedrich, als wir jene beiden Actenstücke besprachen, uns dahin ausgesprochen, daß dieselben diejenigen Punkte zusammenstellen, in welchen Kaiser und Kanzler, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in anderen Dingen, sich in Uebereinstimmung befinden, daß sie das Fundament bilden, auf welchem ein dauerndes Zusammenwirken der beiden Männer sehr wohl möglich ist. Diese von uns gestellte Diagnose erhält durch die jetzige Veröffentlichung ihre volle Bestätigung. Herr Gesselen war so wenig ein Feind des Reichskanzlers, daß er sogar im Stillen bemüht war, Hindernisse hinwegzuräumen, welche sich einer fortdauernden Wirksamkeit desselben hätten entgegenstellen können.

Damit steht es denn auch nicht in Widerspruch, daß er in einzelnen streng vertraulichen Äußerungen sich über einzelne Eigenschaften des Fürsten Bismarck unfreundlich, sogar herb geäußert hat. Man kann Jemanden für einen großen Staatsmann und trotzdem nicht für einen schlechtthin idealen Menschen halten, aus dem einfachen Grunde, weil es einen vollkommenen Menschen überhaupt nicht giebt. Nach der eigenen Darstellung der Anklageschrift kommen wir zu dem Schlusse, daß Gesselen allerdings kein unbedingt ergebener Anhänger des Fürsten Bismarck, aber noch viel weniger dessen erbitterter Gegner gewesen ist.

Man hatte uns darauf vorbereitet, die Veröffentlichung des Proceßmaterials werde wunderbare Aufschlüsse über die „Hintermänner“ des Herrn Gesselen und über Intriguen, die auf den Sturz des Reichskanzlers abzielten, liefern. Namentlich die Battenbergische Heirathsaftäre werde in einer ganz neuen Beleuchtung erscheinen. Wir sind gründlich enttäuscht. Zunächst ist ein Zusammenhang zwischen Herrn Gesselen und der Battenbergischen Affäre schlechtthin nicht zu erkennen. Als Männer, mit denen Gesselen in Zusammenhang gestanden, erscheinen der Freiherr von Roggenbach und der frühere Minister von Stosch, sodann in verschwimmender Ferne Sir Robert Morier. Den beiden ersteren wird in der Anklageschrift nicht das Geringste nachgesagt, worüber sie zu erröthen hätten oder verlegen werden müßten. An der Veröffentlichung sind sie nicht betheiligt gewesen; von Intriguen, die sie gesponnen haben, erfährt man nicht das Geringste. Das Lob, welches Kaiser Friedrich dem Herrn v. Roggenbach gesendet, mag diejenigen unangenehm berühren, die eine ungünstigere Anschauung von seinen Fähigkeiten haben. Aber für das Lob, das ihm hinter seinem Rücken zu Theil geworden ist, kann man ihn doch nicht verantwortlich machen. Die Erwähnung Morier's in der Anklageschrift macht manche Artikel verständlich, die sich in der letzten Zeit mit diesem Herrn beschäftigt haben, und trägt im Uebrigen zur Aufklärung Nichts bei.

Daß die Publication des Tagebuches zu einem Proceß wegen Landesverraths den Anstoß hat geben können, bleibt uns auch nach den Ausführungen des Oberreichsanwalts, denen wir übrigens große Objectivität nachrühmen dürfen, unverstänlich. Wir haben unsere juristischen Anschauungen über den Thatbestand des Landesverraths mehrfach ausführlich dargelegt und wollen auf dieselben nicht zurückkommen. Nur das Eine bemerken wir: Wir halten es für vollständig undenkbar, daß dem Deutschen Reiche jemals ein Nachtheil daraus erwachse, wenn alle Welt erfährt, wie sein heißgeliebter Kaiser Friedrich zu irgend einem Zeitpunkte seines Lebens gedacht, gesprochen und gehandelt hat. Wer die Entdeckung macht, daß seine Gedanken und Anschauungen mit denen des Kaisers Friedrich nicht übereinstimmen, mag immerhin die Selbstüberwindung üben zu prüfen, ob der Irrthum nicht auf seiner Seite sei.

Herr v. Roggenbach hat geäußert, daß er die Veröffentlichung des Tagebuches moralisch und politisch verdamme; Gustav Freytag hat, wie wir aus der Anklageschrift erfahren, schon vor Jahren geäußert, eine Veröffentlichung des Tagebuches werde dem Ansehen des Verfassers unzumuthbar sein. Beiden Männern zollen wir hohe Verehrung, aber wir halten uns nicht für verpflichtet, ihre Empfindungen zu theilen. Einer Indiscretion hat sich Herr Gesselen schuldig gemacht und er hat die Folgen derselben in einer Weise empfunden, die uns überaus hart erscheint. Kaiser Friedrich aber erscheint in den Aufzeichnungen seines

Tagebuches im hellsten Lichte, und jeder Versuch, auf dieselben einen Vorwurf gegen ihn zu begründen, wird scheitern.

## Deutschland.

○ Berlin, 17. Januar. [Friedberg's Rücktritt.] Wenn Börne einmal gesagt hat, Minister fallen immer wie die Butterbrote auf die gekümmerte Seite, so könnte sich Friedberg, ein Mann von Geist, von sprühendem Humor, dieses Wortes wohl um so eher erinnern, als er die höchsten Staffeln der Ehre und des Gehaltes erreicht hat, welche ihm zugänglich waren. Er hat ein halbes Hundert Dienstjahre hinter sich; er hat den Schwarzen Adlerorden; er ist geadelt worden, worüber er sicherlich — denn er hat Wig — köstliche Scherze gemacht haben wird. Er hat auch große Verdienste, so daß er um seinen Nachruhm nicht bejorgt zu sein braucht. Die deutsche Rechtsmeinung ist nicht ohne den Namen Friedberg zu nennen. Er ist bei allen, die ihn kennen, angesehen. Denn er hat wissenschaftlich das Unrecht nie geduldet noch gefördert. Er hat das Recht nicht gebeugt und die Waage der Gerechtigkeit nicht gefälscht. Viel Feind, viel Ehr'; aber viel Freund', noch mehr! Und Friedberg hat Freunde allenthalben, auf allen Bänken, bei allen Parteien. Man kann mit ihm rechten, aber ihm nicht grollen. Weshalb also sollte sich Friedberg an sein Ministerportefeuille klammern? Er hat die Freundschaft Kaiser Friedrich's Jahrzehnte genossen, seit er ihn in die heiligen Hallen der Rechtswissenschaft eingeführt hat; er blickt auf ein Leben voller Erfolg zurück; er denkt an die Zukunft und hat Grund, zu wünschen, daß ihm von der Geschichte keinerlei Verantwortung für Vorgänge aufgebürdet werde, an welchen er keinen Theil haben will. Und der Minister, der häufiger als ein anderer durch seinen blendenden Wig Heiterkeit erweckt hat, hat auch dieses Mal die Lächer auf seiner Seite. Man muß sich zur rechten Zeit zu empfehlen wissen. Herr Delbrück verstand es, Herr Achenbach nicht. Herr von Friedberg weiß, daß er heute so unzeitgemäß ist wie Herr von Puttkamer unter Kaiser Friedrich. Und er ist 75 Jahre alt. Er hat sich auch geschickt einen „guten Abgang“ gesichert. Denn er giebt sein Amt auf, nachdem der Proceß Gesselen geschlossen ist. Ob der Justizminister mit der Einleitung dieses Proceßes und dem verunglückten Nachdruckproceß einverstanden, ob er überhaupt befragt worden war: Wir wissen es nicht und glauben es nicht. Der Justizminister war immer der Rechtspflege gegenüber sehr vorsichtig. Er verwies, als Kaiserin Friedrich auf die Angriffe einzelner Blätter gegen Vertrauenspersonen des Kaisers hinwies, achselzuckend auf den Weg der Berichtigung. Man sagt, er habe den Immediatbericht des Kanzlers im Gesselen-Proceß genehmigt, die Veröffentlichung der Anklageschrift entschieden bekämpft, die Auslieferung von Privatbriefen, welche anlässlich einer eingestellten Untersuchung beschlagnahmt waren, an den Bundesrath für ungerechtfertigt gehalten — er wäre wohl aber auch sonst gegangen. Denn Herr Friedberg paßt nicht mehr in das „System“. Und er, ein glänzender Systematiker, hat keine Selbstironie werden wollen. Wir gratuliren dem Minister zu seinem Entschlusse. Er wird endlich wieder Muße haben, seinen Tacius zu lesen, der noch immer — oder mehr denn je — lehrreich ist, und vielleicht auch die Satiren des Juvenal, die auch wieder zeitgemäß werden können.

[Der persönliche Streit zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Bamberger] in der Dinstags-Sitzung des Reichstags drehte sich um einen Punkt, über welchen der stenographische Bericht ungewisse Anstöße giebt. Die den Abg. Bamberger am meisten belästigende Stelle aus der Rede des Reichskanzlers lautet: „Das einzige punctum saliens meiner Äußerungen und Vorwürfe, das ich scharf accentuirt hatte, hat er (Bamberger) sorgfältiger Weise auch dieses Mal umgangen und ist ihm ausgemichen; das ist die Thatfache, daß er die Beschlüsse unserer Landtage als werthlos und zweifelhaft behandelt und dadurch ihre Beweisraft in den Verhandlungen, in denen wir mit England stehen, abgeschwächt, wenn nicht vollständig vernichtet hat. Sie werden mir in England jagen: Ihr Landsmann, ihr Freund, der patriotische Abg. Bamberger hat ja selbst gesagt, das Papier sei nichts werth; warum wollen Sie das vertreten? Warum ist der Herr Abgeordnete bei seinem dreimaligen Wiederwörtergeissen auf diesen Vorwurf gar nicht zurückgekommen? Das möchte ich ihm doch zu Gemüthe führen.“ Und nun vergleiche man damit die entscheidenden Worte des Abg. Bamberger aus dessen erster Rede: „Es wird sich also einfach darum handeln, ich will mal annehmen — das müssen wir ja zunächst präsumiren — unsere Handelsleute sind im Recht. Der Häuptling Kamaherero hat sie vielleicht hinter's Licht geführt und hatte ihnen Rechte cedirt, die er entweder gar nicht cediren konnte, oder er schwächte diese Rechte ab, die sie belägen — genug, ich nehme an, sie sind im vollsten Recht. Was geschieht? Sind wir im Stande, dort mittelst Waffengewalt durchzudringen? Haben wir die Absicht, das zu thun? Ich weiß es nicht, ich bin gänzlich im Unklaren, und es würde mich freuen, wenn wir, um zu einem Beschlusse über die zu bewilligende Summe zu kommen, vielleicht hier mehr Aufklärung bekommen könnten.“ Als Dr. Bamberger nach der letzten Rede des Reichskanzlers zu seiner Rechtfertigung diese Stelle vorbringen wollte, hat ihn bekanntlich die Mehrheit durch Schluß der Debatte daran verhindert.

[Minister von Friedberg.] Ueber den Lebenslauf des Ministers Friedberg schreibt die „Voss. Ztg.“:

Heinrich Friedberg wurde am 27. Januar 1813 in Märkisch-Friedland in Westpreußen geboren, steht also zur Zeit kurz vor der Vollendung des 76. Lebensjahres. Auf dem Pädagogium in Züllichau und dem Gymnasium in Danzig erlangte er die Reife und arbeitete dann während seines Vorbereitungsdienstes vorzugsweise bei den Berliner Gerichten. Auch nach seiner 1841 erfolgten Ernennung zum Assessor blieb er in Berlin und lebte hier besonders viel in den Kreisen jüngerer Künstler und Dichter. Zu dem von Saphir begründeten „Berliner Sonntagsverein“, genannt „Tunnel“, spielte er eine große Rolle, und seine Gemahlin genoh in Künstlerkreisen als „gute Fee“ eines hohen Ansehens. Amtlich war Assessor Friedberg meist criminalrechtlich thätig und auch in seiner späteren Laufbahn war er vorzugsweise mit Strafrecht und Strafproceß beschäftigt. 1848 wurde er zum zweiten Staatsanwalt bei dem Kammergericht ernannt, doch schon nach kurzer Zeit zur Vertretung des Oberstaatsanwalts nach Greifswald beordert. Die Stelle des Letzteren erhielt er im December 1850 und habilitirte sich auch kurz darauf an der Greifswalder Universität als Privatdocent für das Strafrecht. Nach vier Jahren wurde Oberstaatsanwalt Dr. Friedberg als Geheimen Justiz- und vortragender Rath in das Justizministerium berufen, welchem er 22 Jahre angehört hat. Bereits 1857 wurde er Geheimen Ober-Justizrath, 1870 erhielt er mit dem Range der Räte erster Klasse das Amt eines Präsidenten der Justiz-Prüfungs-Commission. Vornehmlich war auch im Justiz-Ministerium seine Thätigkeit dem Criminalrecht gewidmet und er gilt als der Vater des deutschen Strafgesetzbuchs, hat auch an der deutschen Strafproceßordnung, deren erster Entwurf von ihm allein herrührt, einen hervorragenden Antheil. Zum Kaiserhause stand

Dr. Friedberg schon seit langen Jahren in sehr nahen Beziehungen und besonders der Kronprinz, nachmalige Kaiser Friedrich, war ihm aufrichtig geneigt und schätzte in ihm nicht nur seinen ehemaligen Lehrer. Als einen Beweis besonderer Vertrauens an allerhöchster Stelle muß es angesehen werden, daß Dr. Friedberg 1872 noch als vortragender Rath Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit wurde; auch seine am 30. Juni 1875 erfolgte Ernennung zum Kronsenecus ist als besonderes Zeichen allerhöchster Anerkennung bemerkenswerth. Am 16. August 1873 wurde Dr. Friedberg als Nachfolger des verstorbenen de Rege zum Unterstaatssecretär im Justizministerium ernannt. Der große Antheil, den er an den Vorarbeiten zu den Reichs-Justizgesetzen hatte (Dr. Friedberg leitete u. A. als Bevollmächtigter des Bundesraths den Justizausschuß), ließen es wünschenswerth erscheinen, ihn ganz für den Reichs-Justizdienst zu gewinnen, und als Ende 1876 an Stelle der Abtheilung für das Reichs-Justizwesen im Reichskanzleramt das Reichs-Justizamt geschaffen wurde, wurde Dr. Friedberg unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimen Rath zum Staatssecretär dieses Reichs-Justizamts ernannt, welches Amt er am 1. Januar 1877 antrat. Er hat sich hier große Verdienste um das Zustandekommen der Reichs-Justizgesetze und der einheitlichen Justizorganisation in Deutschen Reiche erworben. Als kurz nach Einführung der neuen Organisation der preussische Justizminister Leonhardt seinen Abschied nahm, wurde Dr. Friedberg, für die Weisheit vollkommen überraschend, sein Nachfolger. Er übernahm am 31. October 1879 seine neuen Amtsgeschäfte, hat also dem preussischen Staate in der Stellung eines Justizministers über 9 Jahre gedient.

[Verdächtigung.] Welcher Ton gegenwärtig in der officiösen Presse herrscht, zeigt wieder eine Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“. Die Kreuzzeitung hatte bekanntlich gemeldet, daß sich der Reichskanzler unwohl fühle. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ begnügt sich nicht damit, diese Meldung als erfunden zu bezeichnen, sie meint, der dieser Meldung der Kreuzzeitung sei wohl „der Wunsch der Vater des Gedankens“ gewesen! Die Kreuzzeitung protestirt in scharfen Worten gegen diese Verdächtigung.

[Die Provinz Schleswig-Holstein] soll in zwei Regierungsbezirke getheilt werden. Dem Abgeordnetenhaus ging darüber folgender Gesetzentwurf zu:

§ 1. Die Kreise Oldenburg, Plön, Stadtkreis Kiel, Landkreis Kiel, Rendsburg, Norddithmarschen, Süderdithmarschen, Steinburg, Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Stadtkreis Altona und Herzogthum Lauenburg werden von dem Bezirke der Regierung zu Schleswig getrennt. Für den diese Kreise umfassenden Bezirk tritt eine Regierung mit dem Sitze zu Kiel in Wirksamkeit. § 2. Die Regierung zu Schleswig bleibt bis zu einem durch königliche Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkte die Hinterlegungsstelle (Gesetz vom 14. März 1879, Gesetzsammlung Seite 249) auch für den Regierungsbezirk Kiel. § 3. Gegenwärtiges Gesetz tritt für die Provinz Schleswig-Holstein gleichzeitig mit dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung in Kraft. In Beziehung auf die Zuständigkeit hinsichtlich der vor dem betreffenden Zeitpunkt bereits anhängig gemachten Sachen tritt für den Regierungsbezirk Kiel die Bezirksbehörde zu Kiel an die Stelle der Bezirksbehörde zu Schleswig.

Diese neue Eintheilung greift auf die frühere Einrichtung zurück, nach welcher für das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Schleswig gesonderte Regierungen bestanden. Der größere Regierungsbezirk wird Holstein mit 1013 620 Hektar und 749 244 Einwohnern, während der Regierung zu Schleswig ein Umfang von 870 529 Hektar mit 401 063 Einwohnern verbleibt. Die Befürchtung der Bewohner Schleswigs, daß sie jetzt auch den Sitz des Oberpräsidiums an Kiel verlieren würden, hat sich vorläufig als unbegründet erwiesen. Aus Schleswig-Holstein, 15. Januar, wird der „Voss. Ztg.“ darüber geschrieben:

Es ließ sich erwarten, daß die Errichtung einer zweiten Bezirksregierung in Kiel in den Kreisen der schleswighischen Bürgerschaft, die zu einem wesentlichen Theile auf die Regierung angewiesen ist, sehr mißfallen würde. Man stellt die Sache in diesen Kreisen so dar, als wenn es sich um eine ganz zwecklose Maßregel, ja um eine „Verletzung des Rechts“ handle. Das ist eine ganz unerbittliche Uebertreibung im rein localpatriotischen Interesse. Die Zweitheilung der Regierung verlegt in keiner Weise den Grund der Unzerstörbarkeit der Herzogthümer, die ja zu einer Provinz dauernd vereinigt sind. Es hängt ganz von der Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse ab, in wie viele Verwaltungsbezirke eine Provinz zerlegt werden muß. Als man sich entschloß, die Regierung zuerst nach Schleswig zu verlegen, da haben viele von denen, welche diesem Beschlusse zugestimmt haben, in einer Umwandlung von Großmuth gehandelt. Als viel später nach dem Rücktritt des Herrn von Saevel-Plessen auch das Oberpräsidium nach Schleswig verlegt wurde, da haben wir das für einen entschieden politischen Fehler gehalten, denn wir halten es für falsch, den advocatus provinciae auf den Holsteiner zu setzen. Seine natürliche Stelle ist in Kiel. Man wird das Oberpräsidium aus allerhand Opportunitätsrücksichten vorläufig in Schleswig lassen, aber die politischen Gründe werden schließlich den Ausschlag geben. Die ganze Regierung in Schleswig zu lassen ist nach Einführung der neuen Kreis- und Provinzialordnung eine Unmöglichkeit. Drei Fünftel der Provinzbevölkerung wohnen zwischen Elbe und Eider, und man kann dieser Mehrzahl nicht die Berechtigung des Wunsches absprechen, eine Regierung an einem Sitze dieses Theiles der Provinz zu seiner Regierung so außerordentlich erleichtert werden. Als man die Regierung in den sechziger Jahren in Schleswig vereinigte, gehörte das Herzogthum Lauenburg noch nicht zu der Provinz. Seitdem das der Fall ist, die Nothwendigkeit der Errichtung zweier Bezirke und einer Regierung in Kiel unabwiesbar geworden. Die Lauenburger können jetzt leichter nach Berlin als zu ihrer Regierungshauptstadt kommen. Schleswig aber bleibt für das ganze Herzogthum Schleswig ein guter Mittelpunkt.

[Eine Portraitskizze von Carl Schurz], eine Arbeit des gegenwärtig in Newyork lebenden Bildhauers Toberenz, ist in Berlin im Salon Gullitt ausgestellt.

F. H. C. [Die Beschlüsse über die Einführung und Inhalt des neuen amtlichen Waarenverzeichnisses] zum Zolltarif, welche im Reichstage bereits sowohl im Plenum wie in der Budgetcommission zur Sprache gebracht worden sind, werden auch in den ersten, jetzt erschienenen Handelskammerberichten über das Jahr 1888 vollständig bestätigt. Die Handelskammer zu Hamburg bemerkt darüber: „Bezüglich des im Laufe des Jahres eingeführten neuen amtlichen Waarenverzeichnisses treten dieselben Klagen hervor, welchen wir bei theilweisen Aenderungen dieses Verzeichnisses früher schon wiederholt Ausdruck gegeben haben, daß nämlich hierbei vielfach die Tendenz der Erhöhung der Zölle, und zwar nicht immer in Uebereinstimmung mit der Absicht des Gesetzgebers, obgewaltet zu haben scheint, und daß durch diese kurz vor dem Inkrafttreten veröffentlichten, nicht zu vermuthenden Erhöhungen der Handelsstand viel härter getroffen wird, als durch von der Gesetzgebung beschlossene Erhöhungen, auf welche er mindestens sich vorbereiten in der Lage ist. Zwar ist die bezügliche Vorlage uns zur Begutachtung zugestellt worden; da aber derselben irgend welche Erläuterungen, aus denen die vorgenommenen Aenderungen, geschweige denn die Gründe derselben, hätten ersehen werden können, nicht beigegeben waren, so waren wir bei dem Umfange des Verzeichnisses leider nicht in der Lage, rechtzeitig unsere Bedenken geltend zu machen.“ Die Handelskammer spricht schließlich die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, für die Zukunft eine Abhilfe zu schaffen, sei es durch Aenderung des Vereins-Zollgesetzes dahin, daß die Auslegung des Zolltarif-Gesetzes, wie aller anderen Gesetze, der richterlichen Entscheidung unterstellt wird, sei es durch Einsetzung einer bezüglichen Reichsbehörde, in welcher derartige Fragen unter Einziehung von Verkehrsinteressenten nicht nur nach der rechtlichen oder chemischen Beschaffenheit der fraglichen Artikel, besw. nach zollpolitischen Anschauungen,

sondern auch unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zur Entscheidung gelangen würden. In ähnlicher Weise urtheilt die Handelskammer zu Mannheim in ihrem letzten veröffentlichten Jahresbericht: „Das neue amtliche Waarenverzeichnis brachte eine Reihe von Ueberarbeitungen, die auch unseren Platz berühren und zu Schädigungen der Beteiligten geführt haben; der Grund dafür lag darin, daß einmal das amtliche Waarenverzeichnis sehr kurz vor dem Geltungstermine zur Ausgabe gelangte. Zum Anderen ist aber noch der weitere Umstand von Bedeutung, daß nicht immer dafür Vorsorge getroffen wird, die Handelskammern über alle beabsichtigten Änderungen vorher zu hören.“ Wenigstens müßten die Handelsvorstände in die Lage versetzt werden, bezüglich derjenigen Artikel, welche ihren Bezirk interessieren, die nöthigen Erhebungen zu machen. So seien für den Mannheimer Handelskammerbezirk verschiedene Zollerhöhungen des amtlichen Waarenverzeichnisses seitens der Beteiligten vollständig übersehen worden, weil gar keine Veröffentlichung erschienen sei, welche die angeordneten Änderungen hervorzuheben hätte; z. B. für Senfsaat, so daß Abschlüsse noch im Juli unter der Voraussetzung des Fortbestehens der Zollfreiheit erfolgt seien. Der Artikel Senfsaat ist nämlich bis zum 1. Juli 1888 auf Grund des Zolltariffs zollfrei eingegangen, dann aber plötzlich durch das amtliche Waarenverzeichnis den zollpflichtigen Deltsaaten zugezählt und auf diese Weise ganz unerwartet einem Zolle von 2 Mark pro Doppelcentner unterworfen worden. Nach Anführung weiterer Beispiele erklärt die Handelskammer zu Mannheim den Wunsch für gerechtfertigt, in künftigen Fällen jede Änderung im amtlichen Waarenverzeichnis mindestens den größeren Handelskammern zur Begutachtung vorzulegen, mindestens deshalb, weil nicht immer und überall das vorhandene Interesse zum Voraus regierungsseitig übersehen werden könne.

[In der Angelegenheit des Herrn v. Carstenn-Lichterfeld] wird der „B. B.-Ztg.“ bestätigt, daß das Reichsgericht die Civilklage desselben, welche in zwei Instanzen verloren worden war, zur erneuten Verhandlung an das Kammergericht zurückgewiesen hat. Erläuternd sei hierzu Folgendes bemerkt: In seiner Nothlage hat Hr. v. C. den § 1123 des Allg. L.-R. Titel 11 Th. 1 für sich angerufen, wonach ein Geschenker, wenn er in Dürftigkeit gerathen ist, von dem Beschenkten sechs vom Hundert von der geschenkten Summe oder dem Werthe der geschenkten Sache als eine Competenz jährlich fordern kann. In Uebereinstimmung mit der Rechtsanschauung des Kriegsministeriums waren die Gerichte der beiden ersten Instanzen der Ansicht, daß es sich nicht um ein Geschenk, sondern um einen lästigen Vertrag, eine donatio sub modo, handele, und der Vertreter des Fiscus behauptete, der Werth der Schenkung sei dadurch abforbirt, daß der Fiscus zum Bau der Anstalt in Lichterfeld 900 000 M. mehr habe aufwenden müssen, als es bei Erbauung der Anstalt am Hippodrom nöthig gewesen wäre. — Nachdem das Reichsgericht die gegen die Rechtsauffassung eingelegte Revision als begründet anerkannt hat, hat Hr. v. C.-L. in einem besonderen Anschreiben dem Kriegsminister Bronsart von Schellendorff die Abschrift der Urkunde zugestellt, welche s. Z. über die Grundsteinlegung vom Kaiser Wilhelm I. vollzogen worden ist. In derselben heißt es wörtlich: „Den benötigten Flächenraum schenkte der Rittergutsbesitzer Carstenn im patriotischen Sinne der zukünftigen Anstalt.“ Danach handelt es sich also um eine Schenkung und nicht um einen „lästigen Vertrag“. — Uebrigens wird sich die Petitions-Commission und das Plenum des Reichstages auf Grund des umfangreichen Materials, welches Hr. v. C.-L. nicht nur der Petitionscommission, sondern auch jedem einzelnen Mitgliede des Reichstages, sowie dem Reichskanzler, dem Staatssecretär von Witticher, dem Kriegsminister und dem Justizminister überreicht hat, demnächst abermals eingehend mit der ganzen unerquicklichen Angelegenheit zu beschäftigen haben.

## Belgien.

a. Brüssel, 14. Januar. [Belgien und der Congostaat.] Als König Leopold den Titel des Souveräns des unabhängigen Congo-Staates annehmen wollte, ertheilten die Kammern nur mit Widerwillen die erforderliche Genehmigung; als später die Ermächtigung zur Emission der Congolotterie von den Kammern erbeten wurde, sprachen sie deren Bewilligung aus, aber unter der Einschränkung, daß der belgische Staat in keiner Weise dafür hafte. Diese Haltung der Kammern entsprach der Stimmung im Lande. Die weiten Volksschichten wollten von colonialen Bestrebungen um so weniger wissen, als die zahlreichen Todesfälle und Fehlschläge sie abschreckten. Die industriellen und finanziellen Kreise des Landes waren misstrauisch

## Sector Berlioz.

Vor zwei Jahren gab der wohlrenomirte Pariser Kritiker und Musikhistoriker Adolphe Jullien eine splendid ausgestattete Biographie Richard Wagner's heraus, die wegen ihrer Zuverlässigkeit und Unparteilichkeit aller Orten freudig begrüßt und auch seiner Zeit in diesen Blättern von dem Unterzeichneten eingehend besprochen wurde. Diesem monumentalen Werke ist nun in gleicher Ausstattung eine ebenso gegebene Biographie des bedeutendsten französischen Componisten der Neuzeit, Hector Berlioz, gefolgt. \*) Mag es auch dem französischen Schriftsteller in erster Linie darum zu thun gewesen sein, eine Ehrenpflicht gegen seinen vielverehrten und viel geschmähten Landsmann zu erfüllen, so wird man doch auch in Deutschland der mühevollen Arbeit volle Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, um so mehr, als Berlioz gerade bei uns stets nach Gebühr geschätzt, ja man darf wohl sagen, besser verstanden worden ist, als in seinem eigenen Vaterlande. Man hat allerdings in der allerneuesten Zeit Berlioz' Werke in Frankreich wiederholt hervorgehoben und demonstrativ aufgeführt, aber kaum mit der Absicht, früher begangenes Unrecht gut zu machen und einen trotz aller Schrullen doch durch und durch originellen Tonsetzer wieder in seine Rechte einzusetzen, sondern, wie wir triftige Gründe haben zu glauben, weit mehr, um ihn als höchsten nationalen Trumpf gegen den in Frankreich beunruhigend populär werdenden Wagner auszuspielen. Man wollte Wagner herabsetzen oder doch wenigstens ihm einen heimlichen ebenbürtigen Künstler entgegenstellen, und so fing man denn an, sich für Berlioz, über den man einst in unqualificirbarer Weise gepöbelte und gewißelt hatte, zu erwärmen. Wir haben in Deutschland dieser Farce mit aller Seelenruhe zusehen können, und wir würden uns nicht gewundert haben, wenn ein französischer Schriftsteller seinen Chauvinismus so weit getrieben hätte, Berlioz über Wagner zu setzen. Daß Adolphe Jullien sich dazu nicht hergeben würde, war nach seinen Antecedentien mit Sicherheit zu erwarten. Sein Werk über Berlioz ermangelt keineswegs der enthusiastischen Verehrung für den genialen Componisten, aber dieser Verehrung wird die Liebe zur Wahrheit, die erste Pflicht eines Historikers, nicht zum Opfer gebracht; der scharfe Blick des Kritikers legt der Bewunderung da, wo es nöthig ist, straffe Zügel an.

Die Aufgabe, die Jullien zu lösen hatte, war in vielfacher Beziehung eine schwieriger, als bei Wagner. Ueber Wagner existirte, Dank den vereinten Bemühungen seiner Anhänger und Gegner, eine reichhaltige Literatur. Das vornehmste Bestreben mußte darauf gerichtet sein, die Spreu von dem Weizen zu sondern und aus dem Wusse der einander oft direct widersprechenden Nachrichten und Beurtheilungen mit kundiger Hand das Wahre und Richtige herauszuspielen. Das Material lag vor; das Sichten dieses Materials war zwar eine beschwerliche, aber für einen Kritiker vom Schlage Jullien's doch immerhin sicher zu lösende Arbeit. Anders stand die Sache mit Berlioz. Um und für diesen hat sich bei seinen Lebzeiten keine Partei gebildet, die ihn auf ihren Schild gehoben und seinen Ruhm in Entreprisen genommen hätte. Das bishigen Wohlwollen, welches man ihm überhaupt in Frankreich schenkte, verdankte er weniger seiner künstlerischen Tüchtigkeit, als seiner scharfen Feder; man führte seine Opern

\*) Hector Berlioz. Sa vie et ses oeuvres. Paris, à la librairie de l'art.

gegen Unternehmungen, die auf alle Fälle viel kosteten, aber vielleicht nichts einbrächten — kurz, das Congowerk fand wenig Sympathie. Im Ganzen hat sich die Stimmung seitdem wenig geändert. Der König hat selbst kürzlich hervorgehoben, daß sein Werk bei den Belgiern nur wenig Unterstüßung finde. Nur die dem Hofe und der Regierung nahestehenden Kreise sind dem Unternehmen zugethan. Gegenwärtig wird mit auffälligem Eifer darauf hingearbeitet, den Staat Belgien selbst daran zu beteiligen. Man will staatliche Mittel oder eine Staatsgarantie für den Congostaat erringen, besonders für die Erbauung der Congo-Eisenbahn, welche, wie man jetzt versichert, 25 Millionen Francs kosten soll, sicher aber mehr verschlingen wird. So erscheinen denn jetzt zahlreiche Broschüren, die alle darauf hinauslaufen, daß der Congostaat eine großartige Zukunft habe und daß Belgien, wofür es sich denselben erhalten wolle, schleunigst zugreifen müsse. Das Organ der Congo-Regierung ist der Ansicht, daß ein Land, welches 60 Millionen Francs für einen Justizpalast hingebe, auch 25 Millionen für die Congobahn übrig habe. Auch die der Congo-Regierung näher stehenden Zeitungen rühnen die Varmtrommel. Trogdem sieht es mit der Erfüllung dieser Ansprüche nicht weniger als günstig aus und es ist zu befürchten, daß der König auch auf diesem Gebiete keine Erfolge erzielen wird.

## Großbritannien.

London, 16. Januar. [Proceß „Times“ gegen Parnell.] Der Drei-Richter-Ausschuß zur Untersuchung von der „Times“ gegen die parnellitischen Abgeordneten erhobenen Anschuldigungen nahm gestern seine durch die Weihnachtsfeiertage unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Zunächst beschäftigte sich der Ausschuss mit einigen Disciplinarfällen. Kurz vor Weihnachten hatten sich der Abgeordnete und Redacteur William O'Brien, sowie Dr. Broderick, der Bardein des Merton College, ersterer in seinem Blatte „United Ireland“, letzterer in einer von ihm gehaltenen Rede über die Verhandlungen in einer Weise geäußert, welche an „contempt of court“ stieß, d. h. der Majestät des Geleches zu nahe tritt. O'Brien hatte den Richter-Ausschuß der Parteilichkeit geziehen, Broderick die Homeruler und Mitglieder der Nationalliga in eine Kategorie mit dem Frauenmörder in Whitechapel gestellt. Letzgenannter hat wegen seiner Auslassung, die, wie er erklärte, ein harmloser Spaß sei, um Entschuldigung, und der Richter-Ausschuß erklärte sich damit zufriedengestellt. O'Brien erklärte, er übernehme die Verantwortlichkeit für seinen Artikel, der nichts enthalte, worüber er ehrlich Bedauern ausdrücken könnte, aber er müsse jedwede persönliche Mißachtung gegen den Ausschuss in Abrede stellen. Der Richter-Ausschuß bezieht sich keine Entscheidung in der Angelegenheit vor. Alsdann wurde das Verhör der Zeugen für die „Times“ fortgesetzt. Major Tanner, ein Bruder des bekannten parnellitischen Abgeordneten Dr. Tanner, Grundbesitzer und Güteragent, sagte aus, daß die Handlungsweise und Organisation der Landliga die Zahlung der Pachtzinsen seitens solcher Pächter verhindert hätten, welche wohl in der Lage waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ein ehemaliges Mitglied der Landliga, Jaco mit Namen, gestand, daß er auf Veranlassung der Liga und gegen pecuniäre Vergütung Ausschreitungen gegen das Eigenthum und die Person von Pächtern verübt, welche sich der Landliga mißliebige gemacht hatten. Er habe er einst einem Manne einen Schlag versetzt, daß er vier Tage später an den Folgen gestorben sei. Der Vertreter der „Times“, General-Anwalt Webster, gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, im Laufe nächster Woche die angeblichen Briefe Parnell's zur Verhandlung zu bringen.

## Spanien.

G. Madrid, 14. Jan. [Petarden. — Zorilla. — Marocco. — Der Handelsvertrag mit Deutschland. — Die Alkoholfrage.] Der Petardist fest sein Geschäft mit ungeschwächten Kräften fort. Gestern Abend explodirten fast zu gleicher Stunde zwei Bomben, die eine vor der Thür Romero Robledo's, des Chefs der Fusionenpartei, die andere vor dem Portal der Redaction des demokratischen Blattes „El Imparcial“. Glücklicherweise sind durch die bis jetzt gelegten 9 Petarden nur geringe materielle Schäden verursacht worden, doch ist es nur einem wunderbaren Zufall zuzuschreiben, daß dabei nicht Menschenleben zu beklagen sind. Nach der Bomben-Explosion

im Königspalaste, es war Petarde Nr. 4, verdoppelte die Polizei natürlich ihren Eifer, den oder die Attentäter zu entdecken, mit welchem Erfolg lehrt die eine der gestrigen Explosionen. Diese fand fast unter den Augen von zwei Schugleuten statt, die vor dem Portal des „Imparcial“ postirt waren, so daß es für Jeden, der mit spanischen Polizeizuständen nicht vertraut ist, ein Räthsel bleibt, wie das Attentat zur Ausführung kommen konnte. Unter diesen Umständen zweifelt man nicht mehr daran, daß der an den Gouverneur adressirte, mit „der Petardist“ unterzeichnete Brief, der das Vorgehen von genau 25 Petarden anzeigte, kein Scherz ist, sondern bittere Wahrheit enthält; man kann also nur den frommen Wunsch hegen, daß der Zufall wenigstens das Schlimmste verhindern und Menschenleben nicht gefährden möge. — Uebrigens regt man sich hier weder über die Petarden noch über die vergeblichen Bemühungen der Polizei, deren Urheber zu entdecken, übermäßig auf. Dies sind cosas de España, die mit einem Abschlucken erledigt sind, wobei man noch den Trost hat, daß nicht Madrid allein den Vorzug hat, einen geschickten Petardisten und ungeschickte Polizei zu besitzen; denn vorgestern explodirte in Valencia eine Bombe unter dem Gange, der die Kathedrale mit dem erzbischöflichen Palaste verbindet, wobei die Detonation ungemein heftig war und in großer Entfernung gehört wurde. Was mit den Petarden bezweckt wird, ist unklar; einen Anhalt dafür gewährt nur die große, vor einigen Wochen in Barcelona stattgehabte Anarchistenversammlung, in der unter tosendem Beifall der Menge ein Redner seine zügellose Rede mit den Worten schloß: „Gegen Kanonen haben wir Laboratorien“. — Sagasta kann sich nun wieder der wohlverdienten Ruhe hingeben, nachdem der Votenschafter in Paris Zorilla's Rückkehr von London angezeigt hat. Der unermüdete Republikaner war in der That, wie der spanische Geschäftsträger, sowie der Consul departhierten, in London, um zwei Schiffe zu armiren und mit diesen in einem der spanischen Häfen, woselbst er Anhänger hat, zu landen; doch soll er seine Absicht, weil sie zu zeitig bekannt wurde, wieder aufgeben haben. Wie dem auch sei, jedenfalls hat die republikanische Agitation dem Ministerium wieder ein paar sorgenvolle Stunden bereitet, und die im Ministerrath beschlossene Maßregel, die Civilgouverneure und Commandeure der Hafenorte zu erhöhter Wachsamkeit aufzufordern, legt den Beweis dafür ab, daß Sagasta's Besorgnis vor republikanischen Putschern nicht geschwunden ist. — Angesichts der Kränklichkeit Muley Hassans, des Beherrschers von Marocco, wächst hier die Furcht vor dem Einfluß, den sich England, Frankreich und Italien daselbst zum Nachtheile Spaniens zu verschaffen wußten. England hat die Genehmigung zur Legung eines Kabels von Tanger, Frankreich die zum Ausbau des Hafens von Tanger erhalten, und Italien errichtet in Fez eine Waffensabrik, die vom Sultan das Monopol erhielt, seine Armee mit Waffen zu versehen. Die Presse sucht nun nach einem Sündenbock, den sie in dem Gesandten am Hofe zu Marocco, Diosdado, gefunden zu haben glaubt. Seine Abberufung wird kaum lange auf sich warten lassen. Mit gleichem Eifer erwärmen sich die Journale für Abhaltung einer internationalen Conferenz zur Erledigung der maroccanischen Frage in Madrid, und ermahnen den Minister des Aeußeren, dessen Hinneigung zu Frankreich unverkennbar ist, zu größter Vorsicht, weil die Rivalität dieses Landes, als des afrikanischen Nachbarn, am meisten zu fürchten sei. — Die Meldung deutscher Blätter von der Einleitung von Verhandlungen zur Erneuerung des Handelsvertrages, wird hier auf eine Verwechslung zurückgeführt, da derselbe ja noch bis 1892 gültig ist. Es kann sich da nur um Verhandlungen wegen Abänderung des bestehenden Vertrages in Bezug auf den Import von Alkohol seitens Deutschlands handeln, Verhandlungen, die nach der Antwort

Latour, hat auch hier einen bildlichen Schmuck geschaffen, der sich ebenso durch die Genialität der Anlage, wie durch die Trefflichkeit der Ausführung auszeichnet. Es sind theils Allegorien, theils Darstellungen aus den hervorragendsten Werken Berlioz', sämmtlich als Vollbilder — das Format des Werkes ist groß 4° — behandelt. Diesen schließen sich ca. 150 in den Text gedruckte Illustrationen an, darunter zwölf, zum großen Theil bisher unbekannte Porträts des Componisten aus verschiedenen Lebensperioden, Titelblätter der ersten Ausgaben, charakteristische Scenen aus den Opern, Facsimiles von Briefen und Musikstücken und eine Menge von Caricaturen. Die letzteren, auf deren Ausgrabung und Reproduktion der Autor sich etwas Besonderes zugute thut, werden allerdings für französische Leser von höherem Interesse sein, als für deutsche.

Jullien's Buch ist einer jener Bausteine, welche für die Musikgeschichte von weittragender Bedeutung sind. Wir haben deren nicht allzu viele. Es wird dazu beitragen, die Ansichten über einen Künstler, der einst verlacht und verhöhnt wurde, ohne daß man sich die Mühe gab, ihn zu hören, zu klären, und das von einer jedem Fortschritte abholten Clique genährte Mißtrauen gegen seine Schöpfungen zu beseitigen. Berlioz ist ein Bekannter und ein Märtyrer seines musikalischen Glaubens gewesen; sein Leben war ein fortwährender Kampf. Erst in der Neuzeit hat man angefangen, ihm das zu geben, was ihm zukommt; in unseren Concertsälen fangen seine Orchesterwerke an, allmählig heimisch zu werden, und unsere besseren Bühnen beifern sich, seine Opern in würdiger Ausführung der Öffentlichkeit, die ihnen so lange verschlossen war, zugänglich zu machen.

E. Vohn.

## Aus Wissenschaft und Leben.

Im Gemeinnützigen Verein zu Dresden hielt kürzlich Professor Dr. Reelfer einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die durch das Alter bedingten Veränderungen des menschlichen Körpers. Nachdem der Vortragende zunächst die Dauer der dem Menschen zugemessenen Lebenszeit überhaupt sowie die darüber in alter und neuer Zeit aufgestellten Schätzungen behandelt, entrollte er, der „Dresdener Ztg.“ zufolge, ein Bild des Einflusses der jeweiligen Beschäftigung der Individuen auf die durchschnittliche Lebensdauer. Danach ist die größere Lebensdauer den sich in freier Luft bei genügender regelmäßiger Bewegung und Ernährung aufhaltenden Personen, also besonders den Landbewohnern gesichert, es soll z. B. im 15. Jahrhundert, wie mit Bestimmtheit versichert wird, einen deutschen Bauern mit dem stattlichen Alter von 185 Jahren gegeben haben. Auch jetzt noch sind die Fälle von einem Alter von 100—110 Jahren nicht so selten als man allgemein glaubt. In Schweden ist ein Alter von 90 Jahren nichts Auffallendes, dagegen läßt sich für das leichtlebige Paris ein Durchschnittsalter von nur 47 Jahren feststellen. Ausnahmen giebt es natürlich auch in dieser Beziehung, nicht nur Landleute, sondern auch Personen anderer Berufsarten erreichen zuweilen ein hohes Alter. Die Eintheilung der Lebensdauer selbst in einzelne Altersabschnitte ist nach den in Frage kommenden Völkern verschiedenartig erfolgt, und es theilte z. B. Solon das Leben in zehn Abschnitte, jeden zu sieben Jahren. Auch für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse würde eine solche Eintheilung, wenn man dieselbe nur

# Provinzial-Beitung.

Breslau, 18. Januar.

des Finanzministers auf die Valencianer Petition auch zu erwarten waren. Die Alkoholfrage bleibt hier weiter im Mittelpunkt der Erörterungen, und die jüngste, vielbesprochene Brochure Vincentes, des Sachwalters der Madrider Corporationen, erbringt neues, statistisches Material über die Schädlichkeit des jetzt herrschenden Alkoholgesetzes. Das italienische Weinschiff, von welchem bereits die Rede war, liegt nunmehr seit ca. 1 Monat in Tarragona, ohne Erlaubnis zu erhalten. Die Weinproben sind längst nach Madrid gegangen, um wegen des Gehalts von künstlichem Alkohol untersucht zu werden; doch steht die Entscheidung des Finanzministers noch aus, was auf Differenzen mit Italien und Frankreich schließen lässt. Der französische Consul in Tarragona hat übrigens die Erklärung abgegeben, daß er jegliche Vistrung von Ursprungsattesten von dem Momente an verzögert, in dem die Erlaubnis zum Verschiffen jener italienischen Weinschiffe erteilt wird, und für diesen Fall drohen auch die französische Weinhäuser mit Schließung ihrer Magazine, wodurch eine Menge Arbeiter brotlos werden würden. Spanischer Boden wird also zum Schlachtfeld für den französisch-italienischen Zollkrieg, bei dem es sich glücklicherweise nur um Nebenblut handelt.

## Afrika.

[Der Brief Stanley's an Tippo Tib] lautet dem „Recht. Bureau“ zufolge:

„Boma, am Banalya-Murcia, 17. August. An den Scheik Hamed Ben Mohamed (Tippo Tib) von seinem guten Freunde Henry Stanley. Viele Salams für Dich! Ich hoffe, daß Du gesund bist, wie ich, und daß Du Dich guter Gesundheit erfreust, seit ich den Congo verließ. Ich habe Dir viel zu sagen, aber ich hoffe, Dich binnen Kurzem von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Ich erreichte diesen Ort heute Morgen mit 130 Bangwana, 3 Soldaten und 66 Eingeborenen, welche Emin Pascha gehörten. Dieses ist nun der 82. Tag, seit wir Emin Pascha am Nyanza verlassen haben, und wir haben auf dem ganzen Wege nur 3 Leute verloren; 2 davon erkrankten und der dritte lief fort. Ich fand den Weizen, den ich suchte. Emin Pascha war sehr wohl, und der andere Weizen, Cafati, befand sich auch wohl. Emin hat Eisenblech im Ueberfluß, Vieh nach Tausenden und Schafe, Ziegen, Geflügel und Nahrungsmittel aller Art. Wir fanden in ihm einen sehr guten und lebenswürdigen Mann. Er verschenkte eine Menge Sachen an alle unsere weißen und schwarzen Leute und seine Freigebigkeit läßt sich nicht übertrieben. Seine Soldaten segneten unsere schwarzen, daß sie so gut waren, so weit zu kommen, um ihnen den Weg zu zeigen, und viele von ihnen waren bereit, mir sofort aus dem Lande zu folgen. Ich habe sie aber, sich noch einige Monate zu gedulden, damit ich zurückkäme und die andern Leute und Waaren, welche ich in Jambunga gelassen, brächte, und sie schenkte mir, daß er mir Kraft geben möchte, um mein Werk zu vollenden. Möge ihr Gebet erhört werden. Und jetzt, mein Freund, was wirst Du thun? Wir haben jetzt die Straße zweimal passiert. Wir wissen, wo sie abzweigt und wo sie gut ist, wo es viel Nahrungsmittel giebt und wo keine, wo alle Lager liegen und wo wir Schlaf und Ruhe finden. Ich erwarte, Deine Worte zu hören. Wenn Du nun mit uns gehen willst, so ist es gut. Willst Du nicht gehen, so ist es auch gut. Ich überlasse es Dir. Ich werde hier zehn Tage bleiben und dann langsam vorrücken. Ich mache von hier nach einer zwei Stunden entfernten großen Insel, und oberhalb dieses Platzes giebt es viele Häuser und viel Nahrungsmittel für die Leute. Für Alles, was Du mir zu sagen hast, werden meine Ohren willig offen sein, wie es stets Dir gegenüber der Fall gewesen ist. Deshalb, willst Du kommen, so komme schnell. Denn am letzten Tage von heute werde ich fortmarschieren. Alle meine Weizen befinden sich gut. Ich habe sie aber alle zurückgelassen außer meinem Diener William, welcher bei mir ist.“ (Gez.) Stanley.“

Dieser Brief wurde durch einen Boten nach Stanley Falls gebracht. Die übrigen von dem Boten gebrachten Briefe bleiben einstellweilen in Stanley Falls und werden nicht vor Ablauf von zwei oder drei Monaten in Europa eintreffen.

Wenn die in seiner Staatsrede vom Finanzminister in Aussicht gestellte Erhöhung der staatlichen Beiträge aus dem Schul- und Landtag genehmigt werden sollte, so würden die großen Kommunen, also auch Breslau, davon einen zwar nicht großen, aber doch nicht zu verachtenden Gewinn haben. Nach den Angaben des Finanzministers sollen nämlich an Zuschuß zu den Schullasten gezahlt werden je 500 Mark für die Lehrer in ersten Stellen (statt bisher 400 Mark), und je 300 Mark für die Lehrer in den folgenden Stellen (statt bisher 200 Mark). Zur Zeit beträgt der Staatsbeitrag für das Breslauer Elementarschulwesen 141 300 Mark; nach Annahme des Vorschlages der Regierung durch den Landtag würde der Zuschuß bei 101 Schuldirigenten (je 500 M.), 381 Klassenlehrern (je 300 M.), 162 Klassenlehrerinnen (je 150 M. wie bisher) und 4 ständigen Vertretern und Vertreterinnen (je 100 Mark wie bisher), im Ganzen 189 500 Mark betragen, also 48 200 Mark mehr als bisher. So erfreulich nun die Aussicht auf eine derartige Steigerung einer den Kommunen vom Staate zugewandten Einnahme ist, und mit welchem Ansehen von Recht auch der Finanzminister sich auf die große Fürsorge des Staates für die Gemeinden berufen hat, so ist doch leider nicht außer Acht zu lassen, daß wir von all' dieser liebevollen „Fürsorge“ nicht nur keinen Vortheil haben, sondern ihr sogar neue erhebliche Lasten zu danken haben werden, wenn der von der Kreuzzeitung angekündigte Gesetzentwurf betr. die Polizeilasten die Zustimmung des Landtages findet, an der es dank der Opferwilligkeit der Cartellparteien nicht fehlen wird. Wir haben bereits mitgeteilt, daß auf Grund dieses Gesetzentwurfs der Stadt Breslau eine Ausgabe für ihr Polizeiwesen in Höhe von ca. 376 000 Mark zugemutet werden würde, d. h. eine Drittel Million Mark mehr, als gegenwärtig. Es würden uns alsdann mit Einem Schlage nicht nur die erhöhten Erträge aus dem Schullastengesetz, die erwähnten 189 500 Mark, und aus der lex Huene 105 000 Mark wieder abgenommen, sondern wir müßten noch 40—50 000 Mark aus unserer Tasche hinzuzahlen.

Wie in Breslau, so ist man jetzt auch in Frankfurt am Main im Begriff, eine elektrische Centralstation zur Erzeugung von elektrischem Licht behufs Beleuchtung der Stadt ins Leben zu rufen. In Frankfurt ist die Sache bereits weiter gediehen, als bei uns. Dort liegt schon der Bericht der gemischten Commission vor. Aus demselben geht zunächst hervor, daß eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Anlage in Selbstregie übernommen werden solle, kein Zweifel bestehe. Großes Interesse auch für uns dürfte außerdem der Theil des Berichts haben, der sich mit der Rentabilität der Anlage befaßt. Die Firma Siemens u. Halske hat eine doppelte Rentabilitätsberechnung aufgestellt, einmal für den Betrieb einer, allerdings erweiterungsfähigen Anstalt mit 4400 Lampen, sodann für den vollen Ausbau und Betrieb einer Anstalt für 22 000 Lampen à 16 Normalkerzen. Die erstere würde, einschließlich Grundstück und Gebäude, ein Anlagecapital von 1 900 000 M. erfordern. Für Verzinsung dieses Anlagecapitals sieht die Berechnung 3 1/2 pSt. = 66 500 M., für Verwaltungskosten und Löhne 22 300 M., für Brennmaterial 7000 M., Schmier- und Putzmaterial 2000 M. und für laufende Reparaturen u. 3200 Mark, insgesamt eine Ausgabe von 101 000 Mark vor. Dem gegenüber steht eine Einnahme von 105 000 M. bei Annahme von 600 jährlichen Brennstunden und einem Preise von 4 Pf. pro Stunde. Hiernach würden die Betriebskosten durch die Einnahmen gedeckt und das Capital mit 3 1/2 pSt. verzinst, dagegen an eine nennenswerthe Amortisation nicht zu denken sein. Ganz anders gestaltet sich die Sache bei einer Anlage für 22 000 Lampen. Diese erfordert

ein unwesentlich höheres Anlagecapital, ergibt aber dafür ein überraschend günstigeres Resultat. Die genannte Firma sieht in ihrer Berechnung für diese Anlage 2350 000 M. als Anlagecapital, incl. Grundstück und Gebäude, ferner eine 3 1/2 proc. Verzinsung = 82 250 Mark, für Verwaltungskosten und Löhne 45 600 M., für Brennmaterial 32 200 M., für Schmier- und Putzmaterialien 8000 M. und für laufende Reparaturen u. 11 950 M. oder eine Gesamtausgabe von 180 000 M. vor. Nimmt man 550 jährliche Brennstunden für jede der installirten 22 000 Lampen an, so ergibt sich für die Brennstunde einer Glühlampe von 16 N.-K. ein Selbstkostenpreis von 1,48 M. Die Einnahmen dagegen beziffern sich bei einem Preise von 4 Pf. pro Stunde auf 22 000 × 550 × 4 = 484 000 Mark, d. h. es ergibt sich ein Reingewinn von 304 000 M. Bringt man von dieser Summe noch eine Amortisation von 95 000 M. oder 5 pSt. ausschließlich des Grundstücks in Abzug, so verbleibt immer noch ein Ueberschuß von 209 000 M. Die Commission nimmt an, daß die erstere Anlage, ganz abgesehen von dem finanziellen Ergebniss, für eine Stadt wie Frankfurt gar nicht ernstlich in Betracht kommen kann. Wenn z. B. in Eberfeld, wo die Anlage für die elektrische Beleuchtung sich erst auf den nördlichen Theil der Stadt erstreckt, heute schon, d. h. nach wenig mehr als Jahresfrist, 4300 Lampen in Betrieb sind, wie sollen dann für Frankfurt 4400 Lampen ausreichten sein? Voraussetzlichlich werde die Anstalt mit 10—12 000 Lampen bereits in den ersten Betriebsmonaten arbeiten. Nachdem der Bericht noch empfohlen, den Bau, soweit es sich um Herstellungen im Hoch- und Tiefbau handelt, den städtischen Behörden, die Lieferung der Maschinen u., sowie die Gesamtleitung der eigentlichen spezifisch technischen Anlage einer bewährten Firma unter Aufsicht der Frankfurter städtischen technischen Organe zu übertragen, ferner es als vorthellhaft bezeichnet hat, derjenigen Firma, welche die elektrische Centralanstalt baut, den Betrieb auf etwa 1 Jahr zu übertragen und das Werk erst zu übernehmen, nachdem dasselbe sich als betriebsfähig in jeder Hinsicht bewährt hat, beantragt die Commission, die städtischen Collegien wollen beschließen: daß eine elektrische Centralanstalt auf städtische Kosten errichtet und demnächst betrieben werde, daß die gemischte Commission ermächtigt werde, hierfür speziellen Plan und Kostenanschlag aufstellen zu lassen und die erforderlichen Verhandlungen mit einer, solche Anlagen ausführenden, bewährten und leistungsfähigen Firma zu führen, das Ergebniss aber demnächst den obern städtischen Behörden zur Genehmigung vorzulegen.

H. Reichstags-Ergebnisse. Heute wurde das Ergebniss der am 14. d. M. im Westkreise Breslau vollzogenen Reichstags- und Provinzialparlamentarischer Wahl von einer Commission unter dem Vorsitz des Stadtsyndicus Götz amtlich festgestellt. Demnach haben von 32 864 Wahlberechtigten sich 19 444 an der Wahl betheiliget und ihre Stimmzettel abgegeben. Von letzteren waren 31 unguiltig. Von den 19 413 gültigen Stimmen fielen 7800 auf Schneidermeister Kühn-Vangenbielau, 5536 auf Stadtrichter A. D. Friedländer, 4586 auf Kaufmann Tschöke, 1483 auf Stellmacher Jacob Kühn-Breslau und 8 auf Dr. von Szymanski-Polen. Die zwischen Schneidermeister Kühn und Stadtrichter A. D. Friedländer notwendig gewordene Stichwahl ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, auf Freitag, den 25. d. M., festgesetzt.

Von der Universität. Am Sonnabend, 19. Januar, Vormittag 11 Uhr, wird Herr Georg Straehler seine Inaugural-Dissertation: „De caesuris versus Homerici“ behufs Erlangung der philosophischen Doctorwürde in der kleinen Aula der Universität gegen die Opponenten cand. phil. Johann Stannick, cand. phil. Max Consbuch und Dr. phil. Friedr. Wilhelm öffentlich verteidigen.

Vom Stadttheater. Sonntag geht, wie wir schon mitgeteilt, die bereits am Hoftheater zu Braunschweig aufgeführte Oper „Der wilde Jäger“ von A. Schulz in Scene. Die Hauptpartien werden vertreten durch die Damen Slach und Möllring, sowie die Herren Grupp, Schwegel, Halper, Walter-Müller und Müller. Nachmittags wird nochmals „Ach ein Trödel“ von Görner gegeben. Jeder Besucher hat das Recht, ein Kind frei einzuführen.

bis auf die Jugendzeit ausdehnen wollte, nicht ganz unberührt sein, während vom ärztlichen Standpunkt aus eine solche Eintheilung nicht als richtig anerkannt wird. Die Veränderungen bzw. Abnutzungen und Wiedererzeugungen der abgenutzten Theile finden beim Menschen, von der Geburt angefangen, ununterbrochen statt bis hinauf in das höchste Alter und unterscheiden sich in den verschiedenen Lebensstufen untereinander nur dadurch, daß im Kindes- und Jünglingsalter die Wiedererzeugung der abgenutzten Theile — zu welchen auch innere Organe gezählt werden — größer als der Bedarf ist, das Wachsthum des menschlichen Körpers also fortschreitet, während bei dem entwickelten Manne Abnutzung und Ersatz sich die Waage halten und im Greisenalter die abgenutzten Theile nicht mehr in vollem Umfange ergänzt werden. Der Vortragende bewies dies durch die eingefallene Haltung der alten Leute, den Verlust der Zähne und Haare, die Verkleinerung der Rinnbackennochen, die Abnahme der Nieren (bis um ein Drittel), der Leber, der Lunge u. s. w. Nirgend ist da an einen Wiederersatz zu denken. Die Frage nun, wie es denn eigentlich kommt, daß sich der Mensch nicht immer und immer wieder erzeugt, ist sehr verschieden beantwortet worden, und wohl als einzig richtig anzunehmen, daß der Eintritt des Alters mit dem Beginn der Störungen in der Blutcirculation zusammenfällt. Eine Veränderung der Gefäße und Gewebe tritt dann ein, die ganze körperliche Spannkraft nimmt ab, die Elasticität der Haut verliert sich ebenfalls und es bilden sich die Falten, welche sich in ihrer Beschaffenheit je nach dem gewöhnlich vorherrschenden Gesichtsausdruck der betreffenden Person richten und z. B. bei stetig in Kummer und Sorge lebenden älteren Leuten oft sehr sichere Schlüsse auf deren Verhältnisse ziehen lassen. Der Vortragende streifte hier das Gebiet der Physiognomie. Ueberrascht werden manche junge Mädchen durch die Mittheilung sein, daß auch sie in der Regel vom 20. Jahre ab sich schon im Besitz einer Falte am Halse in der Nähe des Kehlkopfes befinden, die von den Alten mit „Halsband der Venus“ bezeichnet wurde.

Ueber das Thema „Aus der Geschichte der geselligen Unterhaltung“ hielt vor einigen Tagen der Privatdocent Dr. Richard Meyer im Berliner Letzerverein einen Vortrag, dem nach dem Bericht der „T. N.“ Folgendes entnommen sein möge: Die gesellige Unterhaltung beginnt in Deutschland wie überall sonst von dem Zeitpunkt an, wo die Sprache sich so weit ausgebildet hat, um Jedermann ein leichtes, bequemes Sprechen und Verstehen zu ermöglichen. Im Allgemeinen war das Leben der alten Germanen ein Einsiedlerleben, zusammen fanden sie sich nur in der Volksversammlung, in der Schlacht und beim Mahle. Und es ist natürlich, daß eine eigentliche Unterhaltung nur beim Mahle möglich war. Sie bestand im Wesentlichen in Spottreden; Jeder suchte den Anderen aufzuziehen, zu hänseln und in seinen kleinen oder großen Schwächen bloßzustellen, um auf diese Weise zur Erheiterung und Belustigung der ganzen Gesellschaft beizutragen. Dieses Behagen am Gespötte war unseren Altvordern zur zweiten Natur geworden; die Jünglinge erhielten gleichsam Unterricht in der Kunst, die Schwächen des Nebenmenschen und besonders des Feindes witzig zu treffen, weniger freilich zum Zweck der Unterhaltung, als mit der Absicht, in der Schlacht jene Kunst auszuüben. Das Walthari-Lied enthält die Erzählung von einem Unterrichts dieser Art,

den Walthari am Hofe Esels erhält, und dessen gute Früchte sich späterhin im Kampfe am Wasgensteine deutlich zeigen. Nur in vereinzelten Fällen machte sich schon damals ein Hang nach ernsterer, zweckvoller Unterhaltung geltend. So wird von einem Frankenkönig, der um 593 starb, berichtet, daß er die höheren Geistlichen zu sich einzuladen pflegte und sich mit ihnen in Gespräche einließ, die ihrem Wirkungsfreize angemessen waren. In den Vordergrund tritt diese geistige Unterhaltung mit den Tagen Karls des Großen, der, wie in allen anderen Dingen zielbewußt, auch einer höheren Geselligkeit Bahn zu brechen suchte. Mit den Gelehrten, die er regelmäßig um sich versammelte, führte er bedeutungsvolle Gespräche über die Mittel, die deutsche Cultur zu heben, ihre alten geistigen Schätze zu wahren und sie mit der klassischen Cultur zu einer höheren Einheit zu verschmelzen. Das Mahl war auf diese Weise zur Nebensache, die Unterhaltung Selbstzweck geworden. Lange hielt sie sich freilich auf der erreichten Höhe nicht; in der späteren Zeit des Mittelalters sank sie zu einer conventiellen Spielerei herab, dank den Einflüssen, welche das französische Ritterthum, wie es vor Allen in der Provence blühte, auf den deutschen Geist gewann. Der Minnedienst und die Liebeshöfe, welche ritterliche Schwärmerie ins Leben riefen, bilden die charakteristischen Kennzeichen der neuen Geselligkeit, in deren Mittelpunkt von nun an die Frau trat, welche bisher von dem Kreise der Männer ausgeschlossen war. Aber nur zum Schein bildete sie den Mittelpunkt, da sie an der Unterhaltung nicht theilnahm, sie nicht beherrschte, sondern nur als Gegenstand des Minnedienstes eine Rolle spielte. Es fehlte dieser Art von Geselligkeit an jeder inneren Wahrheit, sie war theatralisch und allen geistigen Lebens bar, und sie blieb stets ein fremdes Gewächs, das keine Wurzeln zu schlagen vermochte. Mit Nothwendigkeit schlug sie daher nur zu bald in ihr Gegentheil um; die Natur trat in ihr Recht, aber vorläufig nur die rohe, ungezügelter, gemeine. Das Lachen wird im 14. und 15. Jahrhundert der Zweck jeglicher Unterhaltung, und Possenreizeien, Schwänke und Zoten der derbsten Art sind die Mittel, es zu erzielen. Bekannt ist es, wie Narren und Zwerge jedem Hofe zum Bedürfniss wurden. Erst mit dem geistigen Aufschwunge der Nation hob sich auch wieder die Geselligkeit, sie blieb natürlich, aber sie wurde zugleich gesitteter und ideller, ohne jedoch der gesunden Heiterkeit zu entbehren. Sie nahm mit einem Worte einen echt deutschen Charakter an. Vorwiegend drehte sich das Gespräch um Fragen von nationaler oder kirchlicher Bedeutung. Ein willkürliches Zeugnis dieser Unterhaltungsweise ist uns in den Tischgesprächen Luthers erhalten. Die Frische und Ursprünglichkeit, die in ihnen waltet, erhielt sich freilich auf die Dauer nicht; die Unterhaltung wurde mehr und mehr zu wichtig, zu schwer, das gesellige Behagen trat in den Hintergrund, gelehrte Pedanterie in den Vordergrund. Die Gesellschaften des 17. Jahrhunderts führten ihren Namen nur mit halbem Recht, sie waren Akademien nach dem Muster der italienischen, feist und voller Zwang. Aber auch diese letzten Reste ernstgemeiner Unterhaltung zerstörte nach kurzer Frist der dreißigjährige Krieg, der die Geselligkeit überhaupt auf lange Zeit hin vernichtete. Zur Blüthe hat sie sich seitdem nicht wieder erhoben; noch heute trägt sie in Deutschland einen schwerfälligen Zug, der nicht zum wenigsten darauf beruht, daß sie nicht, wie in Frankreich, Selbstzweck ist, sondern nur in Verbindung mit Mahheit, Tanz u. dgl. m. erscheint.

Dann und wann gab es allerdings Zeiten, in denen sie einen gefälligeren Charakter annahm, beeinflusst von Erinnerungen an die französischen Salons des vorigen Jahrhunderts. Das war z. B. der Fall in der Napoleonischen Epoche, in der sich Berliner Gesellschaften bildeten, die fast alle bedeutenden Männer der Zeit in ihre Kreise zogen, u. A. die berühmten „Salons“ der Rachel und der Henriette Herz. Immerhin galt jedoch auch von ihnen das Wort der Madame Staël, die Unterhaltung der Deutschen leide unter der Thatsache, daß Keiner kunstvoll zu unterbrechen versuche, Jeder den Anderen ausreden lasse und darauf selbst in den Monolog verfalle. Der Vortragende ergänzte dieses Wort noch durch die feine und richtige Bemerkung, daß die Unterhaltung bei uns zu sehr die Pausen scheue. Sobald eine solche im Gespräch eintrete, suche Jeder sie mit wenn auch noch so leeren und nichtssagenden Wendungen auszufüllen. Die Pausen aber seien im Gegentheil nothwendig zur Kräftigung und Neubelebung des Gesprächs.

Universitäts-Nachrichten. Die Kaiserlich Leopoldinisch-Karolinische Deutsche Akademie der Naturforscher zu Halle a. S. ernannte in der Fachsection für Chemie Professor Dr. Konrad Wilgerodt in Freiburg i. Br. zu ihrem Mitglied. — Der Professor Dr. Theodor Aufrecht, bisher Lehrer des Sanskrit an der Universität Bonn, ist vom 1. April d. J. ab von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden und wird von diesem Zeitpunkt ab seinen Wohnsitz nach Heidelberg verlegen. — Der Privatdocent an der Kaiser Wilhelms-Universität zu Strassburg, Archivar Dr. W. Wiegand, hat eine Reise nach Rom angetreten, um dort im Auftrag der Elsaß-Lothringischen Regierung im Vaticanarchiv die auf die Landesgeschichte Elsaß-Lothringens bezüglichen Actenstücke und Schriften dem Gebrauche zugänglich zu machen. — An der Universität München wird Professor Dr. v. Holtenhoff auf Grund ärztlicher Anordnung im Lauf des Winters nicht mehr lehren. Die strafrechtlichen Vorlesungen desselben wird Privatdocent Dr. G. Kleineller fortsetzen. — Der Privatdocent Dr. Johow in Bonn ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden. — In Heidelberg hat Professor Dr. Steiner sein Lehramt niedergelegt. — Nach Köln überzusiedeln. Er lehrte dort seit 1878 neben Prof. Kühne und Prof. Biedermann die Physiologie. — In Bonn war er Gehilfe der Professoren Vernstein in Halle und Nothling in Erlangen. Wie diese, ist er ein Schüler du Bois-Reymonds. — Auf Eruchen des Königl. Land-Constitutiums zu Hannover veröffentlicht der Dean der theologischen Facultät zu Halle a. S. eine Bekanntmachung, wonach Meldungen zur ersten theologischen Prüfung in Zukunft nicht 10, sondern 12 Wochen vor Ostern bzw. Michaelis bei gedachter Behörde einzureichen sind. — In München habilitirte sich als Privatdocent in der philosophischen Facultät Dr. Ludwig Traube, ein Sohn des Berliner Klinikers gleichen Namens. — Als Nachfolger für den verstorbenen Professor Wagner wird das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät zu Budapest dem Vornamen nach vorgeschlagen: an erster Stelle die Professoren Purjes in Klausenburg und Ketti, an zweiter Professor Bócai in Klausenburg und Dr. Jendrassik. — Der ordentliche Professor Bócai in Klausenburg und Dr. Giovanni Testa, hiesiger Professor an der Universität Florenz, Dr. Giovanni Testa, hat sein Leben durch Selbstmord ein Ende gesetzt. — Fel. V. Segewisch hat der Universität Kiel ihr Landhaus „Klein Elmelo“ am Eingange der Düsterbrook Allee für den Bau eines Kunstmuseums zum Geschenk gemacht. — In Tübingen wurde das neuerbaute physikalische Institut in Gegenwart der Vertreter der Regierung und der akademischen Kreise feierlich eingeweiht. — In Cambridge starb der Rev. Churchill Babington, früher Professor der Archäologie. — Dr. Mc Gill, der amerikanische Theologe und Professor an der Universität in Princeton, ist gestorben. — Die große Gold-Chronmünze der englischen astronomischen Gesellschaft wurde dem Leiter der Pariser Sternwarte, Moriz Löwy, einem naturwissenschaftlichen Deutschen, verliehen.

**• Lobtheater.** Am Sonntag Nachmittag wird bei ermäßigten Preisen das Lustspiel „Die wilde Rose“ gegeben, Abends geht die Operette „Nip Nip“, welche morgen, Sonnabend, zur ersten Aufführung kommt, wieder in Scene. — „Henri Johans“, „Wildente“ wird im Laufe der nächsten Woche zur ersten Aufführung gelangen.

**• X. Schlesisches Musikfest.** Für das im Sommer dieses Jahres in Görlitz stattfindende X. Schlesische Musikfest sind die erforderlichen Vorbereitungen im Gange. Graf Hochberg war am Mittwoch in Görlitz, um mit dem Comité über verschiedene Angelegenheiten zu beraten. Die Noten für die zur Aufführung gelangenden Musikstücke sind bereits hier eingetroffen und den am Musikfest mitwirkenden Vereinen überhandt worden.

**\* Pablo de Sarasate** hat in der vorigen Woche im Dresdner Gewerbehausaal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, einen großen künstlerischen Erfolg gehabt, ebenso Frau Berthe Marx. Das hiesige Concert des Künstlers findet morgen, Sonnabend, Abend 7½ Uhr im großen Saale der Neuen Börse statt. Herr Sarasate wird in den nächsten Jahren nicht mehr in Deutschland spielen.

**\* Oberlandesgerichts-Präsident von Kunowski** hat sich heute zur Erörterung einer baulichen Angelegenheit des Land- und Amtsgerichts nach Reisse begeben.

**\* Eine neue Glashütte** soll im Riesengebirge errichtet werden. Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, beabsichtigt die bekannte Glasfirma Friz Heckert in Petersdorf eine eigene Glashütte anzulegen. Dieselbe soll oberhalb des Gasthofes „zur Sonne“ in Petersdorf entstehen.

**Δ Schwarzdroffeln.** Seit einigen Tagen zeigen sich im Scheitniger Park, auf den Promenaden und Gartenplätzen der inneren Stadt, sowie in den größeren Privatgärten ganze Scharen der Schwarzdroffeln oder Koblamseln. Die großen, wenig scheuen Vögel suchen emsig nach Beerenahrung und wählen förmlich in den Laubbäumen, mit denen zartere Pflanzen unserer Gärten im Herbst eingedeckt zu werden pflegen, nach Würmern und Insekten. Die sonst meist im Gefolge der Schwarzdroffeln erscheinenden Seidenschwänze sind bei dem anhaltenden Froste auch für die nächsten Tage zu erwarten.

**Δ Raufrost.** Der gestrigen milderer Temperatur bei gleichzeitiger Dunsfättigung der Luft ist eine bis — 11 Gr. R. kalte Nacht gefolgt, welche die Feuchtigkeit in Schneenadeln an Busch und Baum niedergeschlagen hat. Besonders die Nadelhölzer und die weitastenden Pappeln, Ahorne und Eichen sind mit wundervollem, oft zolllangem Raufrost besetzt, welcher der Landschaft ein eigenartig schönes Gepräge verleiht.

**β Eis.** Aus den hiesigen Wasserfiltern sind bereits ca. 2000 Fuhren Eis entnommen worden.

**\*\* Versuchter Raubmord.** Wiederum haben wir über ein Verbrechen zu berichten, dessen Vollendung allerdings vereitelt worden ist, das aber in seiner Ausführung von einer grauenhaft fahrlässigen Unacht des Verbrechens zeigt und dringend zur Vorsicht mahnt. Im vierten Stock des Hauses Friedrich-Carlstraße Nr. 9, von der Treppe aus links, wohnt die Bremerwitwe und frühere Wäuderin Charlotte Sille, geb. Stiller, mit ihrer 24 Jahre alten Tochter Klara. Die rechts von der Treppe belegene Wohnung steht leer. Die Sille'sche Wohnung besteht aus einer zweiflügeligen Wohnstube nebst daranstoßender Schlafkammer, einem eisenstrogenen Schlafzimmer und einer mit Oberlicht versehenen Küche. Sowohl in der Schlafkammer als auch in dem eisenstrogenen Zimmer stehen Betten. Sämtliche Räume sind mit guten Möbeln besetzt und lassen auf eine gewisse Wohlhabenheit der Besitzerin schließen. Frau Sille steht sogar in dem Rufe, ziemlich reichlich mit Geldmitteln versehen zu sein. Ihr und ihrer Tochter Auftreten scheint diese Annahme zu bekräftigen. Am 4. Januar cr., Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, kehrte die 63 Jahre alte Frau von einem Besuche in ihre Wohnung zurück, um hier etwas zu holen und dann ihre Tochter aufzusuchen, welche bei einer Verwandten wohnte. Wenige Minuten erst hatte sie in ihrer Wohnung verweilt, als die Klingel der Entreehör heftig gezogen wurde. Frau Sille glaubte, daß der Hauswirth klingelte und beifte sich zu öffnen. Die Entreehör, durch welche man direct in die Küche tritt, wurde heftig zurückgestoßen und es trat ein großer, starker Mann ein, der kurz grüßte, sich auf einen Stuhl an den Küchentisch setzte, seinen Hut vom Kopfe riß und auf den Tisch warf. Frau Sille erkannte in dem Eingetretenen den Sohn einer Landsmännin, den Schloßergesellen Paul Stoppok aus Röpelnitz. Er schien aus der Arbeit zu kommen, denn er trug unter dem offenen Rock eine schmutzige blaue Arbeitsblouse. Zunächst erkundigte er sich, ob die „Klara“ zu Hause sei, dann, ob Frau Sille Schlaffente halte, ob diese daheim seien, sowie, wer in der gegenüber belegenen Abteilung wohne. Arglos antwortete die alte Frau, daß sie allein sei und die gegenüber belegene Wohnung leer stehe. Unmittelbar nach dieser Antwort veränderte sich das Benehmen des Stoppok. Hatte er bisher noch einen geringen Rest von Höflichkeit gezeigt, so ließ er diese jetzt ganz außer Acht und trat herrlich auf. Er erhob sich und ging durch sämtliche Räume, um sich zu versichern, daß er wirklich mit der alten Frau allein sei. Die geängstigte Frau folgte ihm und bat, er möge sie verlassen, da sie fortgehen und die Wohnung verschließen wolle. Der Mann lachte dazu. Auf einem Tische im Wohnzimmer sah er zwei goldene Damenuhren, zwei goldene Ketten, eine Anzahl goldener Ringe, sowie goldene Ohrgehänge liegen. Der Gesamtwerth der Schmuckfachen dürfte etwa 300 bis 400 Mark betragen. Plötzlich stürzte er sich auf die alte Frau, ergriff sie am Halse und warf sie rücklings über das eine der in der Schlafkammer stehenden Betten. Während er ihr mit der einen Hand den Mund zubielt, suchte er sie mit der anderen zu erwürgen. Letzteres gelang ihm nicht, weil er den Hals nicht genügend zu umspannen vermochte. Frau Sille hatte nämlich um den Hals ein aus schwarzer Eiswolle gehäkeltes Tuch geschlungen, sowie über den Kopf ein Tuch gleicher Art (à la Kapuze) gelegt und unter dem Rinn zugebunden. Sie konnte während des Kampfes mit Stoppok mehrere Hilferufe ausstoßen. Diese Rufe machten den Mörder unsicher, so daß er hin und wieder aufhorchte, ob die Rufe etwa Jemanden herbeizögen. Einen solchen Moment benutzte die Angegriffene und versetzte dem Verbrecher einen Fußtritt gegen den Unterleib, sodaß ihn in Folge des Schmerzes eine momentane Schwäche überfiel und er die Frau losließ. Dieselbe sprang auf, eilte in die Küche und schlug mit der Faust ein nach dem Flur führendes Fenster ein, worauf sie nochmals laut um Hilfe rief. Stoppok war ihr aber nachgelaufen, ergriff sie mit beiden Händen, schleppte sie in die Schlafkammer zurück und warf sie hier mit furchtbarer Gewalt nochmals auf das Bett, indem er rief: „ich brauche Geld, ich muß Geld haben, ich brauche Reisegeld nach Gogolin; ich mache Dich tot!“ Sie fuchte um ihr Leben und versprach ihm alles zu geben, was sie besaß. Stoppok aber begann, sie von Neuem zu würgen. In der Todesangst gelang es der alten Frau nochmals, sich loszureißen. Sie stürzte zur Küchentür, riß dieselbe auf und lief „Hilfe“ rufend hinaus. Der Verbrecher sah nunmehr wohl ein, daß diese Rufe nicht ungehört bleiben würden und suchte sich deshalb zu retten. Als wäre nichts vorgefallen, packte er die alte Frau am Arme und rief: „Aber Frau Sille, was ist Ihnen denn?“ In diesem Augenblicke kam ein Dienstmädchen die Treppe hinaufgelaufen. Sie war mit Kleiderreinen beschäftigt gewesen und hatte die Hilferufe gehört. Auch zwei Lehrer, welche in dem Hause wohnten, waren durch die fortgesetzten Hilferufe aufmerksam geworden und traten aus ihren Wohnungen auf den Flur. Sie sahen die im Gesicht blutende Witwe Sille und neben ihr einen fremden Mann, der mit den Achseln zuckte und hin und wieder mit dem Kopfe schüttelte. Frau Sille rief den beiden Lehrern zu: „er wollte mich todtmachen!“ Einer der Angerufenen fragte den Fremden: „Sagen Sie mal, geht das Sie an?“ worauf dieser erwiderte: „Natürlich; ich sollte ja die Klara abholen: hätte ich das gewußt, daß die Frau so ist, dann wäre ich nicht

erst gekommen. Die Frau ist verrückt.“ Rutz blieb er stehen, als ob er nichts zu befürchten habe. Der andere Lehrer fragte die Frau: „Kennen Sie denn den Mann?“ Frau Sille bejahte die Frage und nannte den Namen. Die beiden Lehrer, denen nach dieser Auskunft Zweifel entstanden sind, zogen sich zurück, worauf der Verbrecher sich ungehindert entfernte und seitdem spurlos verschwunden ist. Stoppok ist 32 Jahre alt, über mittelgroß, blond, mit blondem Schnurrbart. Wie wir hören, ist er mehrfach vorbestraft. Er soll sich in der Gegend von Canth aufhalten, doch war bisher hierüber etwas Sicheres nicht zu erfahren. Frau Sille befindet sich im Allerheiligen-Hospital. Es sind ihr zwei Rippen gebrochen. Nachrichten über den Stoppok werden von jedem Polizeibeamten, sowie im Zimmer 9 des Polizei-Geschäftshauses entgegengenommen.

**\* Glogau, 17. Januar.** [Die Hornburg,] deren Nachbargebäude zum Theil bereits niedergelegt sind, und die nun selbst bald vom Erdboden verschwinden wird, soll, wie wir bereits mitgeteilt haben, vor der Niederlegung noch photographisch aufgenommen werden. Wie der „Niederschlesische Anzeiger“ berichtet, hat ein hiesiger Bürger, Herr Julius Großmann, für sich ein Bild der alten Hornburg malen lassen, weil ihm dieselbe in den Jahren 1848 und 1849 mehrere Monate lang zum unentgeltlichen Aufenthalt diente. Der genannte Herr gehörte zu den „Steuerverweigerern“, von denen mehrere zu jener Zeit hier beschaulicher Ruhe pflegten. Es hieß, daß auch Friz Reuter im Jahre 1837 als Gefangener die Hornburg bewohnt habe, aber nach der eigenen Erzählung Reuters in „Alt mine Festungstid“ scheint es, daß sich diese Annahme nicht bestätigt, sondern daß Friz Reuter — der übrigens nur sechs Wochen lang in Glogau gefangen gehalten und dann nach Magdeburg geschickt wurde — auf der hiesigen Hauptwache internirt war. Erzählt er doch, daß der Raubmörder Schnabel bis zu dessen Hinrichtung in einer Zelle unter ihm gefesselt habe, und es ist noch vielen älteren Leuten bekannt, daß Schnabel auf der Hauptwache festgehalten und von hier zum Schaffot geführt wurde. Uebrigens war Reuter mit seiner Behandlung in Glogau verhältnismäßig recht zufrieden. In einem Briefe, den er von hier aus an seinen Vater schrieb, heißt es: „In Magdeburg werde ich es schlecht haben, wie wir es von allen Seiten in Silberberg erfahren haben, doch denke ich, wird es wohl gehen. Hier in Glogau hätte ich es mit der Zeit gemiß recht gut gehabt, da der zweite Commandant, der Herr Major von Wichert, sowie auch der Herr Hauptmann Kurz sich meiner bestmöglichst angenommen haben, ersterer hat mich während meines Hierseins mit Lectüre, worunter auch landwirthschaftliche Werke sich befinden, versehen. Von Glogau selbst habe ich gar nichts zu sehen bekommen.“

**\* Görlitz, 17. Januar.** [Von der Ruhmeshalle für Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich.] Der bekannte Geschichtsforscher der Oberlausitz und Gründer und Leiter des Döbminermuseums, Dr. Mochkau in Döbmin, hat sich erboten, während der Sommermonate im Döbminmuseum eine Sammelstelle zu errichten, und den Plan zur Errichtung unserer Ruhmeshalle, die auch das Andenken an den unvergeßlichen Kaiser Friedrich wahren soll, mit allen Kräften zu fördern.

**— Grünberg, 15. Jan.** [Unser Vereinsleben.] Im Gewerbe- und Gartenbauverein hielt gestern und heute Abend der Astronom Sophus Fromholt aus Norwegen zwei Vorträge über die Sonne und das Planetensystem. Erläutert wurden die Vorträge durch prachtvolle Lichtbilder. Beide Vorträge waren sehr gut besucht. — Der hiesige Evangelische Männer- und Junglingsverein, welcher circa 150 Mitglieder zählt, hielt gestern Abend eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Generalversammlung beschloß, vom nächsten Monat ab den Verein in eine Männer- und eine Jugendabtheilung zu trennen. Die Sitzungen für die Jugendabtheilung sollen an Sonntagen, die Sitzungen für die Männerabtheilung an Wochentagen abgehalten werden. — Die Schützengilde beabsichtigt im Laufe dieses Jahres einen neuen Saal zu bauen, da der jetzige Schützenhausaal den Bedürfnissen nicht mehr genügt.

**□ Sprottau, 16. Januar.** [Wahl. — Amtsniederlegung. — Herberge zur Heimath. — Generalversammlung.] Zum Stadthauptkassen-Controleur wählte der Magistrat den städtischen Calculator Brenning. — Der Fortstrabsherr Seher hat sein Amt niedergelegt. Die Verwaltung des Fortstrabsherrn hat Bürgermeister Westphal übernommen. — In der Herberge zur Heimath lehrten im vergangenen Jahre 2068 Reisende ein. Von den Reisenden waren 1228 evangelisch, 807 katholisch, 31 jüdisch und 2 dissidentisch. — Der Krieger- und Veteranen-Verein wählte vorgestern seinen neuen Vorstand. Es wurden gewählt: Major a. D. Merker (erster Vorsitzender), Uhrmacher Gottscheina (zweiter Vorsitzender), Gutbesitzer Konrad (Kassirer), Restaurateur Andraschek (Schriftführer), Stellmacher Saur und Schuhmacher Westphal (Beisitzer) und Tischler Kahlenbach (Revisor). Das Stiftungsfest soll am 26. Januar cr. gefeiert werden.

**Δ Ohlau, 16. Januar.** [Verordnung.] Unter Aufhebung der im Herbst v. J. erlassenen Polizeiverordnung, betreffend das Befahren der Kunststraßen mit Ladungen von Dünger, Boden r. hat der hiesige Landrath auf Grund der bezüglichlichen gesetzlichen Bestimmungen unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses für den ganzen Umfang des Kreises Ohlau Nachstehendes verordnet: Die Führer event. Besizer von Fuhrwerken jeder Art sind verpflichtet, vor dem Befahren einer Kunststraße die Reinigung der Räder an den Fuhrwerken von daran haftendem Koth, Dinger r. so zu bewerkstelligen resp. bewerkstellen zu lassen, daß beim Befahren der Straße ein Festkleben der Steine an die Räder und dadurch verursachtes Aufreißen der Steinbahn nicht erfolgen kann. Der beim Transport von den Fuhrwerken auf die Kunststraße gefallene Dünger, Boden r. ist von den Begleitern der Fuhrwerke sofort zu beseitigen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder verhältnismäßiger Haft bestraft. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Publication in Kraft (d. i. am 10. d. M.).

**Z. Ramlau, 17. Jan.** [Bahnban.] Die Neubaustrecke Ramlau-Oppeln ist bereits soweit fertiggestellt, daß ihre Eröffnung voraussichtlich am 1. Juni d. J. stattfinden wird. Die Legung des Oberbaues ist auf dem größten Theile der Linie beendet, nur die Brücken und Durchlässe sind noch nicht fertiggestellt. Auch der größte Theil der Stationsgebäude geht seiner Vollendung entgegen. Die Gesamtlänge der Strecke, auf welcher an den Orten Ramlau, Dammer, Carlsruh, Murrow, Zellowa, Königshub und Kottor; Bahnhöfe errichtet werden, beträgt 57,8 Kilometer. Durch die Eröffnung dieser Strecke wird auch ein Erweiterungsbau des Bahnhofgebäudes Ramlau erforderlich werden, da dasselbe schon jetzt für den Verkehr zu klein ist. Zum Zweck der Vergrößerung des genannten Gebäudes wird voraussichtlich in nächster Zeit ein Anbau an dasselbe nach der Ostseite hin hergestellt werden. Dadurch können nicht nur die Räumlichkeiten für das Publikum, sondern auch die Bureaus eine Erweiterung erfahren. Im ersten Stock würde eine Beamtenwohnung mehr geschaffen werden. Der Umbau der Geleise, welcher durch den Bau der neuen Strecke in Ramlau erforderlich war, ist bereits im vorigen Jahre fertiggestellt worden, so daß von hier aus schon seit langer Zeit Arbeitszüge zur Herbeischaffung von Baumaterialien nach der Neubaustrecke abgelassen werden konnten. Gleichzeitig ist hier auch die Centralwachenstellung eingerichtet worden, durch welche sämtliche hiesige Weichen von einem Stellwerk aus gestellt werden. Durch die neu zu eröffnende Bahnlinie wird namentlich das Kiefernadelbad in Carlsruh an Bedeutung viel gewinnen.

**— Kreuzburg OS., 17. Januar.** [Umbau unseres Bahnhofes.] Vor einigen Tagen trafen die Regierungs- und Baurathe Jordan und Wernich aus Breslau (ersterer Mitglied der königlichen Eisenbahn-Direktion Breslau, letzterer Betriebs-Director des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes Breslau-Tarnowitz) zu einer Besichtigung und Besprechung betreffend des Umbaus des hiesigen Bahnhofes hier ein. Es handelte sich, wie wir erfahren, um den Bau des neuen Bahnhofgebäudes, mit welchem im laufenden Jahre begonnen werden soll. Das gegenwärtige Gebäude reicht schon seit Jahren für den Verkehr nicht mehr aus, und es wurde daher vor einigen Jahren ein besonderes kleines Gebäude zur Aufnahme des Stations- und Telegraphen-Bureaus hergestellt. Zwischen diesem und dem Güterschuppen soll das neue Stationsgebäude zu stehen kommen. Das alte Bahnhofgebäude, dessen Barteräume die Bahnhof-Restaurations umfassen, wird künftig als Beamtenwohnhaus eingerichtet werden. Zur Erweiterung der Geleise-Anlagen war die Abtragung des einige Meter hohen Dammes zwischen dem früheren Posen-Kreuzburger und dem Rechte-Der-Älter Bahnhöfe erforderlich, die viel Zeit und bedeutende Arbeitskräfte beanspruchte. Der dadurch gewonnene große freie Platz ist schon vollständig mit Geleise-Anlagen bebaut. Außerdem werden noch neue Geleise dadurch erforderlich, daß die Einfahrt der Züge von Lublinitz künftig auf der Posener Seite erfolgen soll. Nach dem Bauplan wird der neue Bahnhof als Inselbahnhof angelegt, indem zu beiden Seiten des Stationsgebäudes Geleise zur Einfahrt der Züge gelegt werden. Für das reisende Publikum

ist die neue Anlage insofern von hohem Werthe, als dann die Reisenden, welche hier umsteigen müssen, nicht erst auf den anderen Bahnhof zu gehen brauchen, wie dies jetzt der Fall ist. Hoffentlich wird zur größeren Bequemlichkeit des Publikums auch der Perron noch überdacht werden, welche Einrichtung schon auf den meisten Kreuzungsstationen getroffen ist. Die Nothwendigkeit zur Vergrößerung unseres Bahnhofes hat sich namentlich in den letzten Jahren deutlich geltend gemacht, da die vorhandenen Geleise zur Bewältigung des starken Güter-Verkehrs sowohl in der Richtung nach Jaroschin, als auch nach Breslau kaum ausreichen. Nicht nur durch den sich fortwährend steigenden Verkehr hat unser Bahnhof eine Mehrbelastung erfahren, sondern auch durch die anderweitige Leitung der Frachten nach der Verstaatlichung der schlesischen Bahnen. Während vor diesem Zeitpunkte die Kohlenendungen von den Grubenstationen der früheren Oberschlesischen Eisenbahn nach Bosen und Gnesen und darüber hinaus über Cosel-Kandzin-Breslau-Lissa in Bosen geleitet wurden, trat nach der Verstaatlichung eine Aenderung dahin ein, daß alle diese Frachten über die nähere Route Tarnowitz-Kreuzburg-Jaroschin gesandt wurden.

**\* Beuthen, 17. Jan.** [Denkmal für Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich.] Die Stadtverordneten-Versammlung hat zu der Vorlage, betr. Errichtung eines Denkmals am hiesigen Orte für die verlebten Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich, beschlossen, einer Commission, bestehend aus den Herren Stadtv. Dr. Mannheimer, Steinmetzmeister Rosenthal, Maurermeister Herrmann und Kaufmann Grobmann in Gemeinschaft mit dem Magistrat die Denkmalsfrage zur Lösung und Unterbreitung an die Versammlung zu überlassen.

**\* Tost, 17. Jan.** [Von der hiesigen Apotheke.] Der „Obericht. Wand.“ berichtet, daß ein Wechsel im Besitze der hiesigen Apotheke nicht erfolgt sei, da der Apotheker Menke aus Rosenberg von dem mit dem Apotheker Roth hier abgeschlossenen Uebernahmevertrag zurückgetreten ist und die Apotheke in Rosenberg erworben hat.

## Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. M e i c h s t a g.

**\* Berlin, 18. Januar.** Der Reichstag erledigte heute den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. Auf eine Anfrage des freisinnigen Abgeordneten Lerche erklärte der Director im Reichspostamt Dr. Fischer, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß in Zukunft nur solche Postsecretäre zu Ober-Postsecretären befördert werden sollen, welche als Postbeamtene eingetreten sind. Die Abgeordneten Baumbach und Rickert machten darauf aufmerksam, daß bei der Postverwaltung viel mehr Hilfsbeamte im Verhältnis zu den dauernd angestellten Beamten verwendet würden, als bei irgend welcher anderen Betriebsverwaltung. Die niedrigen Gehälter dieser Hilfsbeamten führen dann zu Unredlichkeiten derselben. Herr von Stephan bestritt, daß solche in Gerichtsverhandlungen allerdings mehrfach behaupteten Unredlichkeiten die Folge einer Nothlage der betreffenden Hilfsbeamten gewesen seien. Uebrigens strebe die Postverwaltung danach, dieses Mißverhältnis möglichst schnell zu bessern. Wenn man mit dieser Antwort noch zufrieden sein konnte, so bestrich die Haltung des Herrn von Stephan dem Druckachenporto gegenüber nicht. Aus Anlaß einer Petition des Deutschen Buchdrucker-Vereins hatte sich die Budgetcommission mit der Frage beschäftigt, ob nicht für Druckachen eine Zwischenstufe von 5 Pf. für 50 bis 100 Gramm eingeführt werden könne. Die Mehrheit der Budgetcommission will die Petition nur zur Kenntniznahme überweisen, während Abgeordneter Baumbach dieselbe zur Erwägung überweisen will. Diesen Antrag vertheidigten die Abgeordneten Bulle (Bremen) und Baumbach, während Herr von Stephan sich dagegen erklärte, weil er sowohl einen finanziellen Ausfall als eine Mehrarbeit und eine Mehrausgabe zur Folge haben würde. Einen solchen finanziellen Ausfall könne man nur dann zugeben, wenn damit ein allgemeiner Vortheil verbunden sei, während es sich hier nur um einen Vortheil handle, der einem kleinen Interessentenkreise zu gute komme. Das Haus nahm wenig Interesse an der Debatte und stimmte dem Commissionsantrage zu. Die einmaligen Ausgaben wurden dem Antrage der Commission entsprechend fast sämtlich bewilligt; nur zwei Titel (Postgebäude in Aurich und in Thorn) wurden gestrichen und einige andere etwas verkürzt. An den Etat der Reichsdruckerei knüpfte sich eine längere Debatte, welche den Beweis lieferte, daß die Befürchtungen berechtigt waren, die man bei Umwandlung der preussischen Staatsdruckerei in eine Reichsdruckerei hegte, daß nämlich dieses Institut den Privatdruckereien erhebliche Concurrenz machen werde. Geseßlich ist ja die Reichsdruckerei bei der Annahme privater Druckaufträge beschränkt auf solche Arbeiten, die nur sie allein mit ihren Apparaten und Einrichtungen ausführen kann. Allein Herr Hammacher glaubte Beweise dafür zu haben, daß die Reichsdruckerei auch andere Privatarbeiten übernommen habe zum Schaden der Privatdruckereien. Wenn auch Herr Director Fischer feststellte, daß die Privatarbeiten nur wenige Procente der Gesamteinnahme einbringen, wenn er auch einige Bedenken Hammachers widerlegte, so konnte er doch nicht Alles besichtigen, namentlich nicht die Thatsache, daß die Reichsdruckerei auch Obligationen und Actien für Actiengesellschaften gedruckt habe. Es zeigte sich, wie berechtigt die Bedenken waren, die der verstorbene Abg. Dr. Eduard Zimmermann damals bei der Schaffung der Reichsdruckerei gegen das ganze Geseß leider erfolglos geltend machte. Der Etat der Reichsdruckerei wurde unverändert genehmigt, die einmaligen Ausgaben für Grundstücksankäufe sogar, ohne daß der Referent Dr. Buerklin auch nur ein Wort zu ihrer Begründung gesagt hätte. Am Sonnabend 12 Uhr soll die Staatsberatung fortgesetzt werden.

### 22. Sitzung vom 18. Januar. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Stephan und Commissarien.  
Die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Beim Capitel „Betriebsverwaltung“ fragt Abg. Lerche, ob das Gerücht, daß nur solche Postsecretäre zu Ober-Postsecretären befördert werden sollen, welche als Postbeamtene eingetreten seien, begründet sei. Eine solche Maßregel würde die Dienstfreudigkeit vermindern und dem Dienst selbst nicht förderlich sein.

Director Fischer: Im Reichs-Postamt ist von Veränderungen in dem Grundzuge der Beförderung der Postsecretäre zu Ober-Postsecretären nichts bekannt.

Bei Titel 34 (Posthilfsstellen) bemerkt Abg. Baumbach: Die bisher schon für die Posthilfsstellen und Posthilfsleistungen ausgeworfenen 12000000 M. sollen jetzt noch um nahezu 1 Million erhöht werden. Stehen diese großen Mittel für die Hilfsbeamten im Unterbeamtenstand im richtigen Verhältnis zu den für die definitiv angestellten Beamten aus-geworfenen? Die Zugänge für die definitiv angestellten Beamten im Etat sind ebenso hoch, wie die für die hilfsweise Angestellten. Der Bestand selbst muß daran liegen, daß die Unterbeamten definitiv angestellt sind und damit ein auskömmliches Gehalt bekommen, um jeder Versuchung widerstehen zu können. Ich will der Pflichttreue der Unter-beamten keineswegs zu nahe treten; ich habe stets anerkannt, daß wir stolz sein können auf unsere Reichspostverwaltung unter der Leitung des Herrn Staatssecretärs. Es kommen aber doch Fälle vor, wo gerade diese Hilfs-beamten wegen Beruntreuung von den Samwurgerichten verurtheilt werden, und da ist es charakteristisch, daß ihnen oft mildernde Umstände zugesprochen werden in der Erwägung, daß die finanzielle Lage der betreffenden Hilfsbeamten eine sehr ungünstige sei. Wäre es nicht besser, die Zahl der definitiven Anstellungen zu erhöhen, wenn auch der finanzielle Effect für die Reichskasse ein ungünstiger sein sollte.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

Staatssecretär v. Stephan: Diese Anregungen bewegen sich erfreulich- weise in derselben Richtung, in welcher die Verwaltung den Ausbau des ganzen Staatsorganismus vornimmt und seit Jahren fördert. Dieser Etat verlangt nicht weniger als 980 etatsmäßige Stellen für die Unterbeamten mehr. Können wir in dieser Weise fortfahren, was ich heute nicht über- sehen kann, da ich nicht weiß, wie die Finanzverhältnisse sich gestalten werden, dann werden sich des Herrn Abgeordneten und meine Wünsche er- füllen. Wir sind auch eben jetzt dabei, für die Telegraphenverwaltung eine weitere Anzahl von Stellen in etatsmäßige zu verwandeln. Was die Ver- urtheilung der Unterbeamten betrifft, so liegt es mir natürlich sehr fern, in eine Kritik der Geschworenengerichte einzutreten. Ich möchte nur die Thatsache hervorheben, daß die Mehrzahl dieser verurtheilten Hilfsbeamten nur 2-4 Stunden täglich arbeitete und dafür 1 M. bekam. Da sagt man nun in der Presse: Wie soll der Mann mit 30 M. den ganzen Monat leben? Dieser Umstand müßte doch auch berücksichtigt werden.

Abg. Riedert: Es ist erfreulich, daß zwischen dem Abg. Baumbach und dem Herrn Staatssecretär eine vollständige Uebereinstimmung in Bezug auf das Ziel herrscht, aber das Tempo, in welchem die Hilfsarbeiterstellen in etatsmäßige verwandelt werden, ist nicht gerade besonders schnell. Die Aufschauungen der Postverwaltung hierüber scheinen nicht dieselben zu sein, wie in anderen Verwaltungen, z. B. in der Eisenbahnverwaltung, wo nicht ein so großes Mißverhältnis zwischen etatsmäßigen und Hilfsbeamten- stellen besteht. Die Hilfsarbeiter in den Kanzleien der Oberpostdirectionen bekommen für neunständige Schreibarbeit 2 Mark als täglicher Lohn, bei den anderen Verwaltungen werden dagegen die Hilfsarbeiter bogenweise nach Maßgabe ihrer Leistungen bezahlt. Die letztere Regulirung scheint mir die wünschenswerthe zu sein.

Director im Reichspostamt Dr. Fischer: Die starke Vermehrung der Hilfsbeamtenstellen in diesem Jahre beruht auf der Verrechnung des Bes- telgeldes bei den kleineren Postanstalten; auf Wunsch der Reichsfinanz- verwaltung sind bisher diese Einnahmen nicht direct zur Postkasse ver- rechnet worden. Seit v. J. geschieht dies aber, und in Folge dessen sind bei den kleineren Postanstalten mehr Arbeitskräfte erforderlich. Nach dem äußeren Maß ihrer Leistungen können wir die Hilfsbeamten zweckmäßiger Weise nicht bezahlen, da die Art ihrer Leistungen eine sehr verschiedene ist. Die Hilfsarbeiter werden nicht nur im Kanzleidienst beschäftigt, sondern auch mit anderen technischen Arbeiten und sie können dabei nicht bogen- weise bezahlt werden.

Abg. Baumbach: In manchen Fällen ist es den Hilfsunterbeamten möglich, Nebenberuf zu haben, in vielen Fällen ist es aber nicht möglich, weil sie schon genügend in Anspruch genommen sind. Kürzlich hat ein solcher Hilfsarbeiter mit ungenügendem Verdienst sich Unterhaltungen zu Schulden kommen lassen und dieselben mit seiner Nothlage motivirt. Dieser Umstand eignet sich aber nicht für das Plenum; ich werde in der Budgetcommission im nächsten Jahre hierauf zurückkommen und erkenne das wohlwollende Verhalten des Herrn Staatssecretärs in dieser Frage durchaus an.

Staatssecretär v. Stephan: Es wird der Postverwaltung sehr an- genehm sein, wenn der Herr Abgeordnete im nächsten Jahre in der Com- mission näher darauf eingeht. Wir haben ein ausgezeichnetes Material für diese Fälle und werden gern darüber sprechen. Aus diesem Material ergibt sich, daß die Nothlage niemals Anlaß zur Unterschlagung gegeben hat, sie also nur ein Vorwand ist, und daß es immer an Charakterfehlern der Leute gelegen hat, die über ihre Verhältnisse hinaus lebten. Die Motive zu Unterschlagungen werden bei uns ganz genau geprüft. Wenn es in einzelnen Fällen anders liegt, so sind das Ausnahmefälle, die uns die Regel bestätigen.

Der Titel wird bewilligt.  
Im Capitel „Betriebskosten“ werden für Unterhaltung der Telegraphen- und Nordpostlinien 2 570 000 M., d. h. 383 500 M. mehr als im Vorjahre, gefordert.

Staatssecretär v. Stephan: Es werden diesmal erheblich höhere Mittel als im Vorjahre verlangt. Ich will deshalb dem Hause einige nähere Begründungen geben und an Zahlen zeigen, wie die Entwicklung der Telegraphie und namentlich des Fernsprechwesens fortschreitet. Der Umfang sämmtlicher Telegraphenlinien auf der Erde beträgt gegenwärtig 966 900 Kilometer; also etwa 26 Mal den Umfang des Äquators. Die Leitungsdrähte haben eine Ausdehnung von 2 724 000 Kilometer, das ist 80 Mal der Umfang der Erde. Auf Europa fallen von der Gesamt- länge der Telegraphenlinien von 966 900 Kilometer 358 500 Kilometer, also mehr als die Hälfte, auf Deutschland 84 736 Kilometer, mit 283 907 Kilometer Leitung. Auf Amerika fallen 284 200 Kilometer, auf Asien 81 250 Kilometer, auf Australien 42 020, auf Afrika 20 940 Kilometer; das sind Landlinien. Im Meere haben wir augenblicklich einen Gesamt- bestand von 950 Kabeln; von diesen waren durch die Staaten unterhalten und von den Staatsverwaltungen angelegt, namentlich in den Binnen- meeren Europas 774 Kabel mit 12 132 Seemeilen. Von Privatgesell- schaften werden betrieben — das sind die großen oceanischen Kabel — 176 mit 100 569 Seemeilen. Endlich beträgt die Gesamtzahl der auf der Erde im Dienst befindlichen Telegraphenapparate 160 000. Auch das Fernsprechwesen hat einen großen Aufschwung genommen, und zwar ist das Fernsprechen in Berlin das weitest entwickelte der ganzen Welt, es übertrifft diejenigen von London, Paris, selbst Newyork bei weitem. Im deutschen Reichstelegraphengebiet bestanden Ende 1887 164 Stadtfernsprechrichtungen, welche im Ganzen 31 325 Sprechstellen mit 45 198 Kilometer Leitungen umfassen. Diese Zahlen werden nur über- troffen durch die Vereinigten Staaten, weil das Stadt-Fernsprechwesen in einer großen Anzahl vollreicher Industriestädte und bei den Wohnstätten der amerikanischen Gesellschaft dort eine viel größere Ausdehnung hat. Dort beträgt die Zahl der Fernspreche 739, die Gesamtzahl der Fernsprechnehmer 158 712. Dagegen betrug in Berlin allein in der angegebenen Zeit — jetzt ist es viel mehr — die Zahl der Teilnehmer 8597, jetzt haben wir etwa 10 000, so daß also von 200 Einwohnern in Berlin immer einer an das Fernsprechen angeschlossen ist. Newyork hat nur 6902, Paris 5330, London sogar nur 4506, Wien 1200 Teilnehmer. Während in ganz Deutschland die Zahl der Fernsprechstellen 33 000 beträgt, beläuft sie sich in Oesterreich-Ungarn nur auf 4200, in Belgien auf 4674, in Dänemark auf 1837, Spanien auf 2218, wovon auf Madrid 1242 entfallen. Frankreich hatte nur 28 Fern- sprechanlagen, von denen 2 auf Algerien kamen. Im Ganzen zählen die Anlagen in Frankreich 9487 Teilnehmer. Großbritannien besaß 122 Fernspreche mit 20 426 Teilnehmern, Italien 28 Fernspreche mit 9183 Teilnehmern, wovon 1835 auf Rom, 1213 auf Neapel und 748 auf Florenz kommen. In Luxemburg beträgt die Zahl der Anlagen 15, die der Teilnehmer 483. Norwegen verfügt über 21 Fernspreche mit 3930 Teilnehmern, die Niederlande besitzen 9 Netze mit 2871 Teil- nehmern, Portugal nur 2, in Lissabon und Oporto mit 541 und 349 Teilnehmern. Selbst in Rußland hat sich das Fernsprechwesen ent- wickelt; dort bestehen 36 Fernspreche mit 7589 Teilnehmern, wovon 1500 auf Petersburg, 840 auf Moskau, 700 auf Warschau und 700 auf Odessa kommen. Schweden ist in 137 Städten mit 12 864 Teilnehmern betheilig. Die Schweiz endlich hatte 1888 71 Stadtfernspreche mit 7626 Teilnehmern; davon kommen auf Genf 1533, auf Zürich 1066, auf Basel 929 und auf Lausanne 544 Teilnehmer.

Diese Entwicklung in Deutschland ist ja nicht möglich gewesen ohne Anwendung sehr erheblicher Kosten. Diese Mittel sind aber, abgesehen von dem im Vorjahre bewilligten 1 1/2 Millionen Mark für Vervollständi- gung des Fernsprechnetzes aus den laufenden Fonds entnommen worden. Der Fernsprecher ist bekanntlich eine Erfindung von Philipp Reis aus Göttingen, der zuerst einen Apparat konstruirte, mit welchem man Töne in die Ferne übertragen konnte. In der Wissenschaft ist allgemein an- erkannt, daß die erste Idee von Deutschland ausgegangen ist, und Se. Majestät der hochseligste Kaiser Wilhelm hat das auch dadurch bestätigt, daß er der Wittve Reis auf Antrag des Reichskanzlers ein Jahresgehalt ausgiebt hat. (Beifall.) Auch ist ihm in seiner Vaterstadt Gelnhausen ein Denkmal errichtet worden. Allerdings hat nach seinem Tode erst der Amerikaner Graham Bell den Apparat brauchbar gemacht. Vor 8 Jahren kamen zuerst zwei Instrumente der beiden Erfinder hierher, und wir machten zuerst in der Französischenstraße, im Haupttelegraphengebäude, Versuche damit; dann gingen wir bis Schöneberg, Potsdam und weiter bis Brandenburg a. H. — In einer Denkschrift an den Reichskanzler stellte ich diesem Apparat eine große Zukunft für das Verkehrsleben in Aussicht, während er überall erst als ein Spielzeug betrachtet wurde. Ich habe darin von Anfang an ein neues Verkehrsmittel gesehen, welches den Briefwechsel und das lästige Schreiben, das beim Telegraphen noch not- wendig ist, beseitigte. Ich schickte auch die Apparate dem Herrn Reichs- kanzler nach Paris und ließ auch dort Versuche machen. Es ist kaum glaublich, wie man damals selbst in der gebildeten Gesell-

schaft diese Sache nur als amerikanischen Schwindel und Humberg ansah. Das ist wieder ein Beweis dafür, wie mißtraulich der Deutsche neuen Er- findungen gegenüber ist. Jetzt aber haben wir das erste Fernsprechnetz der Welt in Berlin. Es werden in Deutschland täglich 1/2 Millionen Gespräche mit dem Fernsprecher gethan, in Berlin allein 162 000. Da jedes Gespräch Rede und Gegenrede erfordert, macht das täglich 1 Mill., jährlich also 365 Mill. Nachrichten, die sonst durch Briefe und Telegramme befördert werden müßten, jetzt aber schneller ankommen. Es ist also ein ganz neuer Kraftfactor, ein neues Machtelement in den Verkehr und das gesellschaftliche Leben eingetreten, ja auch in die Action des Staates. Diese großen Erfolge sind dem Zustande zu verdanken, daß der Bundesrath und der Reichstag stets bereitwillig die nöthigen Mittel zugestanden. Aber auch die Verwaltung muß sich stets auf der Höhe der Zeit halten, denn wir sind noch lange nicht am Ende der Verbesserungen. Jedes Jahr hat bis jetzt Neuerungen in Instrumenten und der Anlegung gebracht, die aber auch stets neue Ausgaben verlangten. Deshalb können wir auch auf eine Ermäßigung der Kosten noch nicht eingehen. Auch auf dem Gebiete der Telegraphie dürfen wir nicht stille stehen; es kann dahin kommen, daß hier eine Entdeckung gemacht wird, die es ermöglicht, mit anderen als den bisherigen elektrischen und Leitungsmitteln zu arbeiten. Wir werden versuchen, uns auf der Höhe zu halten, wissenschaftlich, tech- nisch, administrativ, aber auch finanziell; wir werden toujours en vedette allen kommenden Ereignissen gegenüber sein. Ich kann mit der dankbaren Anerkennung der Thatsache schließen, daß der Bundesrath und der Reichs- tag mir dazu stets bereitwillig die Hand geboten haben, wie es der Ehre und dem Wohl des Landes sich gebührt.

Der Rest der einmaligen Ausgaben wird ohne Debatte bewilligt.  
Bei den Einnahmen Tit. 1 „Porto und Telegrammgebühren“ bittet Abg. Schulz-Dupuis (N.-P.) um möglichst ausgedehnte Verrechnung der fahrenden Landbriefträger, die namentlich für die Landwirtschaft von er- heblicher Bedeutung sei, und empfiehlt Herabsetzung der Gebühren für den Postnachnahmeverkehr Angesichts des Rückgangs der Einnahme aus diesem Zweige der Postverwaltung.

Staatssecretär v. Stephan: Die Nachnahmen sind wenig beliebt, weil sie oft in schwindelhafter Weise ausbeutet worden sind. Wir haben ja aber auch schon die Vereinfachung dieses Verfahrens, das Postauftrag- verfahren. Von den 24 000 Landbriefträgern sind in den letzten 6 Jahren etwas über 2000 mit Wagen versehen worden; wir sind also bemüht, daß diese außerordentlich zweckmäßige Einrichtung, die in den ländlichen Kreisen mit großer Freude begrüßt wird, weiter ausgedehnt werde. Ich bitte aber den Vorredner, seinerseits bei den Kreisverwaltungen für den Bau neuer Chausseen zu sorgen, denn diese sind die Hauptunterlage für die Vernehmung der fahrenden Landbriefträger.

Der Titel wird bewilligt; ebenso ohne Debatte der Rest der Ein- nahmen.  
Der Vorstand des deutschen Buchdruckervereins zu Leipzig bittet um Herabsetzung des Portos für Drucksachen im Gewicht über 50 bis zu 100 Gramm. Die Budgetcommission beantragt, die Petition zur Kenntniß- nahme, der Abg. Baumbach sie zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Bulle (Dfr.): Ich möchte Ihnen empfehlen, die Petition den verbündeten Regierungen nicht bloß zur Kenntnißnahme, sondern zur Er- wägung zu überweisen. Daß unser jetziger Portotarif für Drucksachen ein irrationeller ist, wird auch von der Reichspostverwaltung nicht bestritten. Niemand kann daran gehindert werden, daß er eine Postsendung zwischen 50 und 100 Gramm in zwei Postsendungen zerlegt, beispielsweise zu je 40 Gramm, dann hat er einen Vortheil von 4 Pf. und die Postverwaltung eine Mehrarbeit. Der Kreis, welcher an einer Reduktion des Portos für Drucksachen von 50-100 Gramm ein Interesse hat, ist ein sehr großer. In erster Linie steht das Interesse der Buchhändler bei der Verwendung von Druckschriften und Katalogen. An Zeitungsleistungen ist auch das große Publikum stark betheilig. Nun ist nicht in Abrede zu stellen, daß durch diese Minderung des Portos die Postverwaltung eine Einbuße er- leiden würde, nicht in den Einnahmen, denn die Zahl der Postsendungen würde sich vermehren, wohl aber durch die Zunahme der Ausgaben für einen größeren Bedarf von Arbeitskräften u. s. w. Ich habe aber zu der Postverwaltung das Vertrauen, daß sie die technischen Schwierigkeiten leicht überwinden wird, und eine kleine Einbuße in den Mehrüberschüssen kann gegenüber dem großen Nutzen der Maßregel nicht in Frage kommen.

Staatssecretär v. Stephan: Ich will nur die finanzielle Seite be- rühren: Der Ausfall der Post bei einer solchen Maßregel ist auf 300 000 Mark berechnet worden; die Mehrausgaben, welche die Bewältigung der zu erwartenden Mehrsendungen erfordern wird, werden sich auf 600 000 Mark stellen. Eine solche Einbuße ist nicht zu rechtfertigen bei einer Maßregel, an welcher nur ein kleiner Theil des Publikums betheilig ist.  
Abg. Baumbach bestritt, daß es sich nur um einen kleinen Kreis von Interessenten handelt. Nicht allein der Buchdruckerverein, sondern auch der Börsenverein der Buchhändler, viele Handels- und Gewerbe- kamern haben sich in demselben Sinne ausgesprochen. Aber auch das gewöhnliche Publikum hat ein Interesse daran, z. B. bei der Nachsendung von Zeitungen auf der Reise u. s. w.

Der Antrag Baumbach wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt, der Commissionstrag wird angenommen.

Beim Etat der Reichsdruckerei brachte Abg. Schmidt-Eberfeld (Dfr.) Klagen über den Vertrieb der Patentschriften vor, deren Abstellung Staats- secretär v. Böttcher zusagte. Wenn ein Mißstand wirklich bestände, sei er nicht von der Reichsdruckerei, sondern vom Patentamt veranlaßt.

Abg. Hammacher: Beim Ankauf der Staatsdruckerei Preußens und Umwandlung derselben zur Reichsdruckerei herrschten Befürchtungen, daß dieselbe mit der Privatindustrie in Concurrenz treten werde. Es wurde die Versicherung abgegeben, daß diese Absicht nicht bestehe, daß die Reichs- druckerei nur für das Reich, die Einzelstaaten und öffentliche Corpora- tionen Druckaufträge ausführen solle. Trotzdem sei les bekannt geworden, daß die Druckerei für Private Actien und Obligationen u. s. w. gedruckt hat. Hoffentlich erklärt die Reichsregierung, daß sie an dem früher auf- gestellten Principe, daß der Privatindustrie keine Concurrenz gemacht werden soll, festhalte.

Director Dr. Fischer bestritt, daß die Reichsdruckerei der Privat- industrie in erheblichem Maße Concurrenz mache. Die Einnahmen aus Privataufträgen haben im letzten Jahre etwa 5 pCt. der Gesamtsumme ent- tragen. Alle anderen Einnahmen flossen aus Arbeiten für das Reich oder die Einzelstaaten. An eine Erweiterung des Umfangs der Arbeiten gegenüber dem früheren Betriebe der preussischen Staatsdruckerei sei nicht zu denken.

Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt.  
Schluß 1/4 Uhr.  
Nächste Sitzung: Sonnabend, 12 Uhr. (Stat.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 18. Jan. Das angebliche Entlassungsgesuch Simons ist eine völlig haltlose Erfindung.  
Die „Nationalzeitung“ schreibt: In wohlunterrichteten Kreisen wird trotz des zeitlichen Zusammenstehens des Rücktritts des Justiz- ministers von Friedberg mit der Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Gessen bezweifelt, daß ein Zusammenhang der beiden Vor- gänge besteht. Man ist der Meinung, daß Dr. von Friedberg viel- leicht trotz seines Alters unter ruhigeren Umständen, als das letzte Jahr sie gebracht hat, weiter im Amte verblieben wäre, daß er unter den obwaltenden bewegten Verhältnissen aber schon seit einiger Zeit dem Entschluß des Rücktritts gefaßt hatte. Auch die Aussicht auf die großen Anforderungen, welche im letzten Stadium der Vorbereitung des bürgerlichen Gesetzbuches an das Justizministerium herangetragen werden, soll zu dem Entschluß beigetragen haben.

\* Berlin, 18. Jan. Aus London erfährt die „Voss. Zig.“: Nach Drahtmeldungen aus Zanzibar befanden sich in der deutschen Missionsstation Puga, welche die Araber am Sonnabend völlig zer- störten, die von der Corvette „Leipzig“ befreiten Slaven. Es wird als unflug deutscherseits bezeichnet, befreite Slaven in einer un- beschützten, viele Meilen landeinwärts gelegenen Station unter- zubringen. Neuerdings betheiligten sich auch mächtige Araberstämme aus dem Süden am Slavenhandel an der Küste.

Die hiesige Universitäts-Mission erhielt aus Zanzibar folgende Drahtmeldung: Die Araber in Pangani beschlagnahmten das Eigen-

thum der Missionare, weil das Lösegeld für Dr. Meyer und die an- deren Deutschen, welches 1200 Pfund beträgt, noch nicht entrichtet ist. — Von neun Missionaren und Schweflern der zerstörten deutschen Missionsstation sei nach neueren Berichten nur einer entkommen. Die Leichen der Ermordeten (zwei Missionare und eine Schwester, alle drei Bayern) seien scharf verstimmt. Die befreiten Slaven hatten die Missionsdiener weggeschleppt.

Das hier verbreitete Gerücht, Wißmann sei bereits abgereist, ist unbegründet. Dagegen reiste Kaufmann Eugen Wolff, zuletzt für die Emin-Expedition thätig, mit Dr. Bumüller und einem dritten Begleiter nach Genua ab, um über Aden nach Zanzibar zu gehen. Die Reise erfolgt auf eigene Kosten.

\* Berlin, 18. Jan. Dem Bundesrath wurde seitens des Reichs- kanzlers soeben der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der deutschen Interessen und die Bekämpfung des Slavenhandels in Ostafrika, nebst Begründung vorgelegt. Der Entwurf umfaßt 3 Paragraphen, welche lauten:

§ 1. Für Maßregeln zur Unterdrückung des Slavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika wird eine Summe bis zur Höhe von 200 000 M. zur Verfügung gestellt.

§ 2. Die Ausführung der erforderlichen Maßregeln wird einem Reichs- commissar übertragen, welcher gleichzeitig nach einer ihm erteilten beson- deren Instruction die dem Reichskanzler statutenmäßig zustehende Aufsicht über die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft und deren Angehörige in Ost- afrika ausübt.

§ 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die erforderlichen Beträge nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses aus bereiten Mitteln der Reichshauptkasse zu entnehmen.

In der Begründung wird hervorgehoben, daß die leitenden Grund- sätze der deutschen Colonialpolitik, wie sie 1884 und 1885 in amt- licher Erörterung die Zustimmung des Reichstages erhalten haben, auch gegenwärtig die Richtschnur für das Verhalten der kaiserlichen Regierung bei überseeischen Unternehmungen von Reichsangehörigen bilden. Die Anwerbung einer Truppe von 80 bis 90 Weißen und 800 bis 900 Schwarzen ist in Aussicht genommen.

\* Berlin, 18. Jan. Im Abgeordnetenhaus tagte heute der Seniorenconvent. Angeblich handelte es sich in secreten Ver- handlungen um die Frage der Erhöhung der Civilliste. Die frei- sinnigen Mitglieder waren nicht eingeladen.

\* Berlin, 18. Jan. Wie die „Apotheker-Zeitung“ mittheilt, ist seitens der obersten Behörde von einer Veröffentlichung der bereits ausgearbeiteten Taxe für homöopathische Mittel Abstand ge- nommen.

Der preussische Finanzminister hat sämtliche Provinzial-Steuer Directoren in Kenntniß gesetzt, daß er sich einverstanden erklärt habe, wenn bei der Ausfuhr sogenannter Carotten die für Schnupf- und Kautabak vorgeschriebene Ausfuhrvergütung gewährt wird.

\* Berlin, 18. Januar. In der Reichstagscommission für das Ge- nossenschaftsgesetz wurde heute § 15 (Erwerb der Mitgliedschaft) in der Fassung der Vorlage angenommen mit dem von Rheinbaben bean- tragten Zusatz, daß die Eintragung der angemeldeten Genossen durch das Gericht „unverzüglich“ nach der Anmeldung zu geschehen habe. Zu § 16 wird ein von Schenk beantragter Zusatz, die Veröffentlichungen der Ge- nossenschaft betreffend, angenommen. Die §§ 17, 18, 19 (Rechtsverhältnis der Genossenschaft und der Genossen) passiren anstandslos. Huenc beantragt folgenden § 19a: „Durch Statut kann bestimmt werden, daß der Gewinn nicht vertheilt, sondern dem Reservefonds zugeschrieben wird.“ Der Antrag wird von Ennecerus und Leemann lebhaft unterstützt und mit großer Mehrzahl angenommen. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

\* Berlin, 18. Januar. Der Abg. Temper (natlib.), Vertreter für Zwickau im Reichstage, hat heute Vormittag in seiner hiesigen Wohnung Königsgrabenstraße 38, einen Schlaganfall erlitten. Er wird von seinem parlamentarischen Collegen, den Herren Dr. Göb und Krufe, behandelt. Rechtsanwalt Temper ist am 15. April 1827 geboren, steht also erst im 62. Lebensjahre.

\* Berlin, 18. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 179. Königlich preussischen Klassenlotterie fielen: Vormittags: 100 000 M. auf Nr. 104476, 75 000 M. auf Nr. 92246, 30 000 M. auf Nr. 173339, 10 000 M. auf Nr. 101106 139554 162881, 5000 M. auf Nr. 9436 72361 131296 8015 12096 16746 20543 25984 37675 48579 52047 63315 75061 77437 79599 88970 96151 96374 118393 119054 125140 130257 134972 135549 149769 153677 171875 180414 180786 183634, 1500 M. auf Nr. 765 3504 3659 4814 9097 11915 22681 28522 29048 39238 49281 51227 56975 59298 65351 69975 72214 72250 94414 96736 98296 98900 102776 104194 110255 116498 119967 126158 130293 132082 135882 147202 159482 172036 176877 180622, 500 M. auf Nr. 8574 8810 19413 25715 43289 52519 75298 80221 83159 85845 89346 96664 96763 97179 98945 108760 117718 128287 131483 132190 135670 139903 144739 148458 149413 149668 152598 155878 156055 157713 163677 159869 175507 181118 189054 189672. — Nachmittags: 10 000 M. auf Nr. 98623, 5000 Mark auf Nr. 16025 151861, 3000 M. auf Nr. 733 9695 10696 11775 23940 26171 27556 27558 28570 36511 41058 45008 47653 81937 83090 83656 91665 91831 100037 106401 107468 107700 111988 116856 117309 135082 143334 150133 158103 160249 161799 162198 166674 180628 181043 181198 182543 183846 185752 188394, 1500 M. auf Nr. 8736 10403 14681 22115 31398 33970 37610 52214 74223 81316 93232 99400 101745 101817 105748 124885 130939 132789 138670 142497 149523 151289 163035 167335 167683 179808, 500 M. auf Nr. 1459 9765 10832 14383 16271 18518 18807 27312 32412 33967 37938 42778 53926 54011 57225 57522 68949 70312 91295 97896 102449 109771 111764 116394 120944 121482 124546 135308 137831 139796 142305 145882 146632 147352 157950 161614 167673 174206 183340 189194.

\* Berlin, 18. Jan. Der bisherige Privat-Docent Ernst Stampe in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Facultät daselbst, der bisherige commissarische Verwalter der Kreiswundarztstelle des Kreises Gubrau, Pape in Tschirna, definitiv zum Kreiswundarzt des genannten Kreises ernannt. — Den Rechtsanwältinnen und Notaren Hefter-Görlitz, Koch-Glah, Hennig-Breslau, Rosinski-Doppeln, Ehrlich-Deuthen, Geißler L-Gleiwitz ist der Charakter Justizrath verliehen. — Gerichtsaffessor Friedländer-Görlitz ist als Amtsrichter nach Witow, Amtsgerichtsrath Triest-Breslau als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst versetzt, ferner Amtsrichter Freund in Gantb und Amtsrichter Schulze in Spinnewinde an das Amtsgericht in Breslau, Amtsrichter Beier-Leobschütz als Amtsrichter nach Ratibor. — In die Liste der Rechtsanwältinnen wurde eingetragen Affessor Grieger-Breslau beim Amtsgericht in Colberg.

\* Münch., 18. Januar. Die Tochter des Fürsten Bismarck, Gräfin Rangau, Gemahlin des hiesigen preussischen Gefandten, ist schwer erkrankt. Schweninger ist hierher berufen.

!! Wien, 18. Januar. Prinz Alexander von Battenberg erhielt die Gegenbesuche des Kronprinzen und sämtlicher Erzherzöge. Für morgen ist er zum Diner beim Kaiser geladen. Der Besuch hat keinerlei politische Bedeutung.

\* Brüssel, 18. Januar. Carnot unterzeichnete das Decret, be- treffend die Rückberufung des Herzogs von Amale. Das Decret wird am 28. Januar nach der Pariser Abgeordnetenwahl publicirt.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 18. Jan. Dem gestrigen Diner bei dem Reichskanzler wohnten die Botschafter Prinz Neuwitz und von Schweinitz bei.

Berlin, 18. Januar. Das Befinden des Grafen Monts ist im Allgemeinen befriedigend; doch ist der Patient sehr schwach, da es nur wenig Nahrung zu sich nimmt.

Berlin, 18. Januar. Das heutige Capitel des Schwarzen Abderdens dauerte über eine Stunde. Als der Zug sich nach dem Ritteraal bewegte,

erschien in der Thür nach der Schwarzen Abterkammer die Kaiserin mit den beiden ältesten Prinzen, die Prinzessinnen von Schleswig-Holstein und die Erbprinzessin von Baden. Einen besonders wirkungsvollen Eindruck machten die musikalischen Begleitungen der Feierlichkeit, welche im Saal und auf der Estrade von Trompetern in der Uniform aus der Zeit Friedrichs I. ausgeführt wurden. Unter den Klängen der Fanfaren erschien der Zug im Saal, an der Spitze Stallmeister, Wagen, Beamte des Ordens, alsdann die nicht fürstlichen Ritter. Unmittelbar vor den fürstlichen Ritterschritt der Ordenskanzler Feldmarschall Molke. Der Kaiser, welcher über großer Uniform den Burpurmantel und die Krone trug, befiel den Thron und bedeckte sich. Alsdann begann die Investitur. Der Eintritt jedes neuen Ritters wurde durch Trompetensätze begrüßt. Nach der Eidesleistung und während der Investitur jedes Ritters wurde eine Fanfare geblasen. Als die Gesamtinvestitur vollendet war, begab sich der Kaiser in den Capitalsaal, wo alsdann das Capitel abgehalten wurde. Der „Reichs-Anzeiger“ publicirt amtlich die stattgehabte Investitur der 16 neuen Ritter.

**Berlin, 18. Januar.** Professor Ludwig Herrig, Lehrer an der Kriegsakademie, sowie Examinator bei der Ober-Militär-Examinations-Kommission, ist heute gestorben.

**Wien, 18. Jan.** Prinz Alexander von Battenberg ist heute früh von Darmstadt hier eingetroffen. Er besuchte Vormittags die Erzherzöge Albrecht, Carl Ludwig, Ludwig Victor, Wilhelm, Rainer und Franz Salvator und empfing Nachmittags den Besuch des Erzherzogs Albrecht. Nachmittags 3 Uhr wurde der Prinz vom Kaiser in längerer Audienz empfangen. Er dinit bei dem Kronprinzen Rudolf. (Vergl. Wiener Telegraph.)

**Prag, 18. Jan.** Der Landtag genehmigte einstimmig die Commissionsanträge betreffs Errichtung böhmischer Akademien. Rieger als Referent constatirte, die geistige Befähigung der böhmischen Nation, aus welcher Purkyne, Rokitsanský, Schafarik und Palacky hervorgegangen, zu wissenschaftlichem Schaffen sei zweifellos. Das kleine Czechenvolk wolle sich nicht mit der großen deutschen Nation messen, könne aber neben dieser bestehen, gleichwie die Leistungen der Czechen auf allen Gebieten der Künste und Wissenschaften den Vergleich mit den Leistungen der Deutschen in Böhmen nicht zu scheuen bräuchten. Rieger schloß: „Wir werden uns bemühen, als Culturfactor in Ehren fortzufortfahren; so lange es unter uns Männer giebt, die opferwillig derartige Institute ins Leben rufen, kann die Nation der Zukunft hoffnungsvoll entgegensehen.“

**Paris, 18. Januar.** In Folge eines gestern in Drigny (Dise) ausgebrochenen Strikes entstanden ernsthafte Ruhestörungen, wobei ein Fabrikgebäude in Brand gesteckt wurde. Zur Herstellung der Ordnung wurden Truppen abgefordert.

**Madrid, 18. Januar.** In Barcelona erfolgte gestern in einem Gebäude gegenüber dem Museum eine Petardenerplosion, wodurch in dem Zwischengedösch des Gebäudes erheblicher Schaden angerichtet wurde. Eine Person ist schwer verwundet.

**London, 18. Jan.** Heute Vormittag fand in einer Kohlengrube bei Hyde (Graffschaft Cheshire) eine Entzündung schlagender Wetter statt. Bisher wurden 7 Leichen herausgeholt.

**Haag, 18. Jan.** Der König hatte eine recht gute Nacht. Professor Rosenfeld fand den Kräftezustand befriedigend, das chronische Uebel nicht wesentlich verschlimmert.

**London, 17. Januar.** Der Castle-Dampfer „Drummond Castle“ ist gestern auf der Ausreise von London abgegangen.

## Letzte Post.

**Berlin, 18. Jan.** Die Separat-Mittagsvorstellungen für den Kaiser im Opernhause dauern fort. Im Laufe der nächsten Woche wird in dieser Weise „Die Götterdämmerung“ zur Aufführung kommen. Gestern Abend wurde in der Bühnarmonie die feierliche Weihe des letzten von Kaiser Wilhelm I. verliehenen Feldzeichens (an den Verein ehemaliger 2. Garde-Dräger von Berlin) vollzogen. Es geschah dies mit kurzen feierlichen Worten durch den Prinzen von Hohenzollern, Generalmajor und Commandeur der 3. Garde-Cavallerie-Brigade. Im Gefolge des Kaisers auf der Reise nach Bückeburg befand sich auch der Reichstagsphenograph Dr. M. Weiß. Derselbe ist vom Fürsten von Bückeburg decorirt worden.

Der verdienstvolle Leiter des Donchors, Professor v. Herzberg, welcher auf sein Ansuchen zunächst einen längeren Urlaub erhalten hat, wird am 1. April d. J. in den Ruhestand treten. Seit 1843 besteht der Donchor, seit 1848 hat Professor Herzberg ihm seine Thätigkeit gewidmet, zunächst als Gesangslehrer, dann 28 Jahre lang als Director. Als solcher hat sich Professor Herzberg bereits von den Mitgliedern des Chors verabschiedet.

## Locale Nachrichten.

—a. Der Bezirksverein der Nikolai-Vorstadt veranstaltete am 17. Januar in der Köstler'schen Brauerei (Friedrich-Wilhelmstraße) ein Vereinsfest, an dem sich zahlreiche Mitglieder mit ihren Damen theilnahmen. Ein reichhaltiges Programm bot Vorträge auf der Violine, dem Cello und Flügel, sowie Lieder und Duette, welche von Frau Niemanns-Schneider (Sopran) und Fräulein Selma Thomas (Alt) vorgetragen und von der Zubörschaft mit reichem und verdientem Beifall aufgenommen wurden. Mit Tanz fand das Fest seinen Abschluß.

—a. Der Bezirksverein der Ohlauer-Vorstadt hält am Montag, 21. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Saale des „Goldenen Bepter“ (Klosterstraße 16) seine Generalversammlung ab. In derselben wird Oberlehrer Dr. Wenninger einen Vortrag über „Ruhlands und Englands Befähigung in Asien“ halten. Außerdem steht die Errichtung des Jahresberichts für 1888, die Rechnungslegung und die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt.

B. Humboldtverein für Volksbildung. Am Sonntag hielt im Musiksaale der Universität Herr Dr. Leppmann einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Das nervöse Jahrhundert“. Die außerordentlich zahlreiche Zubörschaft spendete dem Vortragenden reichen Beifall.

• Verein Breslauer evangel. Lehrer. Die erste Sitzung des Vereins Breslauer evangel. Lehrer wurde am Sonnabend, 12. Januar cr., abgehalten. Der Vorsitzende, Lehrer Räther, eröffnete dieselbe mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Der hierauf von Lehrer Berger erstattete Jahresbericht ergab, daß dem Verein 104 zahlende und 4 Ehrenmitglieder angehören. Die seitens der Mitglieder rege benutzte Vereins-Bibliothek erfuhr im vergangenen Jahre eine Vermehrung um 22 Bände, so daß sie gegenwärtig 1032 Bände umfaßt. Die vom Verein veranstaltete Sammlung älterer Schulbücher ist von 520 auf 820 Nummern gestiegen und umfaßt circa 2000 Bände. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Sammlung im Laufe des Jahres der allgemeinen Benutzung wird übergeben werden können. Wenn das Interesse der Lehrerschaft Schlesiens auch im neuen Jahre dem Unternehmen treu bleibt, so wird dasselbe seinem Ziele, ein schlesisches Schulmuseum zu werden, nahe kommen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Erörterung der vom Lehrer Dr. Müller gestellten Frage: „Ist die Einführung eines Übungsbuches für den deutschen Sprachunterricht in der Volksschule erwünscht und zu empfehlen?“ Fast alle Anwesenden stimmten der Ansicht bei, daß ein derartiges Buch wohl geeignet sei, den Erfolg des deutschen Sprachunterrichts zu erhöhen.

• Pädagogischer Verein. Am vorigen Sonnabend feierte der Pädagogische Verein sein 19. Stiftungsfest. Die Feier wurde durch ein Begrüßungslied eröffnet, welches vom Sängerkorps des Vereins vorgetragen wurde. Beim Festmahle toastete Rector Knoke auf Kaiser Wilhelm II., der Vorsitzende, Lehrer Köppler, auf den Verein, Rector Schönwälder auf Stadtschulrath Dr. Pfundner und Stadtschulinspector Dr. Kriebel, Bürgerkullebter Strolake auf den Vorstand, Lehrer Bandmann auf die Gänge und Rector Langner auf die Frauen. Zwei bei der Tafel gesungene Festlieder trugen wesentlich zur Erhöhung der Feststimmung bei. Der gemüthliche Theil der Feier begann mit einem vom Rector Julius Hübner verfassten und von allen Theilnehmern gesungenen Trinkliede. Es folgten sodann verschiedene humoristische Aufführungen, die sämtlich einen durchschlagenden Erfolg erzielten.

• Der Universitäts-Gesang-Verein theilt uns mit, daß durch ein Versehen der Verein nicht davon in Kenntniß gesetzt worden war, daß am Montag Nachmittag eine Versammlung von Vertretern der Breslauer akademischen Corporationen stattfinden sollte. Deswegen konnte derselbe an dieser Versammlung nicht theilnehmen und wird erst in der zweiten Versammlung seinen officiellen Beitritt zum „Auschuß der Breslauer Studentenschaft“ erklären.

B. Feuer. Heute Abend nach 7 Uhr brach auf dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße 35 Feuer aus und zwar brannte im hinteren Theil des Hofes ein Holzstall, in welchem eine Ziege untergebracht war. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr löschte das Feuer binnen wenigen Minuten; die Ziege war schon vorher durch die Hausbewohner gerettet worden. Ueber die Entstehungsurache des Feuers hören wir Folgendes: Die Ziege wird allabendlich von einem Dienstmädchen gemolken. Das Mädchen benutzte hierbei zur Erhellung des Stalles eine Laterne. Heute Abend entfernte sich das Mädchen für kurze Zeit aus dem Stall, ohne die Laterne mitzunehmen. Die Ziege ist nun wahrscheinlich mit dem Kopf gegen die Laterne gerannt und hat dieselbe zertrümmert. Das nunmehr frei brennende Licht hat dann das Stroh im Stalle entzündet.

B. Der erste Abmarsch der Feuerwehr hatte eben die Rückkehr von dieser Brandstelle angetreten, da kam der zweite Abmarsch von der Hauptwache her angefahren und etwas später trafen auch sämtliche Thormaden in der Friedrich-Wilhelmstraße ein. Der gesammte Train rückte vor das Grundstück Nr. 65, wofelbst sich die Spritzfabrik und die Preßfabrik von Grunwald u. Comp. befinden. Auf diesem sehr umfangreichen, bis an die Vestnerstraße reichenden Grundstück befindet sich auf der rechten Seite des zweiten Hofes, in einem nur aus einem Parterre bestehenden, mit flachem Pappdach versehenen kleinen Raume die Holzbohlenmühle, in welcher die zum Filtriren notwendige Holzfohle gemahlen wird. Diese Mühle ist nur von Holzwänden umgeben; über das Dach hinaus geht ein zum Ableiten des Staubes dienender Schlot. Die Holzfohle hatte sich in Folge der Reibung entzündet und die hölzernen Umwägung in Brand gesetzt. Um das Grundstück gegen Feuergefahr zu sichern, geht durch den ganzen Hofraum ein 5 Zoll weites Wasserrohr, an welchem sich mehrere Anschlußstellen für die 75 mm weiten Dampfstrahlensläuche befinden. Die Arbeiter der Fabrik, welche darauf eingedrückt sind, ein entsetzendes Feuer vorkommenden Falles anzugreifen, hatten sofort einen der weiten Schläuche mit der Wasserleitung verbunden und damit noch vor Eintreffen der Feuerwehr Wasser in die Flammen gespritzt. Die Feuerwehr setzte einen Schlauchgang für kurze Zeit in Thätigkeit. Nach dem Ablöschten wurde noch der zum Theil verkohlte Holzbau weggerissen und kurz nach 9 Uhr fuhr die letzte Feuerwehrwagen nach den Wachen zurück.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

• Breslau, 18. Januar. [Schwurgericht. — Wissentlicher Meineid.] In der hiesigen Tapetenhandlung von K. ist seit mehreren Jahren der Kaufmann Hugo Müller als Reisender thätig. Derselbe gab im August 1887 von Wartha aus eine Bestellung auf verschiedene Tapeten im Gesamtbetrage von 150 M. auf. Die Lieferung war für den neugewählten Bürgermeister Hinginger bestimmt und sollte für die neuerbaute Villa desselben Verwendung finden. Hinginger erhielt umgehend die Rechnung über die abgeordneten Tapeten, bald darauf traf auch die Sendung in Wartha ein. Hinginger lehnte die Annahme der Waare mit dem Bemerkten ab, er habe keine Bestellung auf Tapeten gemacht. Mehrere Wochen später erhielt Herr Hinginger von Müller einen Brief; in demselben ersuchte dieser um Abnahme der Lieferung, weil er (Müller) sonst bei seiner Firma in Mißcredit kommen würde, indem man dann annehmen könnte, die Bestellung sei lediglich von ihm fingirt worden. Hinginger blieb bei seinem ablehnenden Bescheide. Später wurde der Bürgermeister seitens der Firma K. bei dem Amtsgericht in Frankenstein auf Abnahme der Tapeten resp. Zahlung des Kaufpreises verklagt. In diesem Proceß benannte er seine Ehefrau als Zeugin dafür, daß wohl mit Müller über die Lieferung Rücksprache genommen, irgend eine Bestellung aber nicht gemacht worden sei. Die Ehefrau gab dasselbe Zeugniß ab, ihr gegenüber stand der gleichfalls eidlich vernommene Müller mit der Behauptung, Herr Hinginger habe bei der vorerwähnten, am 25. August 1887 stattgehabten Unterredung die Tapeten fest bestellt und nur die Lieferung derselben auf einen späteren Termin verlegt. Der Amtsrichter wies die klagende Firma ab, er hielt durch das Zeugniß der Ehefrau Hinginger für erwiesen, daß eine feste Bestellung seitens ihres Ehemannes nicht gemacht worden sei, daß also Müller in ähnlicher Weise wie andere Reisende die empfohlene Waare nur ausführen wollte. Die Firma bezichtigte sich bei dem Erkenntniß. Für Müller hatte die Sache aber noch ein sehr unangenehmes Nachspiel, da derselbe heute vor den Geschworenen stand unter der Anschuldigung, den in der Proceßsache wider Hinginger geleisteten Eid wissenschaftlich falsch abzugeben zu haben. Die heutige Beweisaufnahme beschränkte sich auf vier Zeugen, es sollte dann noch Herr K., welcher für Müller ein gutes Leumundszeugniß abgeben hatte, als Sachverständiger darüber gehört werden, ob aus den angeblich von Herrn Hinginger gebrauchten Worten eine feste Bestellung zu entnehmen gewesen sei. — Staatsanwalt Rentwig beantragte dagegen, auch noch die Ehefrau des Hinginger, welche heute frankheitshalber nicht erscheinen konnte, in einem späteren Termine vor den Geschworenen zu vernehmen. Auf Grund dieses Antrages wurde durch Gerichtsbeschuß die Vernehmung der Sache beschloffen und dieselbe für eine spätere Periode festgesetzt. Der Angeklagte verließ auch weiterhin auf freiem Fuß.

• Breslau, 17. Januar. [Landgericht. Strafkammer I. — Versuchte Erpressung.] Auf der Anklagebank saß der Arbeiter Ernst Günther, der im Jahre 1881 wegen Untreue bereits 9 Monate Gefängniß, sowie 1884 und 1888 wegen Diebstahls zu 6 resp. 4 Monate Gefängniß verurtheilt worden war. Günther hatte an einen hiesigen angehenden Kaufmann einen Brief mit der Mittheilung gerichtet, daß er in Erfahrung gebracht hätte, sein (des Kaufmanns) Neffe solle vor vielen Jahren in Rußland einen Mord oder Todtschlag verübt und sich der Bestrafung durch die Flucht entzogen haben. Es läge nun an ihm — dem Onkel — ob Günther von dieser Nachricht öffentlich Gebrauch machen sollte; in diesem Falle würden ihm als Onkel doch nur Aerger und Umstände daraus erwachsen. Günther bekannte sich in der heutigen Verhandlung als den Schreiber des Briefes, will denselben aber nur im Auftrage eines früheren Geängnißgenossen, des Tischlergehilfen Heinrich Kühn, geschrieben haben. Kühn wurde als Zeuge vernommen. Er gab zwar zu, daß die Erzählung über das Geschehene jenes Menschen von ihm herrühre, doch habe er dem Günther keinen Auftrag erteilt, diese Nachricht dem Onkel in irgend einer Form zu übermitteln. Staatsanwalt und Gerichtshof gewannen die Ueberzeugung, daß der Angeklagte durch den Brief lediglich die Erlangung eines Schweigegeldes beabsichtigt, also einen rechtswidrigen Vermögensvortheil unter der versteckten Drohung der Veröffentlichung einer dem betreffenden Kaufmann mindestens unangenehmen Nachricht gesucht habe. Die Strafe wurde wegen der Gefährlichkeit derartiger Erpressungen und wegen der Vorstrafen des Angeklagten auf 6 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust bemessen. Wegen der Höhe der Strafe erfolgte die sofortige Haftnahme des Verurtheilten.

J. P. Glah, 16. Januar. [Fahrlässige Eddtung.] Der Stellenbesitzer August Wittner aus Prohan, Kreis Frankenstein, war angeklagt, am 5. November v. J. zu Frankenstein durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht zu haben. Am genannten Tage Vormittags fuhr der Dominalknecht Josef Grammel aus Tonnitz in Begleitung des Schaffers Rauch Zuckerrüben nach der Zuckerrübenfabrik. Auf der Schräbendorfer Chaussee kam Wittner mit seinem leichten, von einem muthigen Pferde bespannten Kastenwagen in schneller Trab nachgefahren. Einms vom Mübenwagen zog die verelblichte Chausseewärter Bahdorff aus Schräbendorf ihren Handwagen. Rauch winkte dem Wittner zwar zu, langsam zu fahren, damit Grammel mit seinem Wagen zur Seite fahren konnte. Doch Wittner leistete dem Winke keine Folge, sondern trieb sein Pferd mit einem gewaltigen Peitschenhiebe zu noch größerer Eile an. Dasselbe setzte sich in Galopp und jagte durch den sehr engen Raum zwischen dem Handwagen der Frau Bahdorff und dem Mübenwagen des Grammel, der auf der Seite desselben des Lenkers wegen gehen mußte. Da Grammel sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnte, wurde er von der Achse des Wittner'schen Wagens erfaßt und unter den schwer beladenen Mübenwagen gefleuret, so daß letzterer mit seinen Rädern über die Brust und das linke Bein des Grammel rollte, Wittner aber mit seinem Wagen unbehindert und unbeschädigt weiter jagte. Grammel wurde auf dem Bahdorff'schen Handwagen nach dem in der Nähe gelegenen Kloster der Barmherzigen Brüder gefahren, wo er bereits nach 10 Minuten starb. Sanitätsrath Dr. Gottwald befandete, Grammel sei an Verblutung gestorben, letztere aber durch eine äußere Gewalt (durch Ueberfahren) verursacht worden; außerdem seien mehrere Rippen, sowie der linke Unterschenkel gebrochen gewesen. Wittner

bekanntete sich nicht schuldig und führte nur an, sein Pferd wäre von dem Winke des Schaffers wild geworden, durchgegangen und wegen Hartmüdigkeit nicht zu erkalten gewesen. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und beantragte 4 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof dagegen erkannte auf 6 Monate Gefängniß, weil der Angeklagte gewußt, daß sein Pferd hartmüdig sei und weil er trotz des Winkens, langsam zu fahren, im Gegentheil das Pferd durch Peitschenhiebe noch wilder gemacht und zur schnelsten Eile angetrieben habe.

• Gleiwitz, 17. Januar. [Versuchter Raubmord an einem Geistlichen.] Heute stand vor dem hiesigen Schwurgericht der Grubenarbeiter Peter Trutwin aus Antonienhütte, dem die Anklage vorwirft, am 20. November v. J. den Versuch gemacht zu haben, den Erzpriester Bannerth in Toft zu berauben. Trutwin, ein 40jähriger kräftiger Mensch, war am 22. October aus dem Gefängniß entlassen worden und fand angeblich seine Familie hungernd vor. Um sich Geld zu verschaffen, sann der bereits sechsmal mit Zuchthaus und Gefängniß bestraftene einen neuen Raub aus. Mit dem Entschlusse, den 70jährigen Erzpriester Bannerth in Toft, den er im Besitze reicher Geldmittel wähnte, zu berauben, fuhr Trutwin am 20. November direct von Jabrze bzw. Antonienhütte nach Toft und begab sich vom Bahnhof nach der Wohnung des Geistlichen. Diesen traf er in der Dämmerstunde allein im Zimmer, bestellte zum Schein ein Begräbniß und packte alsdann den nichtsahnenden Greis, am Hals und würgte ihn wiederholt. Der Ueberfallene rief um Hilfe und stampfte mit beiden Füßen heftig auf den Fußboden, worauf der unter ihm wohnende Caplan zur Hilfe herbeieilte. Als dieser eintrat, ergriff der mit einem langen Küchenmesser bewaffnete Trutwin die Flucht, wurde aber eingeholt und verhaftet. Der äußerst frech auftretende Angeklagte ist im Wesentlichen gefähig, nur bespreitet er, einen Mord geplant zu haben; er hätte es lediglich auf die Gelber des Geistlichen abgesehen. Mit Rücksicht auf die maßlose Rohheit des Angeklagten ging der Gerichtshof über das vom Ersten Staatsanwalt Franz beantragte Strafmaß von 12 Jahren hinaus und verurtheilte Trutwin zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Vertheidigung lag in den Händen eines vom Gericht bestellten Referendars. Der Verhandlung wohnte ein zahlreiches Publikum bei.

## Handels-Zeitung.

• Steuerfreie 4 1/2 procentige Staats-Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1889 des Königreichs Ungarn. Im Inseratentheile der vorliegenden Nummer veröffentlichen wir den Prospect für die erste Emission vorstehender Anleihe im Betrage von Nom. 130 000 000 Gulden ö. W. Gold = 263 250 000 Mark deutscher Reichswährung = 325 000 000 Francs, Zinsen und Capital zahlbar in Gold. Die Emission erfolgt behufs Convertirung eines entsprechenden Betrages der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten 5 pCt. in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen. — Auf Grund des Gesetz-Artikels XXXII vom Jahre 1888 erfolgt die Emission dieser 4 1/2 proc. Staats-Eisenbahn-Anleihe im Gesamtbetrage von 182 000 000 Gulden österr. Währung in Gold. Die Anleihe ist ausschliesslich zur Einlösung der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten, in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen und, soweit die Emission einen Ueberschuss ergibt, zur Tilgung von Schuldverschreibungen anderer Anleihen, für welche der Staat verpflichtet ist, zu verwenden. Zur Sicherstellung dieser Anleihe dienen die Staats- und verstaatlichten Eisenbahnen in dem durch vorerwähnten Gesetz-Artikel bestimmten Umfange, und zwar in der Weise, dass die für die Anleihe aufzubringende Annuität von 8 491 644 Gulden österr. Währung in Gold in gleichem Range mit der Annuität der Staats-Eisenbahn-Anleihe von 1889 in Silber von 5 575 558 Gulden österr. Währung in Silber nach Einlösung der sämtlichen im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 genannten 5proc. Anleihen — mit alleinigem Vorrang einer Annuität von 819 000 Gld. österr. Währ., mit welcher die Theissbahn bis zum Jahre 1924 belastet ist, und unter Vormerkung der den Actionären der verstaatlichten Eisenbahnen: Alfold-Fiumaner Bahn, Siebenbürger Bahn, Donau-Drain-Bahn gewährten Abfindung — als Hypothek zur ersten Stelle inabstruirt sein wird. Die Emission der Anleihe im Betrage von Nom. 130 000 000 Gulden ö. W. in Gold ist in 26 000 Serien (No. 1 bis 26 000) von je fünfzig Schuldverschreibungen auf den Inhaber, jede zu 100 Gulden Gold = 202,50 Mark = 250 Francs eingetheilt und wird in Abschnitten von 1, 5, 10 und 50 Schuldverschreibungen ausgefertigt. Die Schuldverschreibungen sowie die an denselben befindlichen Zins-Coupons sind von allen bestehenden Steuern, Gebühren und Steuern befreit, und wird denselben die vollkommene Stempel-, Gebühren- und Steuerfreiheit auch für die Zukunft zugesichert. Die Schuldverschreibungen werden mit viereinhalb pCt. für's Jahr in halbjährlichen Raten am 1. Februar und 1. August jeden Jahres verzinst und im Wege der Verloosung nach Maassgabe des den Schuldverschreibungen beigefügten Tilgungsplanes binnen 75 Jahren, vom 1. Februar 1889 an gerechnet, getilgt. Die Verloosung findet halbjährlich am 1. Mai und 1. November und die Einlösung am nächstfolgenden Zinstermin, das ist am 1. August und 1. Februar, statt; die verloosten Schuldverschreibungen werden im „Budapesti Közlöny“ und anderen in- und ausländischen Blättern, in Wien, Berlin und Frankfurt a. M. in mindestens je einer Zeitung bekannt gemacht. Eine verstärkte Verloosung oder Kündigung der Anleihe ist bis zum 1. Januar 1899 ausgeschlossen. Der Inhaber kann die Zinsen gegen Einlieferung der fälligen Zins-Coupons und das Capital gegen Einlieferung der verloosten Schuldverschreibungen in Pest, Wien, Berlin, Frankfurt a. M. und Paris erheben.

Das Königlich ungarische Finanzministerium hat laut Kundmachung vom 15. Januar 1889 die 5% Ungarische Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1868 im ganzen ausstehenden Betrage von 71 330 400 Gulden zur Rückzahlung am 1. Juli 1889 gekündigt und sich verpflichtet, nach der Subscription andere zur Convertirung bestimmte 5% in Gold verzinsliche und rückzahlbare Anleihen ganz oder theilweise, soweit erforderlich, zur Tilgung aufzurufen.

Die Subscription auf den vorgenannten Betrag der 4 1/2 proc. Staats-Eisenbahn-Anleihe in Gold findet statt am Mittwoch, den 23. Donnerstags, den 24., Freitag, den 25. Januar 1889 auf 4 1/2 proc. Schuldverschreibungen, für welche Obligationen der zur Convertirung bestimmten 5proc. in Gold rückzahlbaren Anleihen in Umtausch gegeben werden, und zugleich am Mittwoch, den 23. Januar 1889 auf 4 1/2 proc. Schuldverschreibungen gegen baare Zahlung.

Für Breslau sind der Schlesische Bankverein und das Bankhaus E. Heimann beauftragt, auf Grund des Prospects und in den Bedingungen desselben Anmeldungen auf die in denselben bezeichnete Anleihe sowohl gegen baar, als im Umtausch gegen Obligationen der zur Convertirung bestimmten fünfprocentigen in Gold rückzahlbaren Anleihen kostenfrei entgegen zu nehmen. — Im Uebrigen verweisen wir nochmals auf den in vorliegender Nummer enthaltenen Prospect.

• Zahlungseinstellungen. Aus Strassburg, 16. d. Mts., wird der „Frk. Z.“ geschrieben: „Die hiesige grosse und alte Bauunternehmerfirma Petiti-Clotz hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen 1 400 000 M., denen nach Angabe des Schuldners 900 000 M. Activa gegenüberstehen. Es soll ein Consortium in Bildung begriffen sein, um den völligen Zusammenbruch des Hauses zu verhindern.“ — Die „Voss. Ztg.“ meldet die Insolvenz der Getreide-Firma Debrassine in Antwerpen. Das genannte Haus gehörte zu den ersten Firmen dieser Branche am genannten Orte. Man glaubt, dass unglückliche Speculationen an den amerikanischen Märkten den Fall veranlassen. Der Berliner Platz ist an dem Fallissement entweder gar nicht oder nur ganz unbedeutend theilhaft. — Nach der „Hand.-Corr.“ hat die Firma J. C. Bleiweis in Krainburg die Zahlungen mit Passiven von 100 000 G. eingestellt. Der Wiener Platz ist dabei stark in Mitleid gezogen.

• Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt. Laut „Köln. Ztg.“ beschloß die vorgestrigte Hauptversammlung der rheinisch-westfälischen Verkaufsstelle für Qualitäts-Puddel-Rohisen die Aufnahme dreier Siegerländer Werke, nämlich des Köln-Müsenener Bergwerksvereins, der Rolandshütte und der Geisweider Eisenwerke. Gleichzeitig wurde der Grundpreis auf 54 Mark für prima, 52,50 Mark für secunda Qualität festgesetzt.

□ Verkehrsachrichten aus Polen. Warschau, 17. Januar. Das Verkehrsministerium in Petersburg hat den Bau einer Secundärbahn von der Station Miechow (Linie Iwanogrod-Dombrowo) bis zur österreichischen Grenze nicht gestattet. Dagegen steht dem Bau einer Zweigbahn von Lodz nach Zgierz nichts mehr im Wege. — In Myslenwie bei Krakau hat sich, wie Warschauer Zeitungen aus Lemberg telegraphirt wird, ein Consortium gebildet, um eine Eisen-



auch die Syndicate das Ihrige gethan haben, so rechtfertigt doch der allgemeine grössere Bedarf, die bessere Lage fast aller anderen industriellen Zweige, besonders aber die durch Lohnerhöhung und höhere Frachten hervorgerufenen grösseren Produktionskosten diese Massnahmen vollkommen. — Die Production von Roheisen in Deutschland einschl. Luxemburg ist nur unbedeutend grösser geworden und betrug vom 1. Januar bis 1. December 1888 für alle Sorten Roheisen 3 874 618 Tons gegen 3 547 497 Tons in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Vorräthe haben stetig abgenommen, die Werke fast ausnahmslos mit reichlichen Aufträgen das neue Jahr begonnen und einzelne Hauptzweige, wie Waggonbau und Schiffsbau, überreiche Beschäftigung nicht nur für das laufende Jahr, sondern wohl für einige Jahre. Man geht daher mit sehr guten Hoffnungen in das neue Jahr. — In England und Schottland ist der Consum ebenfalls ein recht guter gewesen. Der Totalverbrauch von englischem Roheisen war während des abgelaufenen Jahres um rund 257 000 To. grösser als im Vorjahre. Die Production nahm um ca. 100 000 To. zu, die Vorräthe um rund 165 000 To. ab. In Schottland wuchs die Production um 95 000 To., die Vorräthe vermehrten sich um 16 000 To. und der Totalverbrauch stieg um 79 000 To. gegen das Vorjahr. — Die Walzwerke sind in Grossbritannien auch gut beschäftigt und haben neuerdings wieder die Preise erhöht, die Schiffswerften haben sehr bedeutende Ordres und ebenso die Waggonbananstalten, so dass auch dort für absehbare Zeit reichliche Beschäftigung vorliegt. Trotz alledem halten sich die Preise für gut situirte Werke nur auf den Selbstkosten, zumal die theuren Kohlen und Frachten die Produktionskosten um ca. 2 sh 6 d pr. To. erhöhen. Weitere Lohnschwierigkeiten der Grubenarbeiter stehen in Aussicht. Der Export nach den Ver. Staaten von Amerika hat jedoch bedeutend abgenommen, und dies ist wohl der Hauptgrund, dass die Preise für englisches und schottisches Roheisen sich noch auf

einem so niedrigen Niveau befinden. Die Preise stellten sich gegenwärtig wie folgt:

Langloan I 49 sh — d,	III 45 sh 6 d	} pro Tonne frei an Bord Glasgow. pro Tonne frei an Bord Ardrossan.
Coltness I 50 sh 6 d,	III 48 sh — d	
Gartsherrie I 48 sh — d,	III 46 sh 9 d	
Eglinton I 41 sh — d,	III 40 sh 6 d	

Englisches Roheisen in guten bekannten Bränden, als: Clarence, Cleveland, Claylane, Newport etc., Nr. I 37 sh, Nr. III 34 sh 3 d frei an Bord Middlesbrough.  
Oberschlesisches Giesserei-Roheisen 53—60 Mark.  
Budernsches Giesserei-Roheisen 52—61 Mark pro Tonne ab Werk je nach Qualität.

Vom Standesamte. 18. Januar.

Aufgebote.  
Standesamt I. **Pahst**, Wilhelm, Haushälter, f., Nicolaistraße 36, **Gürtler**, Auguste, ev., ebenda. — **Kunert**, August, Bäckermeister, ev., Berlinerstraße 33b, **Deisinger**, Martha, ev., Ziegelgasse 5. — **Tichauer**, Emanuel, Buchdruckerbes., i., Schloßhofe 12, **Kohn**, Paula, f., Nicolaistraße 14.

Standesamt II. **Rowotny**, Aug., Kellner, f., Gräbchenstraße 79, **Richter**, Martha, ev., ebenda. — **Wroniowski**, Joh., Schmied, f., Berlinerstraße 56, **Gloger**, Amalie, f., Schiefwerberplatz 2. — **Wittwer**, Aug., Kutscher, f., Karuthstraße 17, **Schaf**, Luise, f., ebenda.

Standesamt II. **Siegmund**, Paul, S. d. Gefangenen-Auffseh. Josef, 1 J. — **Langer**, Marie, f. d. Buchhalters Sidor, 8 M. — **Sollmann**, Richard, S. d. Arb. Wilhelm, 4 B. — **Lenzfeld**, Maximilian, Steuer-auffseher, 54 J. — **Spitzer**, August, Weber, 72 J. — **Stiefel**, Carl,

Knecht, 51 J. — **Schrader**, Johannes, S. o. Kaufmanns Richard, 3 M. — **Wartsch**, Hugo, S. d. Werkführers Wihl, 1 J. — **Breither**, Georg, S. d. Kaufmanns Emil, 6 J.

**Bergnügungs-Anzeiger.**

Im **Helmtheater** findet am Sonnabend eine Jubiläums-Vorstellung statt. Das Zugstück dieser Saison „Höhere Töchter“ wird an diesem Tage zum 25. Male aufgeführt.

Sonntag im **Museum** wieder geöffnet.

**Gemälde-Ausstellung Theodor Lichtenberg.**  
Viel Neues. Entrée 1 M. Abon. frei.  
**J. Weiser, Unterbrochene Trauung.**

**Wahhalten in allen Dingen!** ist zweifellos das beste Recept, stets frisch und gesund zu bleiben. Wie ist dies aber immer möglich im Strudel des Lebens mit seiner Hast im Erwerben, seinen Aufregungen, den vielerlei Genüssen und gesellschaftlichen Ansprüchen, wo die Nacht oft zum Tage wird. Heutzutage, wo schon die Schulkinder nervös sind, ist es kein Wunder, wenn das reifere Alter jede kleine Ausschreitung, ein Stündchen oder Gläschen zu viel im Freundeskreis, eine Gesellschaft, eine Reise, Besuch von Concert und Theater, Ball etc., durch Kopfschmerzen, Migräne, Unfähigkeit zur Arbeit am Folgetage zu büßen hat. Man erspart sich manchen Aerger und manchen verlorenen Tag, wenn man bei allen jenen Störungen der gewohnten Lebensweise die Behold'schen Cinchona-Tabletten in Anwendung bringt, welche die Folgen ohne Schaden für die Gesundheit verhüten resp. beseitigen. Schachtel M. 1.— in den Apotheken. [026]

**Statt jeder besonderen Anzeige.**  
Die Verlobung unserer Tochter **Martha** mit Herrn **Leo Schlesinger** hier beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.  
Breslau, im Januar 1889.  
Breitestraße 6/7.  
**Wilhelm Glaser und Frau.**  
**Martha Glaser,**  
**Leo Schlesinger,**  
Verlobte. [1650]

Die glückliche Geburt eines munteren Knaben zeigen hiermit hoch erfreut an [1647]  
**Braumeister Otto Land**  
und Frau  
**Ida, geb. Zimmer.**  
Breslau, den 17. Januar 1889.  
Die Geburt eines munteren Knaben zeigen wir hierdurch hoch erfreut an.  
Breslau, den 18. Januar 1889.  
**Joseph Galemshy**  
und Frau  
[1663] **Emma, geb. Fuchs.**  
Die glückliche Geburt eines munteren Knaben zeigen hoch erfreut an  
**Fermann Leipziger** und Frau,  
geb. **Wienskowit.**  
Deutsch O.S., den 18. Jan. 1889.

Gestern Nachmittag verschied nach langen schmerzvollen Leiden unser lieber treuer Mitarbeiter, [321]  
**Herr Oscar von Hahn.**  
Wir verlieren in ihm einen wahren, aufrichtigen Freund, der sich durch seine gewissenhafte Berufstreue, seinen biedern Sinn, seine herzgewinnende Freundlichkeit im amtlichen, wie im geselligen Verkehr unser Aller Hochachtung und Werthschätzung erworben hatte und dessen wir stets in Liebe und Treue gedenken werden.  
Breslau, den 18. Januar 1889.  
**Director und Beamte**  
der kaufmännischen Verwaltung der  
**Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giesche's Erben.**

**Statt besonderer Meldung!**  
Gestern Abend 10 Uhr verschied nach kurzem Leiden unser geliebter Vater, Bruder, Schwiegervater und Grossvater,  
**der Rentier**  
**B. Preiss,**  
in fast vollendetem 83. Lebensjahre. [1669]  
**Ratibor, Berlin, Wernigerode, den 17. Januar 1889.**  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Heute Morgen 5 1/2 Uhr starb plötzlich am Herzschlage unser heissgeliebter, herzenguter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann  
**Bernhard Leubuscher.**  
Dies zeigen statt besonderer Meldung in tiefstem Schmerze an  
**Die Hinterbliebenen.**  
Breslau, 17. Januar 1889.  
Beerdigung: Sonntag, den 20. d., Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Zimmerstrasse 13. [1648]

Gestern Nachmittag starb plötzlich unser einziger geliebter, hoffnungsvoller Sohn [1013]  
**Max Lichtenberg,**  
Einjährig-Freiwilliger Gefreiter im 11. Infanterie-Regiment Kronprinz Friedrich Wilhelm, im Alter von 19 1/2 Jahren.  
Dies zeigen in tiefstem Schmerze an  
**Arthur Lichtenberg und Frau.**  
Breslau, 18. Januar 1889.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hiermit die schmerzliche Mittheilung, dass unsere innig geliebte Frau, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin [317]  
**Bertha Kuznitzky,**  
geb. **Katz,**  
im 40. Lebensjahre nach kurzem aber schwerem Leiden heute Vormittag in Frankfurt a. Main sanft verschieden ist.  
**Die tieftrauernden Familien**  
**H. Katz und Abraham Kuznitzky.**  
Trzebinia, Myslowitz, den 16. Januar 1889.

**Todes-Anzeige.**  
Durch den am 17. d. Mts. erfolgten Tod des  
**Herrn Bernhard Leubuscher**  
haben wir einen Freund verloren, welcher unserem Bunde 36 Jahre in Treue angehört und sich innerhalb desselben ebenso wie in geschäftlichen und geselligen Kreisen allgemeiner Beliebtheit erfreut hat.  
Wir betrauern aufrichtig seinen Heimgang und werden ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.  
Breslau, den 18. Januar 1889. [1034]  
**Die Gesellschaft der Freunde.**

Heute früh entschlief sanft nach schwerem Leiden mein theurer Mann, unser geliebter Vater und Grossvater, der Justizrath  
**Emil Gustav Leonhard**  
im Alter von 57 Jahren.  
Berlin, den 16. Januar 1889.  
**Antonie Leonhard, geb. Gutike,**  
**Martha Martius, geb. Leonhard,**  
**Anna Meydam, geb. Leonhard,**  
**Margarethe, Lili, Walther, Toni Leonhard.**  
Stabsarzt **Dr. Martius,**  
Hauptmann **Meydam**  
und fünf Enkel.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unserer guten, unvergesslichen Mutter, Gross- und Urgrossmutter, der verw. Frau Particulier  
**Eva Hildebrand, geb. Woitas,**  
sagen wir hiermit Allen unseren innigsten Dank. [1666]  
Breslau, den 19. Januar 1889.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Gesellschaft der Brüder.**  
Heute früh verschied unerwartet unser Bruder  
**Herr Bernhard Leubuscher.**  
Seit dem Jahre 1870 unserer Gesellschaft angehörnd, hat er für die Ziele desselben stets ein lebhaftes Interesse bekundet, und sich damit ein dauerndes Andenken gesichert.  
Wir beklagen tief den Verlust dieses geschätzten, überall beliebten Mitgliedes. [1026]  
Breslau, den 17. Januar 1889.  
**Der Vorstand.**

Am 16. Januar, Nachts 11 Uhr, verschied plötzlich nach kurzem Krankenlager meine innig geliebte, herzengute Frau, unsere unvergessliche, theuere Mutter Schwester, Schwägerin und Tante,  
**Frau Bertha Schmidt, geb. Langer,**  
im Alter von 45 Jahren 3 Monaten.  
Dieses zeige ich schmerzerfüllt allen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.  
**Langenbielau und Jauer, den 17. Januar 1889.**  
**Ernst Benjamin Schmidt.**  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 22. Januar, Vormittag 9 1/2 Uhr, statt. [1038]

**Predigt Sonntag, Vormittag 10 Uhr, Zwingerstraße 5a.**  
**Ephefer 2, B. 10.** Juden besonders eingeladen.  
**Evangel. Jerusalemverein.**  
Jahresfest am 20. Jan., Abds. v. 5 Uhr an im **Vereinshaus** (Hollteistr. Nr. 6). Predigt: **Pastor Diehler-Charlottenbrunn.** Bericht: **Pastor Becker.**

Gestern Nachmittag verstorb nach langen schweren Leiden  
**Herr Oscar von Hahn.**  
Derselbe war als Beamter unserer kaufmännischen Verwaltung während 31 Jahren ein Vorbild treuester Pflichterfüllung, strengster Rechtschaffenheit und emsigen Fleisses allen seinen Mitbeamten, bis er vor Kurzem in den wohlverdienten Ruhestand eintrat, den zu geniessen ihm leider nicht vergönnt gewesen ist. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden. [320]  
Breslau, den 18. Januar 1889.  
**Das Repräsentanten-Collegium**  
der  
**Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giesche's Erben.**

Heut Abend 8 Uhr verschied sanft nach längeren Leiden unsere theure, innig geliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die verwittwete Frau Kaufmann [1016]  
**Dorothea Meyer,**  
geb. **Meyer,**  
im 78. Lebensjahre.  
**Görnitz, Hirschberg, Königsberg, Berlin, Grünberg,**  
den 16. Januar 1889.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beisetzung findet in Grünberg Sonntag, den 20., Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Bahnhofe aus statt.

Wie wiederkehrende Gelegenheit für Ausstattungen und den Hausbedarf.  
**Eine große Partie**  
ganz feiner und schwerer Damastgedecke mit 12 und 6 Servietten, Theegedecke, Tischtücher, Handtücher, Kaffeegedecke, Servietten etc., mit kleinen Bedeckelten verkaufe ich so lange der Vorrath reicht für die [1024]  
**Halste**  
des realen Wertes.  
**J. Eisenhardt,**  
4, Blücherplatz 4,  
neben der Mohren-Apotheke.

**Husten, Heiserkeit, Schnupfen** beseitigen in kurzer Zeit  
**Malz-Extract u. Caramellen** Nur echt mit dieser Schutzmarke:  
v. **L. H. Pietsch & Co., Breslau.**  
Die besten Mittel, auch b. Hals- u. Brustleiden, Verschleimung, Keuchhusten.  
**Dankschreiben.** Seit längerer Zeit wurde ich von einem schweren brustbeklemmenden Husten geplagt. Nachdem ich einige Flaschen Malz-Extract von **L. H. Pietsch & Co.** in Breslau gebraucht hatte, bin ich von meinem Leiden gänzlich befreit und kann diesen Extract als wirklich gut empfehlen. **Höwe.** [1015]  
Duderstadt, im Februar 1884.  
Caramellen 30 u. 50 Pf. Extract à Flasche Mk. 1, 1.75, 2.50.  
Zu haben in Breslau in der Kränzelmarkt-Apotheke.

**Breslauer Mosaik-Platten-Fabrik**  
**Max Breier**  
Lehmdamm 48.  
**Weiße Glagehandschuhe,**  
5 Knöpf, à 1,25 Mt.  
**Carlstraße 24, I. Etage.**  
vis-à-vis der Graupenstraße.  
**Maskeraden.** [129]  
Gold- u. Silberspigen u. Galons, Kränzen, Plüsch-Diadem, Arm-bänder, Quasten, Bommeln zu allerbilligsten Preisen. Zu Toiletten-Tüchlein, geputzte Wattekleider das St. von 12 M. an bei  
**C. Friedmann,**  
**Goldene Radegasse 6, I.**

Stadt-Theater.

Sonnabend. (Kleine Preise.) Zum 4. Male: „Cornelius Voh.“

Lobe-Theater.

Sonnabend. Operetten - Novität. Zum 1. Male: „Rip Rip.“

Thalia-Theater.

Sonnabend. „Der Compagnon.“ Lustspiel in 4 Acten von Adolf Arrouge.

Helm-Theater.

(Einziges Volks-Theater Breslaus.) Sonnabend.

Jubiläums-Vorstellung.

Zum 25. Male! „Höhere Töchter.“ Neue Complet-Einlagen.

Verein für class. Musik. Beethoven, Streichquintett, Es-dur, op. 4.

Sonnabend, den 19. Jan., 7 1/2 Uhr Abends.

Concert

Pablo de Sarasate,

Frau Berthe Marx

- 1) Grand duo concertant, op. 48, für Violine und Clavier von Weber.
- 2) Rondo brillant für Pianoforte und Violine, op. 70, von Franz Schubert.
- 3) La fee d'amour für Violine u. Clavier von Joach. Raff.

Matinée

Besten der Jugendhorte am Sonntag, den 20. Jan., Mittags 12 Uhr präcise, im Musiksaal der Universität.

Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. sind zu haben in der Hof-Musikalien- und Buchhandlung von Jul. Hainauer.

Zeltgarten.

Auftreten von: Severus Schaffer, der großartige Sologeur der Gegenwart.

Troupe Stebbing, Arabaten, Fräulein Susanna Schaffer.

J. Lustig, Cravatten-fabrik und Verkauf.

Wie neu! werden Kronleuchter, Girandoles, Hänge-, Tisch- u. Wandlampen aufgetragen.

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten. Direction: C. Pleininger. Neu! Giovanni, der preisgekrönte schönste Mann.

Auftreten von Frères Tillmann, Gymnastiker und Equilibristen. Lilly Fechter, Costümbrette.

Ulmer Riesen-Doggen und dressirten Hunde-Mente.

Breslauer Schönheits-Concurrenz.

Local: Poffen - Pantomime in 1 Act mit Gesang, Tanz und lebenden Bildern.

H. Reuter-Vorlesung

die letzte in dieser Saison von Georg Riemenschneider.

Humboldtverein

für Volksbildung. Sonntag, den 20. Januar, Nachm. 5 Uhr, im Musiksaal der Universität.

Dritter Breslauer Zuenverein.

Sont, Sonnabend, 19. Januar, 2. Wintervergnügen im Café restaurant.

Julius Hainauer

Königl. Hofmusikalien-, Buch- und Kunsthandlung in Breslau, 52 Schweidnitzer-Strasse.

Der wilde Jäger,

Grosse romantische Oper von A. Schulz. Clavierauszug mit Text.

Musikalien-Leih-Institut.

Abonnements mit und ohne Prämie können von jedem Tage ab beginnen.

Julius Hainauer,

Königl. Hofmusikalien- und Buchhandlung. Zugleich empfehle ich mein Musikalien-Leih-Institut.

J. Lustig,

Cravatten-fabrik und Verkauf. Täglich Eingang von Neuheiten.

Wie neu!

werden Kronleuchter, Girandoles, Hänge-, Tisch- u. Wandlampen aufgetragen.

Kaufmännischer Verein „Union“.

Für die Herren Mitglieder unseres Vereins und deren Damen wird am Sonntag, den 20. c., Vormittags 10 1/2 Uhr, ein demonstrativer Vortrag des Herrn Dr. König im medico-mechanischen Institut Gartenstraße Nr. 19 über mechanische Behandlung chronischer Krankheiten, Rückgratsverkrümmungen und Massage stattfinden.

P. P.

Die Vergrößerungs- und Umbauten in unserer Brauerei sind seit längerer Zeit vollendet und sind wir daher jetzt in der Lage, allen Anforderungen, denen wir im Vorjahre wegen Platzmangels nicht genügen konnten, vollständig gerecht zu werden.

Wir beginnen am Sonntag, den 20. Januar cr., mit dem Verkauf unseres in den Neubauten eingebrauten

„bavr. Lagerbieres“

„Münchener Versandbieres“.

Bestellungen auf unsere Biere in Gebinden oder Flaschen (letzte nach Wunsch mit Patent- oder Kortverschluss) bitten wir zu richten an unsere directe Adresse:

Hopf & Görcke, vorm. H. Kirchner.

Robert Köppler,

Aus Krieg und Frieden. Der gefällige, außerordentlich wohlfeile Band enthält die reizenden humorvollen Dialektgedichte des zu früh verstorbenen Autors.

Die echte Wenham-Lampe

seit fünf Jahren vorzüglich bewährt, ist die dauerhafteste und unbestreitbar sparsamste aller Intensivlampen.

Die Concurrenz speculirt in ihrem Kampf gegen die Wenham-Lampe zunächst auf den Eindruck des starken Lichtes ihrer Lampen und auf den Umstand, daß das Publikum deren unverhältnißmäßig hohen Gasverbrauch erst später erfährt!

Wir warnen vor den zahlreichen werthlosen und schlecht brennenden Imitationen, welche wegen Nachahmung der Form unserer Flamme leider häufig für Wenham-Lampen gehalten werden.

Die von anderer Seite so marktfeierlich als „Verbesserung“ angepriesene „Reinigung des Gases“ ist seit mehreren Jahren bereits durch Einfügung von Schmutzfängern bei den Wenham-Lampen eingeführt.

Die Wenham-Lampe ist jeder Zeit, auch nach vielen Jahren noch, mit geringen Kosten wie neu brennend herzustellen, da sich wegen ihrer soliden Construction nur geringwerthige Theile mit der Zeit abnutzen können.

The Wenham Company limited

General-Direction für Deutschland: Berlin, Großbeerstraße 4.

Ich bin zum Notar ernannt worden. Rechts-Anwalt Martin Meyer in Liegnitz.

Ich habe mich hier als Anwalt niedergelassen. Mein Bureau befindet sich Seumarktstraße Nr. 7, I. Stettin, im Januar 1889.

Dr. Zander, Rechtsanwalt.

Dr. Alwin Hennet, American Dentist, Neue Taschenstr. 30.

Schmerzlose Bahnextraction, Zähne, Plomben, Nervödien etc. Robert Peter, Dentist, Blücherplatz 13, am Riembergshof.

M. Korn, Neuschstr. 53, I., Pa.-Waaren- u. Resthandlung.

Ein Stud. oder Primaner, Gymnas., wird zur Beaufs. d. Schularbeit u. Nachhilfe für 1 Quart. und 1 Ob.-Tert. bei mon. Vergüt. v. 15 Mk. gesucht.

Echten Kaiser-Streuselkuchen, wie von mir für den Kaiserl. Hof geliefert, empfiehlt Adolf Stromenger, Conditior, Neue Graupenstr. 2. — Filiale: Ohlauerstr. 28. Telephon 501.

In der Provinz Schlesien sind unsere anerkannt unübertroffenen holländ. Liqueure und Punschessenzen vorzüglich in den ersten Geschäften der Branche, u. a. in Breslau bei Erich & Carl Schneider, Schweidnitzerstr. 13/15, in Liegnitz „Erich Schneider.“ Erven Lucas Bols, Sofflieferanten, Fabrik „t Lootsje“ gegründet 1575 in Amsterdam. Eigenes Depot in Berlin W., Friedrichstraße 169.

HAMBURG-AMERIKANISCHE PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT. Directe deutsche Postdampfschiffahrt von Hamburg nach Newyork jeden Mittwoch und Sonntag, von Havre nach Newyork jeden Dienstag, von Stettin nach Newyork alle 14 Tage, von Hamburg nach Westindien monatlich 4 mal, von Hamburg nach Mexico monatlich 1 mal.

Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichneter Verpflegung, vorzüglichste Reisegelegenheit sowohl für Cajüte- wie Zwischendecks-Passagiere. Nähere Auskunft ertheilt: Jul. Sachs, Breslau, Graupenstr. 9; Wilh. Mahler, Berlin N., Invalidenstr. 121; Moritz Schaps jun., Kempen.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau. Die beliebtesten Romane Karl von Holtei's: Christian Rammfell. 5 Theile in 1 Bande. 4. Auflage (Jubiläums-Ausgabe). Broschirt 6 Mk. Gebunden 7 M. 50 Pf.

Die Vagabunden. 3 Theile in 1 Bande. 7. Auflage. Broschirt 4 Mk. Geb. 5 Mk. sind durch alle Buchhandlungen zu haben.

Cigarren-Versand-Geschäft S. Münzer, Breslau, Schweidn.-Nr. 8. Preis-Courant gratis und franco.

Keine Hülfe für Brustkranke giebt es wenn sich der Leidende zu spät nach Rettung umsieht. Wer an Schwindelsucht, Auszehrung, Asthma (Athennost), Luftröhrenkatarrh, Spitznasentzen, Bronchial- und Kehlkopfkatarrh etc. leidet, trinke den Auszug der Pflanze Homeria, welche echt in Packeten à Mk. 1.- bei Ernst Weidemann in Liebenberg am Harz erhältlich ist.

Dem Beamten- und Handelsstände angehörigen Herren — auch Wittvern — bieten sich jetzt recht vortheilhafte Heirathsparthien. Offerten unter H. 2339 befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Breslau.

Ein Stud. oder Primaner, Gymnas., wird zur Beaufs. d. Schularbeit u. Nachhilfe für 1 Quart. und 1 Ob.-Tert. bei mon. Vergüt. v. 15 Mk. gesucht. Offert. sub G. G. 67 Exped. der Bresl. Ztg. [1661]

M. Korn, Neuschstr. 53, I., Pa.-Waaren- u. Resthandlung.

Ein Stud. oder Primaner, Gymnas., wird zur Beaufs. d. Schularbeit u. Nachhilfe für 1 Quart. und 1 Ob.-Tert. bei mon. Vergüt. v. 15 Mk. gesucht.

Seirath. Ein Fabrikbesitzer, 30 Jahr alt, Schrift, vermögend, wünscht sich bald zu verheirathen. Damen von angenehmem Aussehen, nicht über 25 Jahr alt, mit Vermögen, wollen gef. Abt. mit Photographie unter A. B. 51 an die Exped. d. Bresl. Ztg. einbringen. Discretion Ehrenfache. [1575]

# PROSPECTUS.

## Königreich Ungarn.

### Steuerfreie 4½% Staats-Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1889.

Zinsen und Capital zahlbar in Gold.

**I. Emission von Nom. 130 000 000 Gulden ö. W. Gold**  
**= 263 250 000 Mark deutscher Reichswährung = 325 000 000 Francs**

behufs  
Convertirung eines entsprechenden Betrages der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten 5% in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen.

Auf Grund des Gesetz-Artikels XXXII vom Jahre 1888 erfolgt die Emission dieser 4½procentigen Staats-Eisenbahn-Anleihe im Gesamtbetrage von 182 000 000 Gulden österr. Währung in Gold.

Die Anleihe ist ausschliesslich zur Einlösung der im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 bezeichneten, in Gold verzinslichen und rückzahlbaren Anleihen und, soweit die Emission einen Ueberschuss ergibt, zur Tilgung von Schuldverschreibungen anderer Anleihen, für welche der Staat verpflichtet ist, zu verwenden.

Zur Sicherstellung dieser Anleihe dienen die Staats- und verstaatlichten Eisenbahnen in dem durch vorerwähnten Gesetz-Artikel bestimmten Umfange, und zwar in der Weise, dass die für die Anleihe aufzubringende Annuität von 8 491 644 Gulden österr. Währung in Gold in gleichem Range mit der Annuität der Staats-Eisenbahn-Anleihe von 1889 in Silber von 5 575 558 Gulden österr. Währung in Silber nach Einlösung der sämtlichen im Gesetz-Artikel XXXII vom Jahre 1888 genannten fünfprocentigen Anleihen — mit alleinigem Vorrang einer Annuität von 819 000 Gulden österr. Währung, mit welcher die Theissbahn bis zum Jahre 1924 belastet ist, und unter Vormerkung der den Actionären der verstaatlichten Eisenbahnen: Alföld-Fiumaner Bahn, Siebenbürger Bahn, Donau-Drau-Bahn gewährten Abfindung — als Hypothek zur ersten Stelle intabulirt sein wird.

Die I. Emission der Anleihe im Betrage von Nom. 130 000 000 Gulden ö. W. in Gold ist in 26 000 Serien (No. 1—26 000) von je fünfzig Schuldverschreibungen auf den Inhaber, jede zu 100 Gulden Gold = 202,50 Mark = 250 Francs, eingetheilt und wird in Abschnitten von 1, 5, 10 und 50 Schuldverschreibungen ausgefertigt.

Hinsichtlich der Steuerfreiheit, der Verzinsung und der Tilgung der Schuldverschreibungen gelten die folgenden Bestimmungen:

- 1) Die Schuldverschreibungen sowie die an denselben befindlichen Zins-Coupons sind von allen bestehenden Stempeln, Gebühren und Steuern befreit, und wird denselben die vollkommene Stempel-, Gebühren- und Steuerfreiheit auch für die Zukunft zugesichert.
- 2) Die Schuldverschreibungen werden mit **viereinhalb Procent für's Jahr in halbjährlichen Raten am 1. Februar und 1. August** jeden Jahres verzinst und im Wege der Verlosung nach Massgabe des den Schuldverschreibungen beigefügten Tilgungsplanes binnen 75 Jahren, vom 1. Februar 1889 an gerechnet, getilgt.
- 3) Die **Verlosung** findet halbjährlich am **1. Mai** und **1. November** und die Einlösung am nächstfolgenden Zinstermin, das ist am 1. August und 1. Februar, statt; die verlosteten Schuldverschreibungen werden im „Budapesti Közlöny“ und anderen in- und ausländischen Blättern, in Wien, Berlin und Frankfurt a. M. in mindestens je einer Zeitung, bekannt gemacht. Eine verstärkte Verlosung oder Kündigung der Anleihe ist bis zum 1. Januar 1899 ausgeschlossen.
- 4) Der Inhaber kann die Zinsen gegen Einlieferung der fälligen Zins-Coupons und das Capital gegen Einlieferung der verlosteten Schuldverschreibungen

in **Budapest** bei der **Königl. Ungarischen Staats-Central-Cassa,**

„ „ „ **Ungarischen Allgemeinen Creditbank,**

„ **Wien** bei der **K. K. priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,**

„ „ „ **K. K. priv. Allgemeinen Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt,**

„ „ „ **dem Bankhause S. M. von Rothschild,**

„ **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**

„ „ „ **dem Bankhause S. Bleichröder,**

„ **Frankfurt a. M.** bei dem Bankhause **M. A. von Rothschild & Söhne,**

„ **Paris** bei dem Bankhause **de Rothschild Frères,**

} in Gulden Gold  
nach dem Gesetz-Artikel XII  
vom Jahre 1869:

} in Mark D. R.-W. nach dem  
Werthverhältniss von 20<sup>25</sup>/<sub>100</sub>  
Mark für 10 Gulden Gold;

} in Francs nach dem Werthverhältniss von  
25 Francs für 10 Gulden Gold

erheben.

Das Königlich ungarische Finanzministerium hat laut Kundmachung vom 15. Januar 1889 die 5 proc. Ungarische Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1868 im ganzen ausstehenden Betrage von 71 330 400 Gulden zur Rückzahlung am 1. Juli 1889 gekündigt und sich verpflichtet, nach der Subscription andere zur Convertirung bestimmte 5 proc. in Gold verzinsliche und rückzahlbare Anleihen ganz oder theilweise, soweit erforderlich, zur Tilgung aufzurufen.

Die Subscription auf den vorgenannten Betrag der 4½ proc. Staats-Eisenbahn-Anleihe in Gold findet

in **Paris** bei **de Rothschild Frères,**

„ **Brüssel** und **Antwerpen** bei **L. Lambert,**

„ **Amsterdam** bei **A. Gansl**

sodann

„ **Budapest** bei der **Ungarischen Allgemeinen Creditbank,**

„ **Wien** „ **S. M. von Rothschild,**

„ „ „ **der K. K. priv. Oesterr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,**

„ „ „ **K. K. priv. Allgemeinen Oesterr. Boden-Credit-Anstalt,**

„ **Brünn, Lemberg, Prag, Triest** und **Troppau** bei den **Filialen der K. K. priv. Oesterr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe,**

„ **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**

„ „ „ **S. Bleichröder,**

„ „ „ **der Bank für Handel und Industrie,**

„ **Frankfurt a. M.** bei **M. A. von Rothschild & Söhne,**

„ „ „ **der Filiale der Bank für Handel und Industrie,**

„ **Köln** bei **Sal. Oppenheim jun. & Co.**

und anderen deutschen Stellen unter nachstehenden Bedingungen statt.

Die Subscription erfolgt während der üblichen Geschäftsstunden

**am Mittwoch, den 23., Donnerstag, den 24., Freitag, den 25. Januar 1889,**

auf 4½ proc. Schuldverschreibungen, für welche Obligationen der zur Convertirung bestimmten 5 proc. in Gold rückzahlbaren Anleihen in Umtausch gegeben werden, und zugleich

**am Mittwoch, den 23. Januar 1889,**

auf 4½ proc. Schuldverschreibungen gegen baare Zahlung.

Die Zeichnungen zum Umtausch werden vorzugsweise berücksichtigt. Mit der Zeichnung oder innerhalb 21 Tagen nach der Zeichnung, soweit eine genügende von der Umtauschstelle zu bestimmende Caution bestellt wird, müssen die umzutauschenden 5 proc. Obligationen mit Coupons über die laufenden Zinsen eingeliefert werden, wogegen die 4½ proc. Schuldverschreibungen mit Coupons über die vom 1. Februar 1889 ab laufenden Zinsen ausgehändigt werden.

Bei diesem Umtausche werden die 4½ proc. Schuldverschreibungen nach dem Nominal-Capitale von Gulden Gold in Mark deutscher Reichswährung in dem an den deutschen Börsen üblichen Verhältniss von 1 Gulden Gold = 2 Mark zum Course von 97½ pCt.

mit **Mark 195,— für je 100 Gulden Nominal-Capital**

berechnet und dagegen die der Convertirung unterliegenden Obligationen wie folgt angenommen:

**der 5proc. Ungarischen Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1868**

nach dem Nominal-Capital von Gulden Silber, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, zum Course von **102,08 pCt.**

mit **Mark 204,16 für je 100 Gulden Nominal-Capital**

zuzüglich „ **—,84 für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. Januar 1889 einschliesslich,**

zusammen mit **Mark 205,—**

(Fortsetzung nebenstehend.)

**der 5 pCt. Sterling-Anleihe vom Jahre 1871**

nach dem Nominal-Capital von Sterling, 1 Lstrl. = 20 Mark gerechnet, zum Course von 102,08 pCt.  
mit **Mark 204,16 für je 10 Lstrl. oder 100 Gulden Nominal-Capital**  
zuzüglich „ **3,34** für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. October 1888 bis 31. Januar 1889 einschliesslich,  
zusammen mit **Mark 207 50**

**der 5 pCt. Sterling-Anleihe vom Jahre 1873**

nach dem Nominal-Capital von Sterling, 1 Lstrl. = 20 Mark gerechnet, zum Course von 102,08 pCt.  
mit **Mark 204,16 für je 10 Lstrl. oder 100 Gulden Nominal-Capital**  
zuzüglich „ **—,84** für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. Januar 1889 einschliesslich,  
zusammen mit **Mark 205,—**

**der 5 pCt. Ungarischen Ostbahn-Anleihe II. Emission vom Jahre 1873**

nach dem Nominal-Capital von Gulden Silber, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, zum Course von 100,33 pCt.  
mit **Mark 200,66 für je 100 Gulden Nominal-Capital**  
zuzüglich „ **—,84** für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. Januar 1889 einschliesslich,  
zusammen mit **Mark 201,50**

**der 5 pCt. Vereinigten Prioritäts-Anleihe Ungarischer Eisenbahnen vom Jahre 1876**

bis zum Betrage von 4 849 040 Gulden ö. W. in Gold als Antheil der inzwischen verstaatlichten Bahnen (Erste Siebenbürger Eisenbahn, Alföld-Fiumaner Eisenbahn und Donau-Drau-Eisenbahn)  
nach dem Nominal-Capital von Gulden Gold, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, zum Course von 101,08 pCt.  
mit **Mark 202,16 für je 100 Gulden Nominal-Capital**  
zuzüglich „ **—,84** für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. Januar bis 31. Januar 1889 einschliesslich,  
zusammen mit **Mark 203,—**

**der 5 pCt. (Pfandbrief-) Anleihe für die Königlich Ungarische Gömörer Eisenbahn vom Jahre 1871**

nach dem Nominal-Capital von Gulden Silber, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, zum Course von 100,75 pCt.  
mit **Mark 201,50 für je 100 Gulden Nominal-Capital**  
zuzüglich „ **5,—** für 5 pCt. Stückzinsen vom 1. August 1888 bis 31. Januar 1889 einschliesslich,  
zusammen mit **Mark 206,50.**

Nach dieser Berechnung erhält der Zeichner den durch 100 Gulden theilbaren Nominalbetrag von 4 1/2 proc. Schuldverschreibungen, soweit derselbe durch den Anrechnungswert der eingelieferten 5 proc. Obligationen Deckung findet, während der überschüssende Betrag der letzteren von den Subscriptions- und Umtauschstellen baar beglichen wird.  
In Budapest, Wien und an den übrigen Umtauschstellen der österreichisch-ungarischen Monarchie kann diese baare Begleichung auf Verlangen des Zeichners statt in Mark auch in österreichischer Währung zum jeweilig von den Umtauschstellen bekannt zu gebenden Course geschehen.  
Einer jeden Umtauschstelle ist die Befugnis vorbehalten, vor Ablauf des Termins die Zeichnungen zum Umtausch von nicht gekündigten 5 proc. Obligationen abzulehnen, sobald der ihr für diese Zeichnungen überwiesene Betrag von 4 1/2 proc. Schuldverschreibungen erschöpft ist.

**II.**

Für die **Zeichnungen gegen Baar** ist der Subscriptionspreis auf **97 1/2 pCt.** zuzüglich der Stückzinsen vom 1. Februar d. J. bis zum Tage der Abnahme, zahlbar in deutscher Reichswährung, 1 Gulden = 2 Mark gerechnet, festgesetzt.

In Budapest, Wien und an den übrigen Aulagestellen der österreichisch-ungarischen Monarchie kann diese Zahlung statt in Mark auch in österreichischer Währung zum jeweilig von den Stellen bekannt zu gebenden Course geschehen.

Bei der Zeichnung muss eine Caution von 5 pCt. des Nominalbetrages hinterlegt werden. Dieselbe ist entweder in Baar oder in solchen nach dem Tagescourse zu veranschlagenden Effecten zu hinterlegen, welche die betreffende Aulagestelle als zulässig erachten wird.

Einer jeden Anmeldestelle ist die Befugnis vorbehalten, bei der Subscription gegen Baar nach ihrem Ermessen die Höhe des Betrages jeder einzelnen Zuteilung zu bestimmen.

Die Zuteilung wird so bald wie möglich nach Schluss der Subscription unter Benachrichtigung an jeden Zeichner erfolgen. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird die überschüssende Caution unverzüglich zurückgegeben.

Der Zeichner hat die zugetheilten Schuldverschreibungen mit Coupons über die Zinsen vom 1. Februar 1889 **vom 4. Februar d. J. ab, spätestens am 6. Mai d. J.** abzunehmen. Nach vollständiger Abnahme wird die auf den zugetheilten Betrag hinterlegte Caution verrechnet bzw. zurückgegeben.

Anmeldungen auf bestimmte Abschnitte der 4 1/2 proc. Staats-Eisenbahn-Anleihe können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies nach Ermessen der Zeichnungsstelle mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich ist.

Bis zur Fertigstellung der definitiven Stücke werden von dem Königlich ungarischen Finanzministerium ausgestellte Interimsscheine ausgegeben, gegen deren Einlieferung in Gemässheit näherer Bekanntmachung die definitiven Stücke ausgehändigt werden.

Die von den österreichisch-ungarischen und deutschen Aulagestellen auszugebenden Interimsscheine und definitiven Stücke der 4 1/2 proc. Schuldverschreibungen sind mit dem deutschen Reichsstempel versehen. Bei den deutschen Stellen können nur 5 proc. Obligationen eingeliefert werden, welche den deutschen Stempel tragen.

Anmeldungsformulare zur Zeichnung gegen baare Zahlung wie zum Umtausch von 5 proc. Obligationen können von allen vorgenannten Subscriptionsstellen kostenfrei bezogen werden.

**Berlin und Frankfurt a. M., im Januar 1889.**

**Direction der Disconto-Gesellschaft. M. A. von Rothschild & Söhne.**  
**Bank für Handel und Industrie. S. Bleichröder.**

Wir sind beauftragt, auf Grund des vorstehenden Prospects und zu den Bedingungen desselben Anmeldungen auf die in demselben bezeichnete Anleihe sowohl gegen Baar, als im Umtausch gegen Obligationen der zur Convertirung bestimmten 5 proc. in Gold rückzahlbaren Anleihen kostenfrei entgegen zu nehmen. [1030]

**Breslau, im Januar 1889.**

**Schlesischer Bank-Verein.**

**E. Heimann.**  
Ring 33.

Ueber 22 Millionen M. Geldgewinne sind in 4. Cl. v. 15./1. bis 2./2. c. **Preuss. Loose 1/8 Org. 188 M., 1/2 94, 1/4 47,** mit Rückgabe nach d. Ziehung. 1/8 Anth. 24 M., 1/16 12, 1/32 6. **S. Basch.** Berlin, Straauerstr. 12.

**Consum-Verein Scharley**  
eingetragene Genossenschaft.  
Montag, den 28. Januar 1889, Vorm. 7 1/2 Uhr,  
**General-Versammlung**  
im Rechenhause der Erzwäsche der Neue Heleuegrube.  
Tagesordnung.

- 1) Mittheilung des Geschäftsergebnisses und der Bilanz pro 1888.
- 2) Beschlussfassung über die Gewinnvertheilung.
- 3) Bericht der Rechnungsrevisoren.
- 4) Ertheilung der Decharge an Verwaltungsrath und Vorstand.
- 5) Wahl von 2 Rechnungsrevisoren für das Geschäftsjahr 1889.

Scharley, den 17. Januar 1889. [1018]  
**Der Verwaltungsrath**  
des  
**Consum-Verein Scharley** eingetragene Genossenschaft.  
**Fipper**  
Vorsitzender.

**Theilnehmer-Gesuch.**  
Für ein seit vielen Jahren bestehendes, gut renommirtes  
**Destillationsgeschäft**  
in Breslau, mit begiegender großer Kundschaft in der Provinz, wird, der jetzigen Steuerverhältnisse wegen, ein **Soelus** mit größerem Capital gesucht. Rentabilität wird nachgewiesen. Fachkenntnisse nicht erforderlich. Offerten unter X. Y. Z. 64 an die Exped. der Bresl. Ztg. [1665]

Wegen Umzugs beabsichtige ich das von mir seit 60 Jahren zum  
**Confections- und Modewaaren-Geschäft**  
benutzte Kaufhaus, **Schmiedestr. 20,** preiswerth zu verkaufen, resp. vom 1. Juni cr. oder später zu vermieten. Dasselbe eignet sich für jede Waarenbranche, und können auch die obern Gelegenheiten zu Wohnungen eingerichtet werden. Näheres bei  
**J. Hausnitz,**  
Königl. Hoflieferant,  
**Königsberg i. Pr., Schmiedestr. Nr. 20.**  
[318]

Verlag von **S. Schottlaender** in Breslau.  
**Das Humoristische Deutschland.**  
Illustrierte Zeitschrift,  
Herausgegeben von **Julius Stettenheim.**  
Das **2. Jahrbuch** enthält außer einer reichen Auswahl weiterer Lectüre die Humoreske:  
**Meine erste Liebe**  
von  
**Emma Friedlaender-Werther.**  
Preis des Heftes 50 Pf.  
Abonnements auf diese Zeitschrift nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten zum Preise von M. 3,— pro Quartal entgegen.

**Zeitgeschäfte in Getreide und Spiritus.**  
Zeitgeschäfte an der Berliner Getreide-Börse in Getreide und Spiritus führe ich unter den constantesten Bedingungen aus. [247]  
**Julius Joseph jr.,**  
Berlin N., Dranienburgerstraße 22.

**Verdingung**  
von Maurer- und Zimmerarbeiten an den Hochbauten auf den Haltestellen **Dammer, Murov und Jellowa** der Nebenbahn **Namschan-Doppeln.**  
Mit entsprechender Aufschrift versehen, versiegelte Angebote sind gebührenfrei an uns — Zimmer 17 — bis zum Terminstage **Montag am 11. Februar 1889, Vormittags 11 Uhr,** einzureichen.  
Bedingnißhefte und Zeichnungen liegen daselbst und im Baubureau in **Carlsruh D.S.** zur Einsicht aus. Auch können erstere gegen Erlegung von 1,50 M. (Briefmarken à 10 Pf.) von uns bezogen werden.  
Aufschlagsfrist 3 Wochen.  
Doppeln, im Januar 1889.  
Königliches Eisenbahn-Betriebsamt. [1022]

Allen neu hinzutretenden Abonnenten des „**Berliner Tageblatt**“ wird der bis 1. Februar bereits abgedruckte Theil des neuesten **Friedrich Spielhagen'schen Romans:**  
**„Ein neuer Pharaon“**  
**gratis und franco**  
nachgeliefert. Alle Reichspostanstalten nehmen Abonnements auf das „**Berliner Tageblatt**“ nebst seinen werthvollen 4 Separat-Beiblättern: „**ULK**“, „**Deutsche Lesehalle**“, „**Beitgeist**“, „**Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft**“ für Februar und März zum Preise von 3 Mk. 50 Pf. entgegen. [313]

